

# Preussische Allgemeine



Nr. 42 · 20. Oktober 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



**Sternkunde** Die erste Vorführung eines Planetariums Seite 11



**Prussia** Die bewegte Geschichte der Altertums-gesellschaft Seite 18

## Der Krieg in Nahost und wir

Während die Welt bangt, welche Folgen die Anschläge der Hamas gegen Israel haben, muss Deutschland zusehen, wie der Terror hierzulande bejubelt wird **Seiten 1, 2, 3 und 24**

### AUFGESCHNAPPT

## Nachruhe für Schutzhunde

Neben der Empfehlung, für einen sicheren Weidezaun zu sorgen, haben Landwirte bislang regelmäßig den Rat zu hören bekommen, sich zum Schutz ihrer Tiere vor Wolfsattacken doch Herdenschutzhunde anzuschaffen.

Nun fällt das Oberverwaltungsgericht Köln allerdings den Beschluss, dass der Einsatz solcher Hunde im Freien selbst in einem ausgewiesenen Wolfsgebiet im Einzelfall beschränkt werden kann. In einem Eilverfahren hatte sich eine Frau an das Gericht gewandt, die im Nebenerwerb auf ihrer Weide 46 Nutztiere hält: von Galloway-Rindern über Ponys und Esel bis hin zu Ziegen und Schafe. Zum Schutz ihrer Tiere vor Wölfen hatte sich die Landwirtin aus dem Rhein-Sieg-Kreis auch Hunde zugelegt. Nach Beschwerden von Nachbarn über das Gebell der Vierbeiner ordnete die Gemeinde an, dass die Landwirtin ihre Schutzhunde in der Zeit von 22 Uhr bis 6 Uhr sowie sonn- und feiertags auch von 13 Uhr bis 15 Uhr in einem geschlossenen Gebäude unterzubringen habe.

Einen Eilantrag gegen diese Entscheidung lehnte zunächst das Verwaltungsgericht Köln ab, am 5. Oktober folgte dann schließlich der ablehnende Beschluss des Oberverwaltungsgerichts. Das Gericht räumte in seinem Beschluss zwar ein, dass in einer dörflich geprägten Umgebung Hundegebell in gewissem Umfang zur „ortsüblichen Geräuschkulisse“ gehöre, das Gebell der Herdenschutzhunde genieße jedoch auch in einem ausgewiesenen Wolfsgebiet keinen absoluten Vorrang vor dem berechtigten Interesse der Nachbarn. **HM**

### POLITIK

## Wir sind Zeugen eines historischen Kontrollverlustes

Die Sympathiebekundungen für die Hamas und jüngste Terroranschläge in Europa zeigen einmal mehr die Folgen einer ignoranten Zuwanderungspolitik

VON RENÉ NEHRING

Die Worte der Empörung sind groß in diesen Tagen. Seit die Bilder von den Terroranschlägen der Hamas gegen Israel am 7. Oktober die deutsche Öffentlichkeit erreichten, gibt es allenthalben Bekundungen der Abscheu über die „menschensverachtende Grausamkeit“, so Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung vom 12. Oktober, und den „Einbruch des Grauenhaften und Unvorstellbaren“, wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier den Terror im Nahen Osten beim Besuch einer Synagoge in Berlin einen Tag später bezeichnete.

Groß sind seitdem nicht nur die Solidaritätsbekundungen mit Israel, sondern auch die Forderungen nach und die Ankündigungen von Konsequenzen. Steinmeier etwa kritisierte scharf die Solidaritätskundgebungen mit der Hamas in Deutschland und sagte: „Wir können es nicht dulden, wenn auf offener Straße versucht wird, die brutalen Attacken auf Israel auch noch zu feiern.“ Und Scholz kündigte in seiner Regierungserklärung an, dass das Bundesinnenministerium „ein Betätigungsverbot für die Hamas in Deutschland erlassen“ und „ein Verein wie Samidoun, dessen Mitglieder brutalste Terrorakte auf offener Straße feiern“, verboten werde.

Worüber sowohl Scholz als auch Steinmeier und all die anderen Empörten der

vergangenen Tage – wie die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Fraktion, Irene Mihalic, die ebenfalls forderte, Vereinsverbote zu prüfen – schwiegen, ist die Frage, inwieweit der deutsche Staat überhaupt noch in der Lage ist, mit aller Härte gegen die Unterstützerszene des islamischen Terrors in unserem Land durchzugreifen. Die Polizei jedenfalls konnte bei den antiisraelischen Aktionen und Demonstrationen in Berlin, Duisburg, Frankfurt (Main), Hamburg, Ludwigshafen, Mainz, Mannheim, München, Regensburg und vielen weiteren Orten im ganzen Land meistens nur hilflos zuschauen.

### Krieg in unseren Straßen

Die jüngsten Terroranschläge im nordfranzösischen Arras, wo am vergangenen Freitag der Lehrer Dominique Bernard unter dem Ruf „Allahu akbar“ erstochen wurde, weil er sich einmal mit einem Messer bewaffneten Tschetschenen in den Weg stellte, um seine Schüler zu schützen, sowie in Brüssel, wo am Montagabend zwei Schweden von einem Tunesier erschossen wurden, der laut Medienberichten „schon in seiner Heimat wegen terroristischer Straftaten vor Gericht gestanden haben“ und auch der belgischen Polizei „im Zusammenhang mit Menschenhandel, illegalem Aufenthalt und Gefährdung der Staatssicherheit aufgefallen sein“ soll, belegen zudem einmal mehr, dass die westlichen Staaten die

Kontrolle über einen Teil ihrer Gesellschaft längst verloren haben.

Wer es ernst meint mit der Empörung über den israelischen Terror und insbesondere die Sympathiebekundungen in den westlichen Ländern, wird an einigen unbehaglichen Erkenntnissen nicht herumkommen. Dazu gehört, dass die jüngsten Ereignisse keineswegs die ersten dieser Art sind. Tatsächlich gehört die Angst vor islamistischen Anschlägen längst zum Grundgefühl unserer Gesellschaft.

Dazu gehört aber auch, dass nicht nur alle Warnungen vor dieser Entwicklung konsequent missachtet wurden, sondern all jene, die diese Warnungen aussprachen, als „islamophob“, „ausländerfeindlich“ oder „rechte Hetzer“ ausgegrenzt wurden. Wer dies in Zweifel zieht, möge gern bei Thilo Sarrazin oder Hans-Georg Maaßen nachfragen, die jahrzehntelang dem deutschen Staat gedient hatten und dann bei Politik und Medien in Ungnade fielen, als sie auf die Folgen einer unkontrollierten Zuwanderung hinwiesen.

Ohne reißerische Übertreibung gilt es festzustellen, dass Deutschland und Europa längst Schauplätze eines globalen Bürgerkriegs sind. Die Frage ist, ob die Politik nicht nur den Willen, sondern auch die Durchsetzungskraft hat, sich dem entgegenzustellen und die Irrwege der letzten Jahrzehnte zu korrigieren. Die Entwicklungen der letzten Tage verheißen in dieser Hinsicht wenig Gutes.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Warum den Deutschen zum Jahresende ein neuer Kostenhammer droht **Seite 7**

#### Kultur

Zwei Ausstellungen zum 100. Geburtstag Otfried Preußlers **Seite 9**

#### Das Ostpreußenblatt

Rückblick auf den Kommunalpolitischen Kongress in Allenstein **Seite 13**

#### Lebensstil

Erinnerungen an Pablo Casals, den Friedensvisionär mit dem Cello **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite [paz.de](http://paz.de)



ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

**Hintergrund** Wann immer arabische Terroristen Gewaltakte gegen Israel begehen, deklarieren sie dies als Widerstand gegen eine unrechtmäßige Besatzungsmacht. Der Blick in die Geschichte widerlegt diese Behauptung

# Die Anfänge eines unendlichen Konflikts

Warum die Gründung des Staates Israel 1948 kein Willkürakt war, sondern auf dem Boden des Völkerrechts erfolgte

VON PAUL MICHAELIS

Zu den nicht unterzukriegenden Legenden um den Nahostkonflikt gehört die Behauptung, „die Juden“ hätten 1948 „den Arabern“ deren Land weggenommen, um darauf ihren Staat Israel zu gründen. Deshalb seien jegliche Schritte gegen Juden und Israel im Grunde legitime Akte des Widerstands. Auch die jüngsten Terroranschläge der Hamas vom Gazastreifen aus gegen Israel wurden als Beiträge zur „Befreiung Palästinas“ deklariert und international von Hamas-Sympathisanten gefeiert.

Fakt ist, dass das Heilige Land seit alters her Heimat von vielen Völkern und religiösen Gruppen sowie Ursprung verschiedener Kulturen ist. Fakt ist auch, dass es zum Zeitpunkt der israelischen Staatsgründung keinen arabischen Staat Palästina gab, der durch die Juden verdrängt worden wäre. Vielmehr wurde der jüdische Staat auf dem Gebiet des britischen Mandatsgebiets Palästina errichtet, dessen Name jedoch eher eine historische Landschaft markierte als den Lebensraum eines bestimmten Volkes (siehe hierzu auch den Text unten).

## Der Auftrag des Völkerbunds

Das Mandatsgebiet Palästina war 1920 nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches im Zuge des Ersten Weltkriegs vom Völkerbund gegründet und dem Vereinigten Königreich zur Verwaltung übertragen worden. Es umfasste neben den Gebieten des heutigen Israel, des Westjordanlands und Gazastreifens (zusammen auch *Cisjordanien*, also das Land diesseits des Jordans genannt) auch das Territorium des heutigen Staates Jordanien (auch *Transjordanien*, das Land jenseits des Jordans genannt).

Schon das Völkerbundsmandat sah als ein Ziel die „Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“ vor – die jedoch die Rechte der nicht-jüdischen Gemeinschaften nicht beeinträchtigen dürfe. Bereits zuvor, am 3. Januar 1919, hatten Emir Faisal I., später König von Syrien (1920) und Irak (1921 bis 1933), und Chaim Weizmann, Präsident der Zionistischen Weltorganisation, eine Neuordnung des historischen Palästina abgeklärt. Auch wenn dieses Abkommen nie in Kraft trat, markiert es einen Meilen-

stein auf dem Weg hin zu einer Lösung des Konflikts zwischen Juden und Arabern.

Zusammengefasst favorisierte die Mandatsmacht Großbritannien auf dieser Grundlage in den folgenden Jahren die Errichtung eines jüdischen Staates westlich des Jordans und eines arabischen Staates östlich davon. Ein Schritt dazu war 1923 die Gründung des halbautonomen Emirats Transjordanien, also östlich des Jordans, das nicht nur die gedachte Heimstatt der Araber markierte, sondern auch die jüdischen Siedlungsaktivitäten klar auf das Gebiet westlich des Jordan begrenzte.

## Bürgerkrieg und UN-Teilungsplan

Obwohl sich die Briten nicht nur im Rahmen des Völkerbundsmandates bewegten, sondern auch auf der Basis des Faisal-Weizmann-Abkommens, kam das Mandatsgebiet nicht zur Ruhe. Dies gilt vor allem für Cisjordanien, in das hinein ab den 1920er Jahren Juden aus aller Welt zogen, um hier die vom Völkerbund beschlossene Heimstatt für ihr Volk zu errichten. In

zahlreichen Pogromen wie dem Massaker von Hebron am 23. und 24. August 1929, bei dem 67 Juden ermordet und die überlebenden Juden aus der Stadt vertrieben wurden, versuchten radikale Araber, die weitere Ansiedelung von Juden zu verhindern. Dies löste eine Spirale der Gewalt gegen Juden, Araber und auch die britische Mandatsmacht aus, denen tausende Menschen auf allen Seiten zum Opfer fielen.

Das britische Mandat für Transjordanien endete am 24. Mai 1946. Am Tag darauf wurde Emir Abdallah I. zum König des nunmehr souveränen Königreichs Jordanien ausgerufen. Auch wenn der neue Staat nicht Palästina hieß, kann Jordanien durchaus als der vom Völkerbund angedachte arabische Staat in Palästina angesehen werden.

Cisjordanien verblieb weiter unter britischer Mandatshoheit. Am 29. November 1947 verabschiedete die junge Organisation der Vereinten Nationen (UNO) auf Antrag Großbritanniens den UN-Teilungsplan für Palästina (Resolution 181 II). Die-

ser bestätigte die Teilung des vormaligen Mandatsgebietes Palästina und sah neben der bereits erfolgten Errichtung eines arabischen Staates in Transjordanien auch die Gründung eines jüdischen Staates in Cisjordanien vor. Jerusalem sollte als „Corpus separatum“ keinem Gebiet zugeschlagen werden und unter internationaler Kontrolle verbleiben. Hinter dem Teilungsplan standen auch die Supermächte USA und Sowjetunion – die arabischen UN-Mitglieder lehnten ihn ab.

Obwohl der Teilungsplan von der UNO mehrheitlich beschlossen worden war, erklärte Großbritannien daraufhin, keine Lösung für den Konflikt gefunden zu haben, die von allen Parteien akzeptiert werde, weshalb es sein Mandat zurückgeben und zum 14. Mai 1948 aus Palästina abziehen werde.

## Die Gründung Israels

Bereits unmittelbar nach dem UN-Beschluss über den Teilungsplan für Palästina im November 1947 griffen arabische

Milizen jüdische Einrichtungen in Cisjordanien an. Als am 14. Mai 1948 David Ben-Gurion in Tel Aviv die israelische Unabhängigkeitserklärung verlas und den Staat Israel proklamierte, erklärten Ägypten, Irak, Libanon, Syrien und Transjordanien dem frisch gegründeten Staat noch in der folgenden Nacht den Krieg. Die USA und die Sowjetunion hingegen erkannten Israel umgehend an. Der folgende Krieg, wahlweise Palästina-Krieg oder israelischer Unabhängigkeitskrieg genannt, endete 1949 mit einem Debakel der Araber, weshalb er in der arabischen Überlieferung auch „an-Nakba“ (die Katastrophe) genannt wird. Letzteres maßgeblich auch deshalb, weil in Folge der Niederlage rund 700.000 Araber aus dem Gebiet des neuen Staates Israel – je nach Sichtweise – flohen oder vertrieben wurden.

Die Entstehung des Staates Israel bedeutete für die arabischen Palästinenser zweifellos einen dramatischen Einschnitt. Allerdings erfolgte die Gründung Israels auf der Basis von Plänen sowohl des Völkerbunds als auch der UNO – und somit auf völkerrechtlich legitimer Grundlage. Dass die Gründung einer „eigenen Heimstatt des jüdischen Volkes“ keineswegs darauf abzielte, die in dem Gebiet lebenden Araber zu unterdrücken, lässt sich unter anderem daran erkennen, dass noch heute rund 21 Prozent der israelischen Staatsbürger Araber sind.

Gleichwohl kam es in den folgenden Jahrzehnten immer wieder zu arabischen Versuchen, die Gründung des Staates Israel gewaltsam rückgängig zu machen. Dazu gehören auch die Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) 1964 und der Islamischen Widerstandsbewegung (Hamas) 1987, deren Schwerpunkt der Gazastreifen ist, die mittels Aufständen und Terroranschlägen versuchten, Israel zu destabilisieren. Die PLO schwor dem Terror später ab und tritt seitdem als politische Repräsentanz der Palästinenser auf. Die Tragik der Araber ist, dass sämtliche ihrer antiisraelischen Aktivitäten zu keiner Verbesserung ihrer Lage führten, sondern meist zu einer Verschlechterung. Bis heute sind es die politischen und religiösen Führer der Araber, die einen Friedensschluss und ein gedeihliches Auskommen mit den Juden hintertreiben. Den Preis dafür zahlen nicht zuletzt ihre Zivilisten.



Völkerrechtliche Legitimation für die Staatsgründung: Am 29. November 1947 stimmte die UN-Generalversammlung dem Teilungsplan der britischen Mandatsmacht Palästinas zu  
Foto: imago/UiG

## KLÄRUNG

# Palästina ist nicht gleich Palästina

Warum der Gebrauch eines antiken Regionenbegriffes für das Siedlungsgebiet der Araber von heute eine Irreführung ist

Wem gehört das Heilige Land? Ein Schlüsselbegriff, der im Alltag so selbstverständlich gebraucht wird, dass ihn kaum noch jemand hinterfragt, ist die Bezeichnung „Palästinenser“ für die im Gebiet des historischen Palästina lebenden Araber. Dies suggeriert, dass diese quasi die legitime Urbevölkerung des Gebietes sind und somit als einzige einen rechtmäßigen Anspruch darauf haben. Weshalb denn auch jene Araber, die das Existenzrecht Israels bestreiten, als Ziel die angebliche „Befreiung Palästinas“ (Englisch: „Free Palestine“) ausgeben.

Tatsächlich ist der Begriff „Palästina“ wesentlich älter als die Anwesenheit der Araber an der Südküste des Mittelmeeres.

Schon im 5. Jahrhundert vor Christus gebrauchte Herodot das griechische „Palaistinē“, aus dem wiederum die lateinische Bezeichnung „Palaestina“ hervorging. Und schon im 8. Jahrhundert vor Christus verwenden assyrische Quellen für den Streifen vom heutigen Gaza bis nach Aschkelon den Begriff „Palastu“.

## Das Land in der Antike

Zur Zeit der römischen Herrschaft über den Mittelmeerraum übertrug Kaiser Hadrian nach der Niederschlagung des dritten jüdischen Aufstandes den regionalen Begriff auf die bis dahin „Judäa“ genannte römische Provinz und nannte diese fortan „Syria Palaestina“. Damit sowie mit der

ebenfalls erfolgten Zerstörung und Umbenennung Jerusalems wollte der Kaiser die Erinnerung an die Geschichte der Juden in der Region auslöschen.

Aufschlussreich ist auch, dass die Araber nach ihrer Eroberung des biblischen Landes ab der Mitte der 630er Jahre nach Christus den Namen Palästina nicht gebrauchten. Vielmehr teilten sie ihren Machtbereich in Militärbezirke („Dschunde“) auf. Das Gebiet der vormaligen römischen Provinz „Syria Palaestina“ fand sich nun in den Dschunden Urdunn (Jordan) und Dimaschq (Damaskus) wieder.

Erst die christlichen Kreuzfahrer führten um das Jahr 1000 herum das Wort „Palästina“ – neben ihrem offiziö-

sen Begriff „Heiliges Land“ – wieder ein. Auch nach der Niederschlagung der Kreuzfahrer durch die Mameluken blieb der Name Palästina bestehen. Und von 1516 bis 1918 war Palästina dann eine Provinz des Osmanischen Reiches.

Zu keinem Zeitpunkt der Antike, des Mittelalters oder der Neuzeit gab es also eine Situation, in der die Begriffe Palästina oder „palästinensisch“ deckungsgleich mit der arabischen Bevölkerung in der Region gewesen wären.

## Eine verfälschende Verkürzung

Dass „Palästina“ tatsächlich ein neutraler Gebietsname ist, zeigt nicht zuletzt die Entstehung des jüdischen Zionismus. So

schrrieb dessen Begründer Theodor Herzl in seinem Werk „Der Judenstaat“ wie selbstverständlich: „Palästina ist unsere unvergessliche historische Heimat.“

Erst in der Mitte der 1960er Jahre setzte sich der Begriff „palästinensisch“, beziehungsweise „Palästinenser“ für die auf dem Gebiet des historischen Palästina lebenden Araber durch. Möglich war dies, weil die Juden den von ihnen gegründeten Staat „Israel“ nannten.

Ein Alleinvertretungsanspruch auf das Gebiet des historischen Palästina und erst recht ein Bestreiten des Existenzrechts eines jüdischen Staates auf diesem Gebiet lässt sich daraus jedoch nicht konstruieren. PM

# Der neue Krieg im Nahen Osten

Die Terrorangriffe der Hamas vom 7. Oktober haben Israel und die Welt erschreckt. Wie konnte es dazu kommen? Und wie wird sich der Konflikt weiterentwickeln? Droht eine Ausweitung des Krieges auf andere Regionen?

VON MARTIN VAN CREVELD

Wie jeder weiß, der ihn erlebt hat, ist der Krieg eine Domäne der Verwirrung. Manche Menschen sehen den Feind nicht, wenn und wo er da ist (so ist es uns in Israel ergangen). Andere „sehen“ ihn, wenn und wo er nicht da ist. Die Nerven aller Betroffenen und auch Beobachter sind angespannt, was dazu führt, dass sie sich etwas seltsam verhalten und oftmals eine angemessene, kohärente Kommunikation fast unmöglich ist. Gerüchte, Zensur, Desinformation und schlechte Täuschung sind an der Tagesordnung. So kann es Wochen, Monate, Jahre oder sogar Jahrzehnte dauern, die Verwirrung zu klären, um sich ein richtiges Bild von den Geschehnissen zu machen. Je mehr Fakten und Beweise auftauchen, desto schwieriger ist es oft, sich einen Überblick zu verschaffen und sich einen Reim darauf zu machen.

Doch der Mensch ist das erklärende Tier. Sein riesiges Vorderhirn gibt ihm einen großen Vorteil. Es bedeutet aber auch, dass er nicht ohne eine Art Gerüst existieren kann, das ihm erklärt, was geschehen ist, warum es geschehen ist und was wahrscheinlich als Nächstes geschehen wird. Schlimmer noch: Dort, wo es keine wirkliche Erklärung gibt, erfindet sich der Mensch zunächst eine unwirkliche und überzeugt sich dann durch Wiederholung selbst davon, dass diese wahr ist.

Auf die Gefahr hin, dass alles, was ich sage, schnell durch laufende Ereignisse widerlegt wird, werde ich im Folgenden versuchen, einige Fragen zu den jüngsten Terroranschlägen der Hamas gegen Israel zu stellen und Antworten darauf zu geben.

## Der Überraschungsschlag der Hamas

Die erste Frage ist, wie es geschehen konnte, dass die Hamas den israelischen Militärgeschwaderdienst, der angeblich der beste der Welt ist, völlig überraschte. Es ist wie Nietzsche sagt: Ein großer Sieg macht den Sieger dumm und den Verlierer bösartig. Damit meine ich, dass es sich hier um eine Frage der Spiegelung zu handeln scheint. Die Konfrontation Israels mit der Hamas dauert nun schon seit etwa zwanzig Jahren an. Da die Israel Defense Forces (IDF, dt.: Israelische Verteidigungstreitkräfte) der Hamas weit überlegen waren, endete jedes Gefecht mit einer Art Sieg für Israel (so sagten es zumindest die Regierung und der Generalstab, die auf die Öffentlichkeitsarbeit bedacht waren). Während sich diese „Siege“ häuften, wuchs Israels Zuversicht, dass es mit dieser Art von Angriffen fertig werden könnte. Nur wenige Tage, bevor am 7. Oktober der Himmel herunterkam, teilte der militärische Geheimdienst der „politischen Ebene“ (wie wir hier sagen) mit, dass die Hamas „abgeschreckt“ sei und nichts anderes als Ruhe wolle. Vielleicht unterbrochen von ein paar Nadelstichen, um zu zeigen, dass sie noch existiert und etwas zu sagen hat.

Wie ist die Lage wenige Tage nach den Terroranschlägen und dem Beginn der israelischen Gegenschläge zu bewerten? Soweit ich das beurteilen kann, ist das Schlimmste für Israel vorbei. Das Land wurde in den Kriegszustand versetzt, einschließlich der Evakuierung zahlreicher Siedlungen, die an den Gazastreifen grenzen. Die Reservisten, 300.000 an der Zahl, sind einberufen worden und machen sich für den Einsatz bereit. Vor allem ist das Überraschungsmoment für die Hamas weg.

## Wie sinnvoll ist eine Invasion Gazas?

Die erste Aufgabe für die israelischen Streitkräfte besteht natürlich darin, dafür zu sorgen, dass sich keine Terroristen mehr innerhalb Israels aufhalten. Dies ist jedoch ein langwieriger und angesichts des erforderlichen



Auf den Überraschungsschlag der Hamas folgt der Gegenschlag: Israelische Bombenangriffe auf Gaza

Foto: pa

Einsatzes von Arbeitskräften, die jeden Stein umdrehen müssen, teurer Prozess. In der Zwischenzeit wird die israelische Luftwaffe zweifellos weiterhin Ziele der Hamas im Gazastreifen bombardieren. Die fliegenden Jets kann ich derzeit über mir am Himmel hören.

Wird es eine israelische Invasion des Gazastreifens geben? Ich hoffe nicht, und zwar aus humanen, politischen und militärischen Erwägungen. Der Gazastreifen ist eines der am dichtesten besiedelten und am stärksten urbanisierten Gebiete der Welt. Als wäre das nicht genug, gehört die Bevölkerung auch zu den jüngsten der Welt – die Hälfte ist gerade einmal neun bis zehn Jahre alt. Hinzu kommt, dass die im Gazastreifen vorherrschende Kombination aus Arbeitslosigkeit und chronischem Mangel an allen denkbaren Gütern dazu führt, dass die dort lebenden Menschen nichts zu verlieren haben. Schon jetzt sind sie deshalb eine leichte Beute für Hamas-Rekrutierer, eine israelische Invasion würde diesen Hass noch verstärken.

## Mögliche Reaktionen der Nachbarn

Aus militärischer Sicht kommt hinzu, dass haben unter anderem die Beispiele Leningrad und Stalingrad gezeigt, dass städtisches Terrain, sofern es angemessen verteidigt wird, einen Angreifer vor gewaltige Probleme stellen kann. Je tiefer er eindringt, desto größer werden seine Probleme. Neben feindlichen Hinterhalten gehören dazu die Versorgung der eigenen Einheiten mit Nachschub und Verstärkung oder auch die Evakuierung von Verwundeten.

Diskutiert wurde in den vergangenen Tagen auch, ob sich die Hisbollah im Libanon, also nördlich von Israel dem Kampf der Hamas im Süden anschließen oder sich heraushalten wird. Eine Antwort darauf ist sehr schwer zu geben. Die Hisbollah ist eine geheimnisvolle Organisation, die bekanntermaßen schwer zu durchdringen ist. Bisher haben

ihre Führer geradezu wütend ihre Unterstützung für die Hamas erklärt. In der Praxis haben sie jedoch ihre Aktionen auf bloße Nadelstiche beschränkt. So wurde beispielsweise der Ort unweit der Grenze zum Libanon, in dem mein Sohn lebt, weder evakuiert noch wurde auch nur eine einzige Rakete dorthin abgeschossen.

Ähnlich unklar steht es mit Syrien und dem Iran. Nach zwölf Jahren eines mal mehr, mal weniger intensiven Bürgerkriegs verfügt Syrien kaum noch über nennenswerte Streitkräfte. Diejenigen, über die es verfügt, sind damit beschäftigt, die inneren Feinde des Assad-Regimes zu bekämpfen. Die Iraner leisteten bislang politische Unterstützung für die Hamas und halfen ihr möglicherweise auch bei der Planung des Angriffs vom 6. Oktober. Derzeit machen sie alle möglichen Drohgebärden. Allerdings scheinen sie – vielleicht aus Sorge vor einer möglichen amerikanischen Reaktion – wenig zu unternehmen, um ihre Drohungen in die Tat umzusetzen.

Und der Rest der arabischen Welt? Er wird durch den jüngsten Krieg vor ein Dilemma gestellt. Einerseits waren vor dem Ausbruch der aktuellen Feindseligkeiten immer mehr arabische Staaten dabei, Frieden mit Israel zu schließen oder sich zumindest darauf vorzubereiten. Andererseits spüren viele Herrscher den Druck ihrer Bevölkerungen, die dem Frieden weniger zugeneigt sind als ihre Regierungen. Sollten die Feindseligkeiten im und um den Gazastreifen anhalten, ist sicherlich mit politischen Auswirkungen zu rechnen, die gegebenenfalls auch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel einschließen können. Doch dass sich arabische Staaten an einem Krieg beteiligen, scheint mir im Moment eher unwahrscheinlich.

## Die Gefahr einer Ausweitung

Ähnlich steht es um das internationale „System“. Viele Länder sind daran beteiligt, dar-

unter neben dem Libanon, Syrien und dem Iran auch die Vereinigten Staaten, Russland, China und die Europäische Union. Die Vereinigten Staaten haben versprochen, Israel beizustehen. Ihre Bilanz auf den Schlachtfeldern der letzten Jahrzehnte – Vietnam, Irak, Afghanistan (gleich zweimal) – lässt dieses Versprechen jedoch etwas zweifelhaft erscheinen. Es wurde sogar gemunkelt, dass der wahre Grund für die aktuelle Entsendung von US-Flugzeugträgern in den Nahen Osten in Wirklichkeit darin besteht, sicherzustellen, dass Israel mit seinen Gegenschlägen gegen die Hamas nicht zu weit geht. Russland und China sind zwar traditionell mehr oder weniger eng mit dem Iran verhandelt, doch sind – zum Glück für Israel – ihren Möglichkeiten, im Nahen Osten einzugreifen, Grenzen gesetzt. Was ich von der Europäischen Union halte, möchte ich als Niederländer gern mit einem niederländischen Ausdruck beschreiben: „klootzakken“ (Hodensäcke). Hoffnungslose Feiglinge, die nur reden können.

Ob aus der Gemengelage ein größerer internationaler Konflikt oder gar ein neuer Weltkrieg entsteht, wird sich zeigen. Ich persönlich halte das für sehr unwahrscheinlich, aber es könnte durchaus sein. Immerhin hat die Welt in den letzten Jahren einige gefährliche Gefahrenherde hinzubekommen.

## Der Ausgang ist ungewiss

Um nochmal auf Israel und die Hamas zurückzukommen. Wer den gegenwärtigen Krieg gewinnen wird, ist schwer zu sagen. Wie immer kommt es darauf an, was man meint. Clausewitz sagt, dass einen Krieg zu gewinnen bedeutet, den Willen des Feindes zu brechen, sodass er aufhört, Widerstand zu leisten. Im Moment sehe ich das jedoch auf keiner der beiden Seiten. Entweder sind sie zu sehr damit beschäftigt, den Überraschungserfolg zu feiern (Hamas) oder ihre Wunden zu lecken und das Gleichgewicht wiederherzustellen (Israel). In diesem Fall wird Voltaires Spruch über die imaginäre Schlacht zwischen den Awaren und den Bulgaren zutreffen. Beide werden die Messe singen, jeder in seinem eigenen Lager.

Was kann uns dieser Kampf über die Zukunft des Krieges lehren? In meinem bekanntesten Buch „The Transformation of War“ (1991; deutsche Ausgabe: „Die Zukunft des Krieges“, 1998) habe ich behauptet, dass die Zukunft des Krieges in der Guerilla und im Terrorismus liege. Diese Vorhersage scheint sich nun wieder einmal zu bewahrheiten.

Längerfristig betrachtet könnte man argumentieren, dass Krieg trotz aller technischen Fortschritte noch immer Krieg ist. Dazu gehören sein Wesen als gewaltsame Auseinandersetzung zwischen zwei (oder mehr) Kriegsparteien, von denen jede zumindest teilweise frei ist, zu tun, was sie will; die enormen physischen und psychischen Herausforderungen, die er an diejenigen stellt, die ihn führen und bekämpfen; seine Wurzeln in Interessen einerseits und blankem Hass andererseits; seine Tendenz zur Eskalation, die sich nicht nur der politischen Kontrolle, sondern auch jeder Art von rationalem Kalkül entzieht; die Rolle, die Heimlichkeit, Täuschung und Überraschung spielen; seine Abhängigkeit von der sozialen Struktur der Gesellschaften, die ihn führen; und viele andere Dinge, die zusammengenommen genauso viel, wenn nicht sogar mehr, zu seiner Gestaltung beitragen als jede Menge Computer, Raketen und Drohnen.

● Prof. Dr. Martin van Creveld ist Militärhistoriker und -theoretiker. Er ist emeritierter Professor für Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem sowie Verfasser zahlreicher Werke zur Militärgeschichte und gilt als einer der führenden Experten auf seinem Fachgebiet.

[www.martin-van-creveld.com](http://www.martin-van-creveld.com)

Die Vereinigten Staaten haben versprochen, Israel beizustehen. Ihre Bilanz auf den Schlachtfeldern der letzten Jahrzehnte lässt dieses Versprechen jedoch etwas zweifelhaft erscheinen

## ● MELDUNGEN

## Hoffnung für Spätaussiedler

**Berlin** – Das Bundesvertriebenengesetz soll nach dem Willen der Koalitionsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP in Bezug auf die Anerkennung von Spätaussiedlern als Deutsche vereinfacht werden. Das Bundesverwaltungsgericht hatte 2021 die Anforderungen für den Nachweis des Bekenntnisses zum Deutschtum verschärft. Das galt für Spätaussiedler, die ein sogenanntes Gegenbekenntnis abgegeben hatten, das heißt, wenn in ihren amtlichen Dokumenten eine nichtdeutsche Volkszugehörigkeit eingetragen war. Die Betroffenen konnten das aber nicht immer beeinflussen. Ließ sich der Nachweis des Deutschtums früher einfach durch eine Änderung der Dokumente erbringen, war das nach der Änderung nicht mehr möglich. Der Nachweis, Deutscher zu sein, war den Betroffenen kaum noch möglich. Weil angesichts des Ukraine-Kriegs Deutsche betroffen sind, die in der Ukraine unter dem Krieg und in Russland unter Repressalien zu leiden haben, wollen die Parteien zur früheren Verwaltungspraxis zurückkehren und die Spätaussiedlung erleichtern. **MRK**

## Hamas tötete Studentin

**Berlin/Hann. Münden** – Unter den rund 900 Opfern, die von der islamischen Terrormiliz Hamas nahe der Grenze zum Gazastreifen getötet wurden, befindet sich auch eine 24-jährige Studentin aus Niedersachsen. Wie der Vorsitzende des Städtepartnerschaftsvereins von Hann. Münden, Frank Stryga, bestätigte, handelt es bei dem Opfer um Carolin Bohl. Gebürtig in Hann. Münden, hatte die Studentin zuletzt in Berlin gelebt. Vermutet wird, dass sich die junge Frau als Touristin in Israel aufgehalten hat. Mit ihrem 34-jährigen britischen Freund Danny Darlington ist die Studentin in unmittelbarer Nähe zum Gazastreifen, im Kibbuz Nir Oz, von Hamas-Mitgliedern getötet worden. Der Kibbuz Nir Oz gehört zu den zwölf Ortschaften und Kleinstädten, die an der Grenze zum Gazastreifen von der Terrororganisation Hamas überfallen worden waren. **H.M.**

## Maßlose Übertreibung

**Berlin** – Das von Nancy Faeser geführte Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) hat die Zahl der Attacken auf Asylunterkünfte stark aufgebaut. Im ersten Halbjahr 2023 hätten 80 derartige Übergriffe stattgefunden, so lautete die Antwort des BMI auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag. Allerdings wurden 38 der gezählten Delikte gar nicht im Umfeld von Asylunterkünften verübt. Beispiele sind der Diebstahl der Regenbogenflagge an einer „Internationalen Begegnungsstätte“ oder Streitigkeiten vor Supermärkten. Tatsächliche Angriffe auf bewohnte Heime mit Personen- oder Sachschäden gab es lediglich acht. Obwohl die Polizei in 49 Fällen keine Tatverdächtigen ermittelt hat, ordnete sie 46 davon unter Berufung auf die „Betrachtung der Erkenntnisse des Einzelfalls“ sowie die „kriminalistische Erfahrung“ dem „Phänomenbereich Politisch Motivierte Kriminalität – Rechts“ zu. **W.K.**



Nach den Niederlagen in Bayern und Hessen: Christian Lindner, Martin Hagen (Bayern) und Stefan Naas (Hessen) **Foto: pa**

FDP

# Angst vor zweitem 2013

Nach krachenden Wahlniederlagen – Keine neue Führung in Sicht

VON PETER ENTINGER

**A**ls Liberaler ist man hart im Nehmen. Der Rauswurf aus dem bayerischen Landtag? Geschenk! „Das sind wir gewohnt“, lautete der trockene Kommentar des bayerischen FDP-Vorsitzenden Martin Hagen, als die ersten Prognosen über die Bildschirme liefen.

Dass es die FDP im Freistaat traditionell schwer hat, ist kein Geheimnis. Doch die bangen Blicke gingen an diesem warmen Wahlabend im Oktober nach Hessen. Dort gibt es viele große Firmen, dort gibt es einen gesunden Mittelstand, dort gibt es im Frankfurter Speckgürtel eine gute kommunale Verankerung. Doch selbst in Hessen reichte es nach langem Zittern nur zu 5,0 Prozent. Ein paar Tausend Stimmen bewahrten die FDP vor einem Doppel-Fiasko und möglicherweise auch vor einer handfesten Führungskrise.

„Das ist kein gutes Ergebnis“, gab Parteichef und Finanzminister Christian

Lindner zu. Und von diesen gab es seit Beginn der Ampel-Koalition eine ganze Reihe. Seitdem die Liberalen im Bund mitregieren, verfehlte die FDP den Einzug in die Landesparlamente in Berlin und Niedersachsen sowie im Saarland. In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein verloren sie die Regierungsbeteiligung, lediglich in Bremen war der Einzug in die Bürgerschaft ein Erfolg, wenn man bei 5,1 Prozent davon sprechen mag.

Wie sehr der Ampel-Stern verglühte, zeigte sich bereits im Frühjahr 2022, ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl, als im kleinen Saarland gewählt wurde. Auch das ist seit Jahrzehnten ein schwieriges Pflaster, doch bei der Bundestagswahl 2021 erzielte die FDP im Drei-Länder-Eck völlig überraschend ein zweistelliges Ergebnis. In der Landeshauptstadt Saarbrücken kam man sogar zwölf Prozent sehr nahe. Sechs Monate später war der Rausch bereits vorbei. 4,8 Prozent standen am Ende auf der Tafel, es war der Beginn einer rasanten Niederlagenserie.

Selbst der erneute Einzug in den hessischen Landtag kann die Stimmung nicht aufhellen. In wohlhabenden Frankfurter Vororten, in denen die Liberalen in den Neunzigern ein Dauer-Abo auf 20-plus-x-Ergebnisse hatten, rauschten sie in die Einstelligkeit. Noch sagt niemand öffentlich: „Lindner muss weg.“ Doch wer in die Partei hineinhört, bekommt immer häufiger folgende Antwort: „Es muss sich was ändern.“

### Der Ampel-Stern verglühte sehr schnell

Nur was? Die wenigen prominenten Köpfe, welche die FDP noch hat, sitzen alle auf der Berliner Regierungsbank oder in der Bundestagsfraktion. Politische Talente auf Landesebene sucht man vergebens. Woher sollen sie auch kommen, wenn eine Partei nur noch in der Hälfte aller Landtage vertreten ist? Und die Aussichten werden nicht besser.

In der Berliner Koalition wird die FDP als Störenfried wahrgenommen, der

es seinen Partnern nicht recht machen kann. Die eigene Anhängerschaft empfindet die Ampel als einen Mühlstein um den liberalen Hals. Die FDP gilt – wieder einmal – als Umfallerpartei, die um des Machterhalts willen jede (grüne) Kröte schluckt.

Die Parteien der Regierung würden „nicht individuell bewertet, sondern die Ampel wird als Ganzes von den Menschen beurteilt“

**Christian Lindner**

Bundesvorsitzender der FDP und Bundesfinanzminister

Das war 2013 so, als die Liberalen nach einem mehrjährigen Führungsstreit erstmals aus dem Bundestag flogen. Damals war die FDP derart mit sich selbst beschäftigt, dass sie Angela Merkels sogenannte Euro-Rettung ebenso durchwinkte wie den Atomausstieg. Parallele zu damals: Das Bundes-Fiasko wurde mit einer Niederlagen-Serie auf Landesebene eingeleitet. Der Unterschied: Anders als damals, agiert die Partei nach außen geschlossen.

### Der Parteichef wirkt ratlos

Doch das könnte sich ändern. Die Aussichten für die Europawahl im kommenden Früh-Sommer sind mau. Die für die anstehenden Landtagswahlen in Mitteldeutschland desaströs. Vier Prozent in Brandenburg, fünf in Sachsen, vier in Thüringen – die Prognosen für die FDP lesen sich derzeit wie ein Preisvergleich für eine Stadion-Wurst. Der Parteichef wirkt ratlos.

Die Parteien der Bundesregierung würden „nicht individuell bewertet, sondern die Ampel als Ganzes wird von den Menschen beurteilt“, sagte Lindner Anfang der vergangenen Woche. Will man also mit der Ampel-Koalition in den Abgrund oder sucht man vorher den Abgrund? Es ist völlig ungewiss, ob ein Plattenlassen der Koalition der FDP helfen würde. So wird man vermutlich nach dem Motto „Augen zu und durch“ agieren. Doch sollten die Wahlen im kommenden Jahr daneben gehen, werden Kurs- und Personaldebatten Fahrt aufnehmen. „Ein zweites 2013 werden wir nicht überleben“, heißt es in der Partei einhellig.

### STROMAUSFÄLLE

## Ein Blackout hat das Bundeskriminalamt lahmgelegt

Das Notstromaggregat sprang nicht an – Innere Sicherheit Deutschlands für Stunden in Gefahr

Im vorigen Monat ereigneten sich im Großraum Wiesbaden zwei größere Stromausfälle mit teilweise schwerwiegenden Folgen, welche erst später im Detail bekannt wurden. Zunächst gab es am Sonntag, dem 17. September, einen Blackout im Rheingau, von dem laut Auskunft des zuständigen Stromversorgers Syna knapp 2000 Haushalte in Geisenheim, Mittelheim, Johannisberg, Stephanshausen, Winkel und Oestrich betroffen waren. Verantwortlich hierfür soll ein Kurzschluss in einem defekten Erdkabel gewesen sein.

Dann erloschen in der Nacht zum 18. September gegen 3 Uhr auch die Lichter in vier Stadtteilen der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden, wobei diesmal sogar 100.000 Menschen keinen Strom hatten. Aufgrund der sofortigen Bemühungen der ESWE Versorgungs AG dauer-

te der Ausfall in manchen Gebieten nur um die dreißig Minuten, und für die letzten Privatkunden endete die Zeit ohne elektrische Energie dann gegen 5 Uhr. Hier lag die Wurzel des Übels ebenfalls in einem defekten Kabel – nunmehr unterhalb einer vielbefahrenen Straße in der Innenstadt.

Aufgrund der Probleme mit dem Stromnetz in und um Wiesbaden kam es im weiteren Verlauf des Montagmorgens zu zeitversetzten Ausfällen in zwei Rechenzentren des Bundeskriminalamtes (BKA). Dabei verfügt Deutschlands wichtigste Polizeibehörde, welche die nationale Bekämpfung der Kriminalität im Zusammenwirken mit den Landeskriminalämtern koordiniert und darüber hinaus auch länderübergreifend und international tätig ist, eigentlich über Notstromge-

neratoren zur Versorgung der Infrastruktur. Diese dieselgetriebenen Aggregate konnten jedoch nicht hochgefahren werden, und deswegen lief die Arbeit in den Rechenzentren erst am Dienstagmittag wieder normal.

Durch den Blackout im Bundeskriminalamt waren wichtige Systeme wie die zentrale Polizei-Datenbank Inpol und das erweiterte Schengen-Informationssystem (SIS), das die für Grenzkontrollen relevanten Informationen bereitstellt, zeitweise lahmgelegt, was laut BKA zu „signifikanten Verzögerungen“ bei der Reaktion auf entsprechende Datenabfragen führte. Daraus resultierte auch eine Beeinträchtigung von Fahndungsmaßnahmen, die den Austausch von personenbezogenen Informationen, Fotos und Fingerabdrücken erfordern. Doch damit nicht genug.

Ebenfalls behindert wurde die Ermittlungstätigkeit im Bereich Kinderpornografie, weil eine technische Schnittstelle ausfiel. Deswegen konnten die BKA-Mitarbeiter gemeldete Verdachtsfälle zwischen Montagmorgen und Dienstagmittag nur eingeschränkt bearbeiten.

Gegenüber der „Hessenschau“, dem Regionalmagazin des Hessischen Rundfunks, erklärte eine Sprecherin des Bundeskriminalamtes: „Das BKA wird die Probleme bei der Notstromversorgung mit größter Sorgfalt nachbereiten, um die entsprechenden Schwachstellen zu beseitigen.“ Sie äußerte sich nicht darüber, ob der skandalöse Vorfall, der letztlich zur Beeinträchtigung der inneren Sicherheit Deutschlands führte, auch dienstrechtliche Konsequenzen für die Verantwortlichen haben wird. **Wolfgang Kaufmann**

## BETÄUBUNGSVERBRECHEN

## Nadelattaken geben Rätsel auf

„Giftanschlag“ auf Tino Chrupalla – Ähnliche Angriffe werden immer wieder aus Berliner Klubs gemeldet

VON HERMANN MÜLLER

Am 4. Oktober brach AfD-Chef Tino Chrupalla bei einem Wahlkampf-Auftritt in Ingolstadt zusammen und musste in eine Klinik eingeliefert werden, wo er für eine Nacht intensivmedizinisch überwacht wurde. Nach eigenen Angaben hatte sich Chrupalla bei der Veranstaltung in Ingolstadt plötzlich unwohl gefühlt.

Noch immer gibt der Vorfall Rätsel auf: Chrupalla hat in Dresden eine Gewebuntersuchung machen lassen, die seine Vermutung eines Anschlages zu bestätigen scheint. Laut dem Untersuchungsbericht stellten die Mediziner am rechten Oberarm Chrupallas einen „mindestens“ vier Millimeter tiefen „Defekt“ und „entzündliche Veränderungen“ fest. Weiter heißt es in dem Bericht: „Abschließend sind die vorliegenden histologischen Befunde vereinbar mit einem hier bis in die tiefe Dermis reichenden Einstich/Stichkanal (mindestens vier Millimeter).“

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft wurden an der Kleidung Chrupallas auch Blutflecke festgestellt, die von ihm stammen. Andererseits wurde bereits in einem sehr frühen Stadium der Ermittlungen berichtet, im Blut Chrupallas seien keine giftigen Stoffe nachgewiesen worden. Angesichts dieser Umstände sind die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft schwierig. Durchaus denkbar ist allerdings, dass der 48-Jährige zum Opfer eines sogenannten Needle Spiking (zu Deutsch: Nadelstechen) geworden ist.

## Einstichstelle und Blutflecken

Berichte über solche Attacken, bei denen mit Spritzen den Opfern absichtlich Rauschmittel injiziert werden, tauchen in der Berliner Klubszene bereits seit vergangenem Jahr immer wieder auf. Für ihre Attacken nutzen die Täter zumeist den Schutz und die Anonymität großer Menschenmengen in Klubs oder auf Veranstaltungen.

Allein in der ersten Hälfte dieses Jahres registrierte die Berliner Polizei sieben mutmaßliche Fälle von Spritzenattacken. Aufmerksamkeit erregte vergangenes Jahr der Fall der Sängerin Zoe Zanas, die öffentlich machte, sie sei im Berliner Technoclub Berghain das Opfer von Needle Spiking geworden: „Auf der Tanzfläche habe ich auf einmal Atemnot bekommen und bin zusammengebrochen. Dann bin



Kriminelle nutzen die Anonymität der Masse: Nachtschwärmer tanzen in einem Berliner Klub

Foto: pa

ich blau angelaufen und hatte Krämpfe auf dem Boden. Später haben wir einen Nadeleinstich an meinem Arm gefunden“, so die gebürtige Australierin.

Ebenso wie bei der unbemerkten Verabreichung von K.O.-Tropfen durch Kriminelle ist die Dunkelziffer bei den Nadelattaken vermutlich hoch. Ermittler gehen davon aus, dass nur ein kleiner Teil der Taten überhaupt zur Anzeige gebracht wird. Verurteilungen wegen Nadelangriffen hat es in Europa bislang noch gar nicht gegeben.

Erste Berichte über Needle Spiking sind in Großbritannien im Oktober 2021 aufgetaucht. Schon 2022 registrierte die britische Polizei mehr als 2000 Fälle. Mittlerweile hat sich das Phänomen auch auf Frankreich, Belgien und Deutschland ausgebreitet. Auch auf der Zürcher Street Parade im Jahr 2022 sollen acht Personen zum Ziel von Nadelattaken geworden sein. Über die Motive der Täter gibt es bislang nur Vermutungen.

Andrea Piest, Referentin im Berliner Drogennotdienst, nannte gegenüber dem Sender MDR drei potentielle Motive: „Das erste Motiv wäre sexualisierte

Gewalt. Das zweite wäre Raub, also persönliche Bereicherung. Und das dritte Motiv wäre eine Art positiver Effekt für die Persönlichkeit, Macht über andere auszuüben.“

2000

Fälle von Needle Spiking registrierte die britische Polizei im Jahr 2022. Mittlerweile hat sich das Phänomen auch auf Frankreich, Belgien und Deutschland ausgeweitet.

Bislang sind sich die Ermittler nicht einmal sicher, was den Opfern gespritzt wird. Das Problem dabei: Die vermutlich verabreichten Substanzen lassen sich nur wenige Stunden im Urin oder Blut nachweisen. So ist etwa der K.O.-Wirkstoff Gammahydroxybutyrat (GHB) nach Aufnahme bereits nach sechs Stunden soweit abgebaut, dass im Blut eine Unterschei-

dung vom natürlichen GHB-Spiegel kaum noch möglich ist.

Angesichts der vielen offenen Fragen halten einige Experten die Berichte über die Spritzenangriffe in Klubs oder auf Partys sogar für einen Mythos. Der amerikanische Medizinsoziologe Robert Bartholomew äußerte etwa gegenüber der „Neuen Zürcher Zeitung“ („NZZ“) den Verdacht, dass viele der berichteten Fälle auf Menschen zurückgehen, „die sich während einer Party unwohl fühlten und im Nachhinein fälschlicherweise eine Nadelattacke dafür verantwortlich machten“. Der Medizinsoziologe schloss allerdings auch nicht aus, dass es „sicher eine Handvoll Einzeltäter“ gebe, die versuchen, mit Nadelattacke Aufmerksamkeit zu erregen.

Die Klubszene in der Hauptstadt nimmt das Phänomen Needle Spiking jedenfalls ernst. Die Berliner Klubkommission hat bereits vergangenes Jahr einen runden Tisch mit dem Titel „Gemeinsam gegen Spiking“ organisiert. Auch mit Blick auf das sogenannte Drink Spiking, bei dem Opfern unbemerkt K.O.-Tropfen ins Getränk gemischt werden, haben viele Clubs ihre Einlasskontrollen seitdem verstärkt.

## ZUWANDERUNG

## Die Berliner Genossen bleiben auf Kurs

Weitere Großunterkünfte entstehen auf den ehemaligen Flughäfen in Tegel und Tempelhof

Nachdem Brandenburgs SPD-Chef Dietmar Woidke schon vor Wochen Maßnahmen zur Eindämmung der irregulären Einwanderung gefordert hatte, hat nun auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) beim Thema Migration eine scharfe Kehrtwende vollzogen. Nach dem Migrationsgipfel mit den Ministerpräsidenten am 13. Oktober zeigte sich Scholz zuversichtlich, die Begrenzung der illegalen Einwanderung im Konsens mit den Bundesländern und auch der Opposition regeln zu können. Völlig andere Akzente haben allerdings die Berliner Sozialdemokraten gesetzt.

Noch im September sprach sich der Landesvorstand der Partei in einem Beschluss mit dem Titel „Keine Festung Europa“ gegen „eine Politik der Abschottung“ und gegen die Rückführung abgelehnter

Asylbewerber aus. Ebenso lehnten die Spitzengenossen die Vereinbarung von Rückführungsabkommen mit den Herkunftsländern ab. Zudem forderten die Spitzengenossen auch noch, die „Aktivist\*innen der zivilen Seenotrettung“ dürfen nicht länger „kriminalisiert“ werden. Nach den Vorstellungen der Berliner SPD-Spitze soll eine „europäisch koordinierte und finanzierte Seenotrettung“ Migranten im Mittelmeer aufnehmen.

Zu den Mitgliedern des SPD-Landesvorstandes gehört neben Franziska Giffey und Raed Saleh auch Cansel Kiziltepe. Diese ist im Senat für Soziales und Integration zuständig. In dieser Funktion hatte Kiziltepe nur wenige Wochen vor dem Beschluss des Landesvorstandes erklärt, dass Berlin keine weiteren Migranten mehr aufneh-

men könne. Auch Ende September hieß es von der Senatorin: „Wir stoßen jetzt schon an unsere Grenzen.“ Mittlerweile verhandelt Berlins Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten mit Hotels und Hostels über die Anmietung von Unterkünften, um kurzfristig „Geflüchtete“ unterbringen zu können. Parallel treibt der Senat nun auch den Ausbau von Kapazitäten in den bereits bestehenden Großunterkünften auf dem Gelände der ehemaligen Flughäfen in Tegel und Tempelhof voran.

Zur Begründung sagte Kiziltepe, die eigentlich keine Unterbringung in Großunterkünften will: „Leider ist eine dezentrale Unterbringung aufgrund der Zahlen so schnell nicht möglich.“ Schon seit Wochen bringt Berlin „Geflüchtete“ im Ankunfts-zentrum Tegel unter. Dieses war eigentlich

nur für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine vorgesehen und sollte längst wieder geschlossen sein. Mittlerweile leben auf dem ehemaligen Flughafengelände etwa 3000 Ukrainer und mehr als 1100 Asylbewerber aus anderen Ländern. Durch den Aufbau weiterer Leichtbauhallen werden derzeit zusätzliche Unterkünfte geschaffen, sodass bis Jahresende insgesamt 7000 Menschen in Tegel leben können. Nach Angaben der Sozialverwaltung lag die Zahl der Asylbewerber in Berlin in diesem Jahr bis Ende August bereits um mehr als ein Drittel höher als im Vorjahreszeitraum. Ohne Ukrainer hat Berlin demnach rund 9900 Asylbewerber aufgenommen. Herkunftsländer sind laut Berliner Sozialverwaltung vor allem die Türkei, Syrien, Afghanistan, Georgien und Moldau. H.M.

## KOLUMNE

## Dreilinden für Normale

VON THEO MAASS

Autohaus König mit 62 Niederlassungen in Deutschland ist Vertragshändler vornehmlich für Renault und Dacia. Nun hat der Autohändler die seit Jahrzehnten leerstehende Autobahn-Raststätte Dreilinden erworben. Sie wurde im Frühjahr 1973 eröffnet. Dreilinden lag am alliierten „Checkpoint Bravo“. Die drei anderen durch die USA genutzten Punkte waren: Alpha (Helmstedt), Charlie (Kreuzberg) und Delta (Heinrich-Heine-Straße).

Der Pächter hoffte, dass außer den Transitreisenden auch Berliner Ausflügler den Weg über die Avus zu ihm finden würden. Das Restaurant war rund um die Uhr geöffnet. Mit dem Viermächteabkommen wurde jedoch die Abfertigung durch die DDR-Grenzer schneller und es gab weniger Gründe, in Dreilinden Zeit totzuschlagen. Der Betreiber ging pleite. Ende der 70er Jahre gab es dort einen Imbiss für Fernfahrer. Mit der Teil-Wiedervereinigung war es auch damit vorbei. Neue Eigentümer versuchten, sich mit einem Schnellimbiss, einem Billighotel, einer Disko oder einem American Diner zu etablieren – alle erfolglos.

Das denkmalgeschützte rote Halbrundgebäude kennt auch heute noch jeder Autofahrer. Das Autohaus beabsichtigt nun, auf dem Areal eine ganz besondere Verkaufsfläche für Autos zu errichten. Dreilinden soll ein Treffpunkt für Automobilbegeisterte werden, mit Gastronomie sowie gegebenenfalls Büro- und Eventräumen.

Warum sollte das diesmal klappen? Eine autofahrerfeindliche Politik steht allein in Berlin gut 1,3 Millionen Autobesitzern gegenüber. Sie suchen nach einem Treffpunkt außerhalb der woken Blase und wollen unter Gleichgesinnten sein. Feiern und tanzen gehen abseits von kriminellen und gewalttätigen Migranten? Ein toller Treffpunkt für normal gebliebene Berliner und Brandenburger. Gute Idee. Natürlich könnten Denkmalschützer und Haubecks Heizungsgesetz das ganze Unterfangen verhindern.

## MELDUNG

## Ein Zaun reicht nicht

Berlin – Zur Erhöhung der Sicherheit plant Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) ab kommendem Jahr eine Umzäunung des Görlitzer Parks. Wie eine Umfrage im Auftrag der „Berliner Morgenpost“ ergab, scheint eine Mehrheit der Berliner allerdings der Ansicht zu sein, dass der geplante Zaun den kriminalitätsbelasteten Park nicht sicherer machen werde. Nur knapp ein Drittel der 1000 befragten Berliner gab an, der Zaun würde zu mehr Sicherheit führen. 59 Prozent bezweifelten dies, elf Prozent gaben an, in der Frage unentschieden zu sein. Zahlen der Berliner Polizei belegen tatsächlich, dass sich mittlerweile die Kriminalität über den Park hinaus in das Umfeld ausgebreitet hat. Demnach registrierte die Polizei in den vergangenen Jahren im Gebiet um den Görlitzer Park rund dreimal mehr Straftaten als im Park selbst. Allein im vergangenen Jahr erfasste die Polizei in der Umgebung des Parks 5188 Straftaten, im Park selbst waren es 1567. H.M.

## ● MELDUNGEN

## Polen steht vor Machtwechsel

**Warschau** – Nach den Parlamentswahlen in Polen bahnt sich ein Regierungswechsel an. Zwar hat die seit acht Jahren regierende nationalkonservative PiS-Partei unter Ministerpräsident Mateusz Morawiecki mit 35,4 Prozent die meisten Stimmen erhalten, doch dürfte sie keine Mehrheit im Parlament zustande bringen. Dagegen kommt das vom Oppositionsführer Donald Tusk geschmiedete Dreierbündnis aus der liberal-konservativen Bürgerkoalition, dem grün angehauchten Wahlbündnis Der Dritte Weg und den Neuen Linken auf eine Mehrheit von 53,7 Prozent. Sollte Tusk, der bereits von 2007 bis 2014 polnischer Ministerpräsident war, erneut zum Regierungschef gewählt werden, hätte auch die EU gewonnen. Tusk war von 2014 bis 2019 Präsident des Europäischen Rates. Mit fast 75 Prozent war die Wahlbeteiligung die höchste seit dem Fall des Kommunismus. Besonders viele junge Wähler haben dabei für die Opposition gestimmt. *tws*

## Pakistan zieht Konsequenzen

**Islamabad** – Das pakistanische National Apex Committee unter dem Vorsitz von Premierminister Anwar ul Haq Kakar, dem außer ihm sämtliche Minister des Landes, der Stabschef der Armee, die Ministerpräsidenten der Provinzen sowie die Leiter der höheren zivilen und militärischen Behörden angehören, hat beschlossen, alle illegal in das Land eingereisten Ausländer auszuweisen. Das richtet sich insbesondere gegen Illegale aus Afghanistan. Afghanen sind für 14 der 24 Selbstmordanschläge seit Januar verantwortlich und auch durch vielerlei kriminelle Aktivitäten wie Drogenhandel, Schmuggel und Stromdiebstahl negativ auffallen. Die Illegalen haben bis Ende Oktober Zeit, das Land zu verlassen, danach droht ihnen die Inhaftierung und Abschiebung sowie Beschlagnahme ihres Eigentums. Darüber hinaus müssen diejenigen Bürger oder Institutionen, die illegal Eingereisten Unterschlupf gewähren, mit Sanktionen rechnen. *W.K.*

## USA gegen Kontrollen

**Washington** – Während der Tagung der Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Biowaffenkonvention haben sich die USA vehement gegen wirksame Maßnahmen zur Überwachung von Forschungsprojekten ausgesprochen, deren Ergebnisse sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können. Die Anregung hierzu kam von Russland und einer Reihe weiterer Länder. Sie resultierte nicht zuletzt aus dem bekannt gewordenen Fund eines verlassenen biologischen „Untergrundlabors“ in Kalifornien, in dem Proben von gefährlichen Krankheitserregern lagerten und die Ermittler rund 1000 verendete Versuchstiere fanden. Parallel zur Weigerung der USA veröffentlichte das Pentagon das Strategiepapier „Biosecurity Policy Review“ für den Zeitraum bis 2035, in dem davon die Rede ist, das Netz von Biolaboren im Ausland zur „Abwehr biologischer Bedrohungen“ zu erweitern, vor allem in Afrika und Südostasien. *W.K.*

## SCHWEIZ

# Hochalpine Energie-Gipfel

Bürger stoppen Solarpark im Wallis – Schweizer Regierung setzt dennoch auf Sonnenstrom an Bergfelsen

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Im Schweizer Kanton Wallis fand am 10. September eine Abstimmung über den Bau eines riesigen alpinen Solarkraftwerks statt. Das Projekt „Grengiols Solar“ im Oberwallis in einer Höhenlage über 2000 Meter gilt als Vorzeigeprojekt für mindestens zwölf weitere Mega-Solaranlagen auf den Alpengipfeln vom Wallis bis zum Oberengadin, die bereits in der Planung sind. Mit einem Nein-Stimmen-Anteil von fast 54 Prozent lehnte die Einwohnerschaft ein Dekret der Kantonsregierung ab, mit dem ein beschleunigtes Bewilligungsverfahren für den Bau der Anlage genehmigt werden sollte. Damit ist das Vorhaben nicht gescheitert, jedoch ergab die Abstimmung erstmalig ein Stimmungsbild in der Bevölkerung mit Blick auf den sogenannten Solar-Express. Unter diesem Motto wird in der Schweiz der Aufbau von Solarkraftwerken in den Alpen vorangetrieben.

Angesichts der Warnungen vor einer drohenden Energieknappheit im Winter hatte das Parlament vor einem Jahr ein

dringliches Bundesgesetz verabschiedet, wonach alpine Solaranlagen mit einer jährlichen Mindestleistung von zehn Gigawattstunden (GWh) und damit Strom für 3000 Haushalte grundsätzlich erlaubt sind. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist erforderlich. Hintergrund ist der erhöhte Stromverbrauch durch immer mehr Wärmepumpen und die Elektromobilität. Hinzu kommt, dass die vier verbliebenen Kernkraftwerke zwar bis zum Ende ihrer Betriebsdauer bestehen bleiben, danach jedoch nicht ersetzt werden.

### Das Aus für die Alpwirtschaft

Von der Stromerzeugung auf den Berggücken wird ein besonders hoher Ertrag vor allem im Winter erwartet. Für die Vorhabenräger ist Eile geboten, da die von der Regierung ausgelobten Subventionen in Milliardenhöhe nur ausgeschüttet werden, wenn eine Anlage bis Ende 2025 die ersten Kilowattstunden in das Netz einspeist.

Folglich brach im Land eine Goldgräberstimmung aus. Dutzende Projekte für weitere gigantische alpine Solarkraftwer-

ke vom Kanton Wallis bis zum Oberengadin sind in der Planung. Jedoch formiert sich in der Bevölkerung ein breiter Widerstand, der sich zunächst auf das Projekt „Grengiols Solar“ konzentriert. Betroffen von dem Solarprojekt ist die Alp Furggen im Walliser Saflischtal. Die weitgehend unberührte Alp ist Teil eines regionalen Naturparks. In den Sommermonaten steht dort das Vieh einiger Bauern aus der Gemeinde Grengiols. Mit dem Solarkraftwerk käme das Aus für die Alpwirtschaft.

Das Vorpreschen der Regierung und ihrer Projektpartner, darunter zwei Energieversorger, wurde unterdessen durch naturgegebene Hindernisse ausgebremst. Im März wurde bekannt, dass die Südflanke der kaum erschlossenen Alp Furggen zu steil ist. Es könnte infolge der Bauwerke zu Erdrutschen und Erosion infolge von Starkregen kommen.

War das Projekt Grengiols anfangs als „größtes Solarkraftwerk Europas“ propagiert worden, so schrumpfte es zuletzt auf ein Sechstel der ursprünglich vorgesehenen Ausdehnung über fünf Quadratkilometer. „Nur“ 160.000 Solarpaneele auf

einem Areal vergleichbar der Größe von 120 Fußballfeldern sollen im Fels verankert werden. Aufgrund der Höhenlage verbleiben gleichwohl unvorhersehbare Risiken durch hohe Schneemengen, Kälte, Wind und heftige Gewitter.

Im Rahmen ihrer „Energiestrategie 2050“ verfolgt die eidgenössische Regierung das Ziel der „Klimaneutralität“ bis 2050. Dafür hatten sich die Bürger bei einer Volksabstimmung im Juni 2022 ausgesprochen. Im Zuge des angestrebten Ausbaus der Elektrifizierung des gesamten Energiesystems und damit verbundener dezentralisierter und unregelmäßiger Stromproduktion verlassen sich der Nationalrat und die Kantonsregierungen auf die BKW-Gruppe und die von ihr vorgeschlagenen Lösungen.

### Auswirkung auf Umwelt und Klima

Die Bernischen Kraftwerke (BKW) sind ein privatwirtschaftliches Energie- und Infrastrukturunternehmen und größter Verteilnetzbetreiber der Schweiz. Der international tätige Konzern ist durch seine Tochtergesellschaft BKW Engineering mit über 20 eigenverantwortlichen Engineering-Unternehmen auch in Deutschland, Frankreich, Italien und Norwegen vertreten. Im „Windgeschäft“ besitzt oder betreibt die BKW-Gruppe in diesen Ländern sowie in der Schweiz mit Netzwerklfirmen und Partnern über 30 Windparks. In Deutschland hat BKW langfristige Abnahmeverträge für Solarstrom abgeschlossen. Insofern ist zu erwarten, dass die Schweiz auch nach der Abstimmung im Kanton Wallis zunächst ihre Ausbaupläne für Solar-Industrieparks in den Alpen weiter vorantreiben wird.

Gleichwohl hat die Abstimmung gezeigt, dass die Bürger des Landes derartige Pläne mehrheitlich nicht gutheißen. Abgelehnt wird nicht nur die krasse Veränderung der Berglandschaft, sondern man verweist auf fehlende Studien über die Auswirkungen von riesigen Photovoltaikanlagen auf Höhen über 2000 Metern auf die Umwelt und das Klima. Schon Monate vor der Abstimmung hatte sich im Hinblick auf den „Solar-Express“ ein Riss durch die gesamte Parteienlandschaft der Schweiz aufgetan. Die Diskussionen um die geplanten alpinen Solarkraftwerke werden nicht abreißen.



So sieht die Energiezukunft in den Alpen aus: Sonnenkollektor am Gipfelkreuz der Bettmeralp im Schweizer Kanton Wallis Foto: pa

## CHINA

## Die „dunkle Wendung“ im Wuhan-Institut

Das Coronavirus als biologische Waffe? – Chinesisches Labor forscht womöglich auch fürs Militär

Seit den 1990er Jahren ist der Einsatz von biologischen Waffen Teil der chinesischen Militärdoktrin. Hiervon zeugen unter anderem das Buch „Uneingeschränkte Kriegführung“ von Generalmajor Qiao Liang und Oberst Wang Xiangsui aus dem Jahr 1999 sowie die Publikation „Krieg um die biologische Vorherrschaft“ von 2010 aus der Feder von Guo Jiwei, damals Chefarzt an einer medizinischen Universität der Volksbefreiungsarmee.

Diese Publikationen werfen die Frage auf, ob das Wuhan Institute of Virology der Chinesischen Akademie der Wissenschaften (WIV), welches im Verdacht steht, das Corona-Virus SARS-CoV-2 im Zuge eines Laborunfalls freigesetzt zu haben, ebenfalls für das Militär des Reiches der Mitte tätig ist.

Glaubt man dem US-Außenministerium, trifft dies eindeutig zu. So heißt es in einem dort veröffentlichten Informati-

onsblatt vom 15. Januar 2021 ganz explizit: „Obwohl sich das WIV als zivile Einrichtung präsentiert, haben die Vereinigten Staaten festgestellt, dass das WIV bei Veröffentlichungen und geheimen Projekten mit dem chinesischen Militär zusammenarbeitet. Das WIV hat seit mindestens 2017 im Auftrag des chinesischen Militärs geheime Forschungsarbeiten einschließlich Labortrierversuchen durchgeführt.“

Diese Behauptung wurde nun durch das US-Netzwerk zur Förderung des investigativen Journalismus ProPublica in Kooperation mit der Zeitschrift „Vanity Fair“ überprüft. Dabei analysierte der frühere US-Diplomat und China-Spezialist der RAND-Corporation, Toy Reid, mehr als 500 im Internet aufgespürte Texte in chinesischer Sprache mit Bezug zum WIV aus der Zeit ab 2017.

Und die zeichnen ein recht deutliches Bild von der Situation an dem Institut:

Dieses kämpfte demnach im November 2019, also unmittelbar vor dem offiziellen Beginn des Corona-Ausbruchs, ganz offensichtlich mit schweren Sicherheitsproblemen – Reid sprach deswegen von einer „dunklen Wendung“ in den Berichten über das WIV.

### Covid-19-Impfstoff in Rekordzeit

Einige Wochen später, am 25. Januar 2020, traf Chen Wei in Wuhan ein und übernahm die Leitung des WIV-Hochsicherheitslabors. Chen ist eine Virologin beziehungsweise ausgewiesene Expertin für biologische Kriegführung und bekleidet den Rang eines Generalmajors der Volksbefreiungsarmee. Zudem amtiert sie als Vizepräsidentin der China Association for Science and Technology (CAST) sowie als Mitglied der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (CPPCC).

Diese Person mit besten Verbindungen zur Staats- und Parteiführung in Peking hatte höchstwahrscheinlich den Auftrag, im WIV „aufzuräumen“ und das dort herrschende Chaos zu bändigen. So lautete auch die Aussage eines anonymen Insiders gegenüber der „Epoch Times“ vom Mai 2023.

Weiterhin bemerkenswert ist, dass ein Team um den Militär-Virologen Zhou Yusen in der Lage war, das weltweit erste Corona-Vakzin Ad5-nCoV alias Convidecia in Rekordzeit zu entwickeln. Der Impfstoff wurde bereits ab dem 17. März 2020 an einigen Angehörigen der Volksbefreiungsarmee getestet. Nach Ansicht von Experten wie dem US-Virologen Larry Kerr muss Zhou spätestens im November 2019 Zugang zu detaillierten Informationen über den Erreger gehabt haben, die entweder von Chen oder den WIV-Forschern erhielt. *Wolfgang Kaufmann*

VON HERMANN MÜLLER

Zum 1. Dezember sollen nach dem Willen der Bundesregierung die Mautbeträge für Lastkraftwagen stark ansteigen. Angekündigt hat die Ampel, bei der Lkw-Maut einen Kohlendioxid-Aufschlag einzuführen, der nach ihren Vorstellungen den Umstieg auf „klimafreundliche“ Antriebe voranbringen soll. Als Folge dieser Idee rechnet die Logistikbranche bei Diesel-Lkws damit, dass die Mautkosten um 83 Prozent steigen und sich damit nahezu verdoppeln. Der von der Bundesregierung ins Auge gefasste Aufschlag auf die Maut liegt bei 200 Euro pro Tonne Kohlendioxid. Dies sind 90 Euro mehr als die EU ursprünglich zur Belastung des Lkw-Verkehrs mit externen Kosten für Luft- und Lärmbelastung als Mindestbetrag vorgeschrieben hatte.

#### CO<sub>2</sub>-Aufschlag auf die Maut

Die Ampel scheint allerdings nicht nur bei der Höhe der Maut den europäischen Musterschüler spielen zu wollen. So drängt die Koalitionen aus SPD, Grünen und FDP im Bundestag darauf, die Mautpflicht für Laster auch auf Landstraßen und Städte auszuweiten. Bislang kann die Maut auf Bundesstraßen erhoben werden, wenn diese von Lkw-Fahrern zur Umfahrung der mautpflichtigen Autobahnen genutzt werden. Geht es nach den drei Regierungsfractionen, dann soll mit Ausnahme von Handwerkern die Maut künftig zudem auch für kleinere Transporter ab 3,5 Tonnen fällig werden. Bislang sind Fahrzeuge mit einem Gewicht ab 7,5 Tonnen betroffen. Die erhofften Mehreinnahmen – derzeit ist von 7,5 Milliarden Euro pro Jahr die Rede – will die Bundesregierung in den Ausbau des Schienennetzes stecken. Möglich macht dies die Aufhebung der bisher geltenden Zweckbindung. Bei der Einführung der Lkw-Maut hatte die damalige schwarz-rote Bundesregierung noch argumentiert, durch die Maut-einnahmen ausländische Nutzer der deutschen Autobahnen an den Kosten für deren Reparatur und Ausbau beteiligen zu wollen.

#### Ausweitung der Mautpflicht

Scharfe Kritik an den Mautplänen kommt aus der betroffenen Transportbranche. Dirk Engelhardt, Vorstandssprecher des Bundesverbandes Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL), des Berufs- und Spitzenverbandes des Transportlogistikgewerbes in Deutschland, bezeichnete die geplante Mauterhöhung ganz deutlich als einen Inflationstreiber. Tatsächlich ist damit zu rechnen, dass viele Spediteure die starke Belastung an ihre Kunden weitergeben werden.



Warnt vor der von seinem Verband errechneten Mautkostenerhöhung für Diesel-Lkw: BGL-Vorstandssprecher Dirk Engelhardt

#### INFLATION

## Kostenhammer zum Jahresende

Verbraucher und Unternehmen müssen sich auf eine baldige weitere Teuerungswelle gefasst machen

Nach Berechnungen des Verbandes Bayerischer Transport- und Logistikunternehmen könnten durch die Umlegung der höheren Mautgebühr auf eine vierköpfige Familie Mehrkosten von 370 Euro pro Jahr zukommen. Massive Schwierigkeiten drohen auch kleinen Logistikunternehmen. Deutschlandweit gibt es viele familiengeführte Speditionen, die nur wenige Fahrzeuge im Fuhrpark haben. Ihnen dürfte es schwerer als großen Speditionen fallen, die Mehrbelastungen zu verkraften.

Als existenzbedrohend kann sich die von den Ampel-Fractionen angestrebte Ausweitung der Mautpflicht auf viele Einmann-Unternehmen auswirken, die mit kleineren Transportern unterwegs sind, die bislang nicht unter die Mautpflicht fallen. Was solche Kleinbetriebe schultern sollen, macht eine Berechnung des Bundesver-

kehrsministeriums deutlich. Demnach bringt die Mautausdehnung auf Fahrzeuge zwischen dreieinhalb und siebeneinhalb Tonnen allein von 2024 bis 2027 rund 30 Milliarden Euro Mehreinnahmen für die Staatskasse.

#### Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises

Mittlerweile macht der BGL mit einer Kampagne auch auf die existenzbedrohenden Folgen der Mauterhöhung auf zehntausende Familienbetriebe aufmerksam. „Nicht jedes Transportunternehmen kann die Zusatzbelastung stemmen und die Eisenbahn wird die in Zukunft eventuell leer bleibenden Supermarkt-Regale auch nicht auffüllen können“, so der Logistikverband. Dieser bezweifelt zudem, dass die massive Mauterhöhung der Umwelt einen messbaren Vorteil bringt.

Demnach gib es bislang nur in sehr kleinen Stückzahlen Lkw mit alternativen Antrieben zu kaufen. „Aktuell sind laut Toll-Collect gerade einmal 300 im Einsatz“, so der BGL.

Auf die Spediteure, aber auch auf alle anderen Autofahrer sowie viele Mieter und Eigenheimbesitzer kommt Anfang 2024 zudem noch eine weitere Belastung beim Tanken und beim Heizen zu. Nach dem Willen der Bundesregierung steigt nämlich auch der Kohlendioxid-Preis kräftig an. Derzeit liegt der Preis noch bei 30 Euro je Tonne CO<sub>2</sub>. Ab dem 1. Januar sollen nach den Vorstellungen der Ampel-Regierung dann 40 Euro fällig werden. Nach Berechnungen des Außenhandelsverbandes für Mineralöl und Energie werden sich dadurch Benzin und Diesel an den Tankstellen um etwa drei Cent pro Liter verteuern.

#### AUTOMOBILINDUSTRIE

## Schaeffler will Vitesco übernehmen

Kenner der Branchen gehen von einem Kaufpreis von 665 Millionen Euro aus

In der Automobilindustrie zeichnet sich eine Milliardenübernahme ab. Der im fränkischen Herzogenaurach beheimatete Automobilzulieferer Schaeffler hat ein Kaufangebot für den in Regensburg ansässigen Antriebsspezialisten Vitesco abgegeben. Vitesco wurde vor rund zwei Jahren vom Reifenhersteller Continental abgespalten. Die Eigentümerfamilie Schaeffler hält seit der Abspaltung bereits knapp 50 Prozent an Vitesco.

Schaeffler teilte zwar mit, dass die Pläne noch nicht mit dem Vitesco-Vorstand abgestimmt sind, doch erwartet man offenbar keine allzu großen Widerstände. „Wir streben einen einvernehmlichen Zusammenschluss an“, sagte Vorstandschef Klaus Rosenfeld. Vitesco erklärte wiederum, Vorstand und Aufsichtsrat prüften alle Informationen sorgfältig und ent-

schieden dann über die nächsten Schritte. Mittlerweile hat es ein Treffen zwischen Rosenfeld und dem Vitesco-Vorstand Andreas Wolf gegeben. „Mit dem Unternehmenszusammenschluss wird eine führende ‚Motion Technology Company‘ mit vier fokussierten Sparten und einem Umsatz von ungefähr 25 Milliarden Euro geschaffen. Dazu gehört ein erstklassiger E-Mobilitäts-Anbieter mit erheblichem Wachstumspotential“, heißt es in einer Schaeffler-Mitteilung.

Nach einem Zusammenschluss würde der neue Konzern über mehr als 120.000 Mitarbeiter verfügen. Entlassungen seien bei der geplanten Übernahme nicht geplant, erklärte Rosenfeld.

Der Kauf soll in drei Schritten erfolgen. Schaeffler hat die Abgabe eines konkreten Angebots bis Mitte Dezember angekün-

digt und weiter erklärt, die Vitesco-Aktien vorerst behalten zu wollen. In einem zweiten Schritt sollen die Schaeffler-Vorzugsaktien in Stammaktien getauscht werden. Derzeit hält die Familie alle Stimmrechte. Mit der Umwandlung der börsennotierten Vorzüge werden ihr die übrigen Aktionäre gleichgestellt. „Für meine Mutter und mich als Familiengesellschafter ist die Abgabe von Stimmrechten ein einschneidender Schritt“, sagte der Aufsichtsratsvorsitzende Georg Schaeffler. In dem dritten und letzten Schritt werden alle verbliebenen Vitesco-Papiere in Aktien der fusionierten Schaeffler-Group umgetauscht werden. „Bei der Familie Schaeffler werden dann rund 70 Prozent der Anteile liegen“, sagte Rosenfeld.

Vitesco befindet sich gerade im Umbau vom Hersteller von Teilen für Ver-

brennungsmotoren zum Lieferanten von Antriebstechnik für Elektroautos. „Schaeffler und Vitesco sind zusammen stärker. Das bringt deutliche Vorteile für Kunden, Beschäftigte, Aktionäre und Geschäftspartner“, erklärte Schaeffler in einer Mitteilung.

Ganz billig wird das Unterfangen allerdings nicht werden. Branchen-Experten gehen davon aus, dass die geplante Übernahme bis zu 665 Millionen Euro kosten könnte. Zweitgrößter Aktionär von Vitesco ist der österreichische Unternehmer Siegfried Wolf mit fünf Prozent. Langfristig sollen der Zusammenschluss und die damit verbundenen Synergieeffekte aber Einsparungen von rund 600 Millionen Euro bringen. Die Schaeffler-Aktie reagierte bereits mit einem kräftigen Anstieg. *Peter Entinger*

#### ● MELDUNGEN

## Preisanstieg bei Tiernahrung

Düsseldorf – Laut einer Datenanalyse im Auftrag der deutschen Wirtschaftszeitschrift „WirtschaftsWoche“ sind die Preise für Tiernahrung in Deutschland seit Anfang vergangenen Jahres stark gestiegen. Vor allem für die Eigenmarken der großen Supermarktketten müssen die Kunden deutlich mehr Geld auf den Tisch legen. Hier gab es Preissprünge von bis zu 60 Prozent. Eine Dose Hundefutter kostet nun beispielsweise nicht mehr 99 Cent, sondern 1,59 Euro. Dahingegen ist die Markenware von Herstellern wie Whiskas und Pedigree nur um 20 bis 45 Prozent teurer geworden. Nach den Angaben der Produzenten und Händler soll diese Preisentwicklung aus den gestörten Lieferketten infolge der Corona-Pandemie sowie höheren Fracht-, Rohstoff- und Energiekosten in der Zeit danach resultieren. Außerdem sei die Zahl der Haustiere hierzulande weiter gestiegen, und das habe zu einer stärkeren Nachfrage geführt. In der Bundesrepublik gibt es derzeit rund 10,6 Millionen Hunde und 15,2 Millionen Katzen. *W.K.*

## Microsoft plant Klein-AKW's

Redmond – Der US-amerikanische Softwarekonzern Microsoft will künftig Kernreaktoren nutzen, um seine Rechenzentren mit elektrischer Energie zu versorgen. Das geht aus einer aktuellen Stellenausschreibung des Unternehmens hervor, in der ein „Hauptprogrammmanager für Nukleartechnologie“ gesucht wird. „Diese leitende Person“, heißt es dort, „hat die Aufgabe, die technische Integration von SMR und Mikroreaktoren zu leiten, mit denen die Rechenzentren für die Microsoft Cloud und die Künstliche Intelligenz betrieben werden sollen.“ SMR sind wie die Mikroreaktoren kleinere modulare Atommeiler, die komplett montiert am späteren Betriebsort aufgestellt werden. Durch die Entwicklung und Nutzung von Künstlicher Intelligenz könnte sich der generelle Stromverbrauch in naher Zukunft verdoppeln. Deshalb setzt Microsoft auf „einen klaren Fahrplan“ für die Einführung der Nukleartechnik im eigenen Hause. *W.K.*

## Höhere Defizite der Gemeinden

Wiesbaden – Laut dem Statistischen Bundesamt wiesen die Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne die Stadtstaaten) in Deutschland im ersten Halbjahr ein Finanzierungsdefizit von 7,3 Milliarden Euro auf. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres hatte das Defizit 1,6 Milliarden Euro betragen. Die bereinigten Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände stiegen im ersten Halbjahr des Vorjahres um 11,0 Prozent beziehungsweise 16,6 Milliarden Euro auf 167,6 Milliarden Euro. Treiber der Ausgaben waren vor allem die Sozialleistungen, die im ersten Halbjahr 2023 um 11,8 Prozent oder 3,9 Milliarden Euro höher waren als im ersten Halbjahr 2022 und sich auf insgesamt 37,1 Milliarden Euro beliefen. Hauptgrund für den Anstieg waren die zum 1. Januar 2023 erhöhten Regelsätze für das Bürgergeld. *W.K.*

## ANALYSE

## Umgang mit der AfD

ROBERT MÜHLBAUER

Nach ihren Erfolgen bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern ist die AfD in Umfragen weiter im Aufwind – zuletzt stieg sie im ARD-DeutschlandTrend Mitte Oktober sogar auf 23 Prozent bundesweit. Die Parteichefs Alice Weidel und Tino Chrupalla zeigen sich selbstsicher. Umso mehr zittern die anderen Parteien. Besonders die CDU/CSU ringt um den richtigen Kurs. Hatte nicht Friedrich Merz einst eine Halbierung der AfD versprochen? Vertreter des alten Merkel-Flügels wie der NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst wollen die scharfe Ausgrenzung aufrechterhalten. Wüst sagte vergangene Woche, die AfD sei eine „Nazi-Partei“, da Björn Höcke, die angeblich prägende Figur, als Faschist und Nazi bezeichnet werden dürfe.

Im Adenauer-Haus wissen sie aber auch, dass auf Dauer solche Begriffskämpfe nur wenig Wähler zurückbringen werden. Ein Großteil der AfD-Anhänger, gerade im Osten, zeigt sich unempfindlich dagegen, mit welchen Schmäworten die Partei belegt wird. Im Osten könnte die AfD bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg nächsten Herbst stärkste Kraft werden. Altbundespräsident Joachim Gauck empfahl dagegen schon mal ein Bündnis aller anderen Parteien „von der CDU bis zur Linken“ gegen die AfD.

## Ausgrenzung ist umstritten

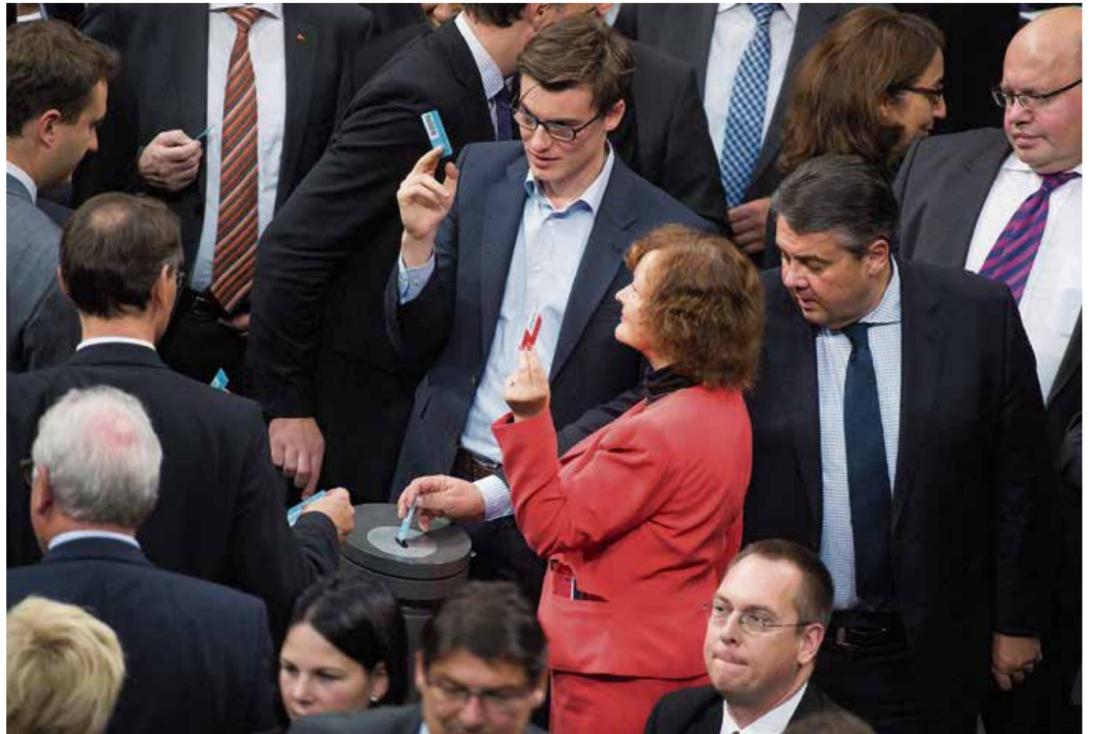
Der Hamburger CDU-Abgeordnete Christoph Ploß ließ vergangene Woche mit einem anderen Vorstoß aufhorchen. Er hält die Ausgrenzung der AfD partiell für falsch. In einem Gastbeitrag im „Stern“ empfahl er, als Antwort auf die AfD „unsere demokratischen Institutionen, Standards und Traditionen hochzuhalten“. Die im Bundestag „inzwischen leider übliche Praxis, die AfD aus dem eigentlich fraktionsübergreifenden Bundestagspräsidium fernzuhalten“, sehe er mit Sorge. Denn damit werde der Partei ein ihr laut demokratisch beschlossener Geschäftsordnung zustehendes Recht verwehrt, monierte der frühere Hamburger CDU-Chef, der hinzufügte, dass er die AfD als zumindest in Teilen rechtsextreme Partei sehe. Ein Blick ins Ausland zeige aber, dass Ausgrenzungs- und Isolationsstrategien gegen rechte Parteien nicht von Erfolg gekrönt seien.

Sein Vorstoß produzierte Schlagzeilen. „CDU-Abgeordneter offen für Bundestags-Vize der AfD“, titelte der „Spiegel“. Einige Medien fragten, ob die Brandmauer von der CDU zur AfD wackele. Die SPD attackierte ihn sogleich heftig, aber auch die CDU-Führung distanzierte sich von ihm. In der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags steht seit 1994 klar, dass jeder Fraktion mindestens ein Vizepräsidenten-Posten zustehe. Als einzige Partei ist aber die AfD seit 2017 nicht im Präsidium vertreten. Bislang fielen mehr als ein Dutzend ihrer Kandidaten bei Wahlen durch. Die SPD-Abgeordnete Katja Mast machte klar, dass es dabei auch bleiben solle.

## „Lex AfD“ statt Gleichbehandlung

Unterdessen haben die Ampel-Parteien gemeinsam mit der Union einen Entwurf für ein Stiftungsgesetz vorgelegt. Dieses soll auch in Zukunft sicherstellen, dass die AfD-nahe Erasmus-Stiftung von der staatlichen finanziellen Förderung ausgeschlossen bleibt. Die parteinahen Stiftungen der anderen Parteien erhielten letztes Jahr fast 700 Millionen Euro aus den Budgets mehrerer Ministerien. Nur die Erasmus-Stiftung ging bislang komplett leer aus. Das Bundesverfassungsgericht hatte im Februar nach einer Klage der AfD recht gegeben. Die Karlsruher Richter entschieden, dass dies die Chancengleichheit verletzt habe.

Das neue Stiftungsgesetz will die Hürden nochmal höher legen. So soll eine Partei nun nicht mehr zwei, sondern mindestens drei Legislaturperioden im Bundestag sitzen, bis ihre Stiftung Geld bekäme (womit die AfD-nahe Erasmus-Stiftung jetzt vorerst ausgeschlossen wäre). Damit aber die FDP-nahe Naumann-Stiftung trotzdem Geld bekommt, obwohl die FDP 2013 bis 2017 nicht im Bundestag saß, haben sie eine Ausnahmeregel aufgenommen. Grundsätzlich sollen Stiftungen von öffentlicher Finanzierung ausgeschlossen werden, deren Inhalte oder Personal nicht der Förderung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie dem Gedanken der Völkerverständigung dienen. AfD-Chefin Weidel sagte, das Gesetz sei klar eine „Lex AfD“. Wieder werde gezielt die Chancengleichheit verletzt. Die Partei drohte abermals mit einer Verfassungsklage.



Symptomatisch für die Fraktionsdisziplin im Bundestag: Vertreter der Fraktionen halten Abstimmungskarten hoch, damit ihre Fraktionskollegen wissen, welche Karte sie in die Abstimmungsurne werfen sollen  
Foto: pa

## KOLUMNE

## Parteienverdrossenheit

FLORIAN STUMFALL

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bestimmt in seinem Artikel 20: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ Dies entspricht der Vorstellung von einer Demokratie, die ja die Herrschaft des Volkes bedeutet. So wurde es im Jahre 1949 festgelegt und so ist es bis heute gültig. Doch das Ergebnis nach so vielen Jahren entspricht längst nicht mehr der ursprünglichen staatspolitischen Absicht.

Tatsächlich beanspruchen längst die Parteien die Macht, und sie haben sich dabei von dem Volk als dem Souverän mehr und mehr entfernt. Sie beherrschen den politischen Betrieb uneingeschränkt. Sie haben auf dem Feld der Politik keinerlei Konkurrenz. Zwar müssen sie sich die Wählerstimmen untereinander teilen, doch dies ist eine Aufteilung innerhalb eines Kartells. Darauf, was hier schiefgelaufen ist, weist der folgende Grundgesetzartikel 21 hin. Er legt fest: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Das ist übrigens im ganzen Grundgesetz der einzige Artikel, in dem auf die Parteien Bezug genommen wird.

Fasst man aber zusammen, was in den Grundgesetzartikeln 20 und 21 von der Staatsgewalt gesagt wird, so ergibt sich, dass die Parteien nicht nur bei der politischen Willensbildung mitwirken (Artikel 21), sondern sich dazu ein Monopol verschafft haben. Es besteht keine andere Kraft, die es ihnen gleich tun könnte. Das aber ist keine Mitwirkung, sondern die Anmaßung der ausschließlichen Machtausübung.

## Laut Grundgesetz sollen die Parteien nur mitwirken

Dabei ist eine konkurrierende Kraft durchaus vorgesehen. Denn die vom Volke ausgehende Staatsgewalt soll nicht nur in Wahlen, sondern auch durch Abstimmungen (Artikel 20) ausgeübt werden. Doch das ist nicht der Fall. Tatsächlich verkünden Parteipolitiker, auf Bundesebene gebe es in Deutschland keine Volksabstimmungen. Das Motiv dazu ist leicht einzusehen: Hätte man, wie oft gefordert, die Entscheidungen zum Abbau der deutschen Souveränität zugunsten der EU oder über die Abschaffung der Deutschen

Mark verfassungsgemäß zum Gegenstand einer Abstimmung gemacht, so hätte die vom Parteien-Kartell verfolgte Politik wahrscheinlich schwere Niederlagen hinnehmen müssen.

Doch auch was die Wahlen selbst angeht, zeigen sich die Parteien als Monopolisten. Sie lassen nämlich den Souverän erst dann zu Wort kommen, wenn eine Wahl ansteht, das heißt, wenn es unvermeidlich geworden ist, die Bürger sich äußern zu lassen. Die Aufstellung der Kandidaten aber ist streng und ausschließlich in Händen der Parteien, mag es auch in der

lichsten und konsequentesten Verfassungsbruch der deutschen Politik dar. Das geht so weit, dass manchmal der Fraktionszwang ausdrücklich aufgehoben wird, um ihm dann sofort wieder Geltung zu verschaffen. Dieses Ärgernis ist nicht oft genug zu beklagen, aber es ist in diesem Zusammenhang nicht das einzige.

## In Wirklichkeit haben sich die Parteien ein Monopol verschafft

Nimmt man beispielsweise das Geschehen bei einer TV-Sendung in einer Wahlnacht, so stellt man fest, dass immer wieder Rechnungen bezüglich der Fraktionsstärken der verschiedenen Parteien angestellt und die Möglichkeiten einer Regierungsbildung abgeleitet werden. Die Stimmen der Parteien werden dabei jeweils als eine Einheit von bestimmter Größe begriffen. Die vom Wähler als dem Souverän durch die Wahl delegierte Staatsgewalt geht unmittelbar an die Fraktionen, und dabei haben die einzelnen Abgeordneten nur noch zahlenmäßiges Gewicht, kein politisches mehr.

So wird der Parteienhader in die Parlamente getragen, in denen längst nicht mehr das ganze Hohe Haus, wie es sein müsste, die Regierung kontrolliert, sondern nur noch die Opposition dies tut.

Gäbe es aber in den Parlamenten unabhängige Abgeordnete, die nicht auf dem Ticket einer Partei fahren, sondern wirklich sich selbst verantwortlich fühlen dürften, so würde es immer schwieriger, die Parteiinteressen zu verhandeln anstatt das Gemeinwohl, und es wäre auch nicht mehr so einfach, einen Antrag – unabhängig von seinem Inhalt – abzulehnen, nur weil es aus einer missliebigen politischen Ecke kommt. Unabhängige Abgeordnete müssten durch Argumente überzeugt werden, ein Vorgang, der ursprünglich als selbstverständlich angenommen worden ist.

Diese Idee wiederzubeleben, wäre ein aussichtsreiches Mittel gegen die Parteienverdrossenheit. Diese wurde nie richtig analysiert. Daher weiß man nicht, inwiefern es sich dabei um eine Parteienverdrossenheit handelt. Verwunderlich wäre es nicht angesichts des Machtanspruchs vor allem der regierenden Parteien einerseits und dem Ergebnis ihrer Politik, das geeignet ist, aus Verdrossenheit tiefe Trauer werden zu lassen.

● Der Autor ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

## Alle Staatsgewalt geht von den Parteien aus

Kommunalpolitik Ausnahmen geben. Wollten aber die Politiker, die so gerne von mehr Teilnahme der Bürger sprechen, ihren Worten Glaubwürdigkeit verleihen, so könnten sie ein Konzept zum Wahlrecht vorlegen, das es den Wahlberechtigten erlaubt, zunächst einmal darüber zu entscheiden, welche Persönlichkeiten kandidieren sollen. Dabei könnten dann auch solche als Kandidaten zum Zuge kommen, die keiner Partei angehören, aber Vertrauen und Ansehen in der Bevölkerung genießen. Eine derartige Regelung wäre eine „Mitwirkung“ der Parteien und kein Monopol, und die Bürger wären erheblich mehr ins demokratische Geschehen eingebunden. So aber haben sie sich mit dem politischen Personal abzufinden, das ihnen von den Parteien vorgesetzt wird, und das löst manchmal schmerzliche Gefühle aus.

Dafür, dass sie das Grundgesetz nur in einem einzigen Artikel erwähnt, beanspruchen die Parteien sehr viel Macht. Doch noch deutlicher und schwieriger wird das Problem, wenn es die Fraktionen angeht, das heißt, die Parteien-Gruppierungen in einem Parlament. Auch die Fraktionen werden im Grundgesetz nur ein einziges Mal erwähnt, und das nur in einem abschließenden Zusammenhang. Grundgesetzartikel 38 verbietet nämlich den Fraktionszwang, denn jeder Abgeordnete ist nur seinem Gewissen unterworfen.

Soweit die Theorie. In der Wirklichkeit stellt der Fraktionszwang den offensicht-

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,  
**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.  
**ISSN** 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann.  
Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFF33 oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDE33 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:**  
redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**  
www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

## „Krabats“ geistiger Vater

Vor 100 Jahren wurde der aus Böhmen stammende Jugendbuchautor Otfried Preußler geboren – Zwei Ausstellungen zum Jubiläum

VON ULRIKE GENTZ

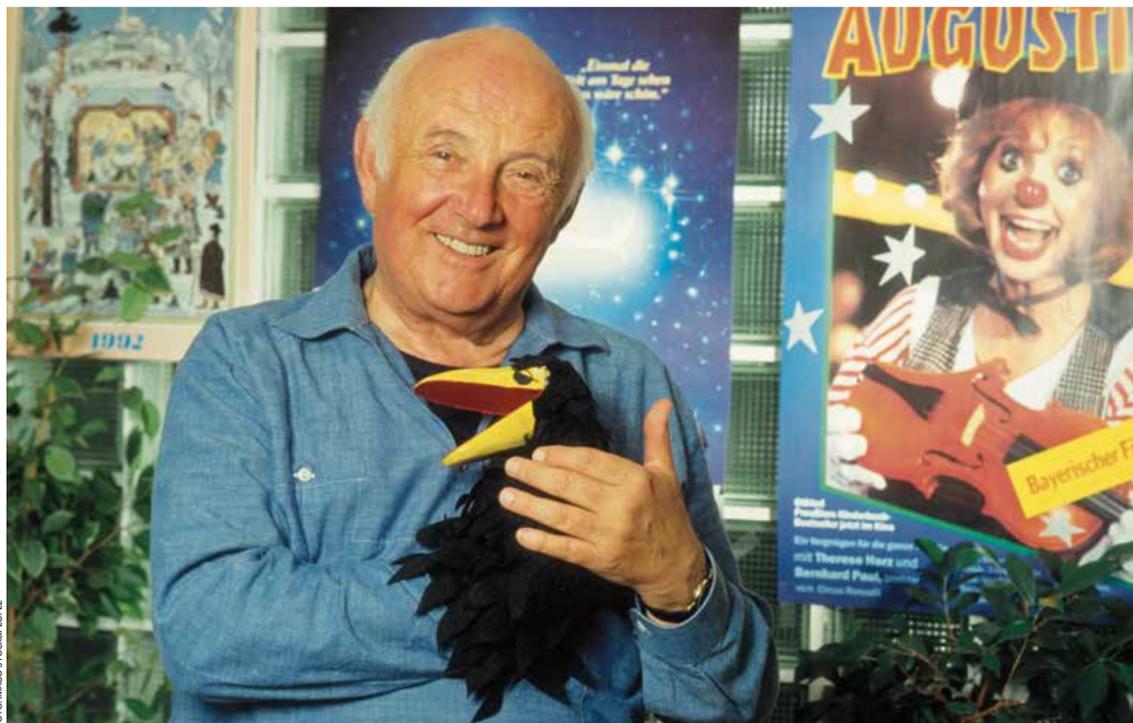
Seine positive und liebevolle Einstellung Kindern und Jugendlichen gegenüber brachte Otfried Preußler mit folgendem Satz zum Ausdruck: „Manchmal wurde ich gefragt: ‚Warum schreiben Sie eigentlich Bücher für Kinder?‘ Ich antwortete: ‚Weil es mir Spaß macht.‘ Und genau so viel Spaß wie ich beim Schreiben habe, wünsche ich allen Lesern.“

Die Familie des am 20. Oktober 1923 in Reichenberg geborenen Jugendbuchautors stammt ursprünglich aus Böhmen, zumindest lassen sich seine Vorfahren – meist Glasmacher – bis ins 15. Jahrhundert dort nachweisen. Sein Vater, Josef Syrowatka, war nicht nur Lehrer, sondern auch Volkskundler und Heimatforscher. Er übernahm 1941 den Nachnamen seiner Vorfahren, die Preisler hießen, wandelte ihn aber in Preußler um.

Die Tendenz von Otfried Preußler, Geschichten und Erzählungen zu verfassen, wurde auch von seiner Großmutter unterstützt, die die Volkserzählungen und Sagen aus ihrer Heimat, dem Isergebirge in Böhmen, gut kannte. Entsprechend verarbeitete Preußler die Volkssagen, Legenden, Mythen und Erzählstoffe seiner Heimat in seinen späteren Geschichten.

Preußler glaubte, dass auch zwei Hexen zu seinen Vorfahren gehört hätten. Sein wichtigstes Buch war das virtuelle Geschichtenbuch seiner Großmutter. Nach seiner Aussage ist dieses großmütterliche Werk das einflussreichste Buch seines Lebens gewesen. Der junge Preußler ging in Reichenberg auf die Rudolphschule. Er bevorzugte Deutsch und andere Fächer, die sich mit Sprachen beschäftigten und wollte Professor für deutsche Landesgeschichte an der Karlsuniversität in Prag werden.

1942 machte Preußler sein Abitur, wurde danach als Soldat zum Dienst in den Zweiten Weltkrieg einberufen, kam in russische Kriegsgefangenschaft, war in fünf verschiedenen Kriegsgefangenenlagern in der tatarischen Republik, magerte bis auf 40 Kilo ab und erlitt Malaria, Typhus sowie Fleckfieber.



Häufig mit tierischen Begleitern unterwegs: Otfried Preußler mit dem Raben Abraxas aus „Die kleine Hexe“

Vier Jahre nach Kriegsende wurde Preußler im Juni 1949 aus der russischen Kriegsgefangenschaft entlassen. In Rosenheim in Oberbayern traf er seine Verwandten wieder. Auch seiner Verlobten begegnete er wieder, die er noch im selben Jahr heiratete.

Preußler wollte ins Lehramt wie sein Vater. Während er studierte, verdiente er

seinen Lebensunterhalt auch als Schriftsteller und lebte vom Schreiben und Erzählen von Märchen und Geschichten für den Kinderfunk, sowie als Lokalreporter.

### Zusammenarbeit mit der Tochter

Nach seinem Studium widmete sich der Volksschullehrer seiner Karriere im Schuldienst und brachte es bis zum Rek-

tor in Stephanskirchen, wo er an einer Schule unterrichtete, die später nach ihm in „Otfried-Preußler-Schule“ umbenannt wurde. Teilweise betreute er bis zu 52 Schüler. Seine Erzählkunst und seine zeichnerische Begabung motivierten, begeisterten und prägten die Kinder. So erzählte Preußler seinen Schülern immer wieder Märchen und Geschichten aus seiner Heimat, die er teilweise später sogar aufschrieb und dann publizierte.

Preußlers Laufbahn als Schriftsteller und Publizist beschränkte sich zunächst auf kleinere Erzählungen, Übersetzungen und Hörspiele für den Kinderrundfunk. Er ließ seinem finanziell sichereren Lehrberuf aber zunächst den Vorrang vor seinem Beruf als freier Schriftsteller. Preußler schrieb 32 Kinder- und Jugendbücher. Seine Werke existieren in 55 Sprachen mit mittlerweile 275 Übersetzungen. Seine Buchtitel haben eine Gesamtauflage von über 15,2 Millionen Exemplaren in deut-

scher Sprache. Bis heute zählt Preußler mit seinen phantasievollen, spannenden und zugleich humorvollen Kinderbüchern zu den bekanntesten deutschen Kinder- und Jugendbuchautoren.

Mit „Der kleine Wassermann“ erschien im Jahre 1956 sein erstes Kinderbuch, für das er 1957 bereits den Deutschen Kinderbuchpreis erhielt. Ein Jahr später verfasste er „Die kleine Hexe“ und im Jahre 1962 schrieb er sein bekanntestes Werk, den „Räuber Hotzenplotz“. 1971 verfasste er sein bewegendstes Buch: „Krabat“, für das er im Jahr 1972 den Deutschen Jugendbuchpreis erhielt.

Eine der drei Töchter Preußlers, Regine Stigloher, arbeitete als Lektorin und – wie ihr Vater – als freie Publizistin. Gemeinsam mit ihm schrieb und veröffentlichte sie im Anschluss an den ersten Titel des „Kleinen Wassermann“ drei Fortsetzungsbände: „Frühling“, „Sommerfest“ und – posthum nach Preußlers Tod – „Herbst“. Als freier Schriftsteller lebte Preußler zuletzt in Haidholzen in der Nähe von Rosenheim, anschließend in Prien am Chiemsee, wo er am 18. Februar 2013 gestorben ist.

Über viele Jahre und Jahrzehnte gewährte er dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge großzügige finanzielle Unterstützung. „Im Gedenken an all seine Kriegskameraden, die er in den Kämpfen und in seiner fünf Jahre dauernden sowjetischen Kriegsgefangenschaft hatte sterben sehen“ unterstützte er tatkräftig diese Organisation.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, [www.kulturstiftung.org](http://www.kulturstiftung.org)

● „Ein bisschen Magier bin ich schon...“, Ausstellung bis 12. November im Sudetendeutschen Museum, Hochstraße 10, 81669 München. Bis zum 21. Oktober findet dort anlässlich des Preußler-Jubiläums eine Tagung und ein Geburtstagsfest statt: [www.sudetendeutsches-museum.de](http://www.sudetendeutsches-museum.de) „Der Mensch braucht Geschichten“, Ausstellung bis 7. Januar im Stabi Kulturwerk, Unter den Linden 8, 10117 Berlin: [www.stabi-kulturwerk.de](http://www.stabi-kulturwerk.de)

### Säuberungen von Preußlers Werken

Vor zehn Jahren entschied sich der Thienemann Verlag, bei dem die Werke Otfried Preußlers erscheinen, dessen Werke zu „modernisieren“. Im Rahmen der Rassismus-Debatte griff man in der Neuauflage der „Kleinen Hexe“ in den Text ein und ersetzte die „Negerlein“ durch „Messerwerfer“. Und um Kinder nicht zu verstören, liest man statt „durchgewichst“ jetzt „verhauen“. Ins-

gesamt nahm der Verlag über 70 Änderungen vor. Die „Hexe“ selbst – in Zeiten der „Wokeness“ ein „Unwort“ – bleibt vorerst – noch – erhalten.

Bei Thienemann ist jetzt auch von Tilman Spreckelsen die erste vollständige Preußler-Biografie erschienen: „Otfried Preußler: Ein Leben in Geschichten“, 304 Seiten, 29 Euro. *tws*

### ARCHITEKTUR

## Meister der runden Ecken

Führender Barockbaumeister Westfalens – Vor 250 Jahren starb Johann Conrad Schlaun

Ob Schloss Augustusburg in Brühl oder der Erbdrostenhof in Münster: die Bauwerke des am 21. Oktober 1773 gestorbenen Barockarchitekten Johann Conrad Schlaun sind attraktive Besuchermagneten. Der 1695 geborene Westfale war in fürstbischöflichen Diensten ein als Architekt tätiger Offizier.

Den Aufstieg zum führenden Barockbaumeister Westfalens verdankte Schlaun dem Fürstbischof und Kurfürsten Clemens August von Bayern (1700–1761) und dessen Premierminister Ferdinand von Plattenberg. Sie schickten ihn von 1720 bis 1723 auf Studienreise nach Würzburg, Wien, Rom und Paris. Nach der Rückkehr übernahm Schlaun die Bauleitung des von einem doppelten Wassergraben umgebenen Schlosses Nordkirchen, das als „westfälisches Versailles“ gerühmt wird.

Das durch flach hervortretende Wandpfeiler und horizontale Bänder geglied-

te Sichtziegelmauerwerk und der für die Rahmungen von Portalen, Fenstern sowie den Bauschmuck verwendete Sandstein bestimmen das Erscheinungsbild von Schlauns Bauwerken. Die für das Münsterland typischen Materialien und Bauweisen kombiniert er mit internationalen Anregungen. Ein schönes Beispiel ist sein von einem Wassergraben umgebener Sommersitz Haus Rüschaus in Nienberge. Die Hofseite weist zwei Wirtschaftsgebäude auf, die das mit einem großen Scheunentor ausgestattete Haupthaus flankieren. Die repräsentative Gartenseite des später von der Dichterin Annette Droste-Hülshoff bewohnten Rüschauses erweist hingegen ländlichen französischen Adelssitzen seine Referenz.

Schlauns sakrales Hauptwerk steht in Münsters Innenstadt: die nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg wieder aufgebaute Clemenskirche. Stifter des Zen-

tralbaus mit Kuppel und aufgesetzter Laterne war Clemens August von Bayern, Kurfürst und Erzbischof von Köln, Fürst-



Letztes Meisterwerk Schlauns: Portal des Münsteraner Schlosses, heute Universität

bischof von Münster, Paderborn, Osnabrück und Hildesheim sowie Hochmeister des Deutschen Ordens.

Den Auftrag zu seinem letzten Meisterwerk verdankte Schlaun dem Nachfolger Clemens Augusts als Fürstbischof von Münster und Kurfürsten von Köln: Maximilian Friedrich von Königsegg-Rothenfels. Wie so viele Bauwerke Schlauns zeichnet sich auch die ab 1767 errichtete, drei Flügel aufweisende Fürstbischöfliche Residenz, durch strenge Symmetrie und viertelkreisförmige Gebäudeecken aus. Als Schlaun 1773 starb, war der Außenbau vollendet. Die ersten regelmäßigen Nutzer des heutigen Hauptsitzes der Universität Münster, die bis zur Umbenennung Anfang Oktober nach dem Kaiser „Westfälische Wilhelms-Universität“ hieß, aber waren 1803 der preußische Zivilgouverneur Freiherr vom Stein und Generalfeldmarschall von Blücher. *Veit-Mario Thiede*

### ● MELDUNGEN

## Bräuche in Ostpreußen

**Lüneburg** – Vom 21. Oktober bis 24. Februar ist im Ostpreußischen Landesmuseum die Ausstellung „Stin hengste, Krähenbeißer, Lange Wurst und Co.“ zu sehen. Präsentiert werden „Ostpreußische Bräuche im Wandel“. Infos: [www.ol-ig.de](http://www.ol-ig.de) *tws*

## Jan van Eyck en detail

**Berlin** – Die Gemädegalerie am Matthäikirchplatz macht vom 20. Oktober bis 3. März einen „Zoom auf van Eyck“. Eine interaktive digitale Projektion macht es möglich, in die winzigsten Feinheiten der Meisterwerke des niederländischen Malers Jan van Eyck einzutauchen. *tws*

BERT TRAUTMANN

## Briefmarke zum Geburtstag

Mit Bernhard Carl „Bert“ Trautmann wurde 1956 erstmals ein Deutscher in England zum Fußballer des Jahres gewählt. Dass es dazu kam, lag maßgeblich am Zweiten Weltkrieg. An jenem nahm der am 22. Oktober 1923 in Bremen geborene Hanseat als Fallschirmjäger teil. Als Luftwaffensoldat geriet er gegen Ende des Krieges in britische Kriegsgefangenschaft und wurde in ein Lager bei Manchester verbracht. Bei einem Fußballspiel unter deutschen Kriegsgefangenen wurde der Trainer des Provinzclubs St. Helens auf Bernd Trautmanns Talent als Torwart aufmerksam und engagierte ihn für seinen Verein. Das Angebot, nach seiner Kriegsgefangenschaft 1948 in die Heimat zurückzukehren, schlug er aus.

1949 wechselte er zum sportlich ungleich bedeutenderen Erstligisten Manchester City. Dem vormaligen Kriegsgegner schlug in Manchester durchaus Feindschaft entgegen. Mit seiner Art und vor allem seinen sportlichen Leistungen gelang es ihm jedoch, seine Kritiker zu überzeugen.

Der Durchbruch gelang Trautmann 1956 beim FA-Cup-Finale im Londoner Wembley-Stadion unter den Augen von Königin Elisabeth II. Dass bei drei Toren seiner eigenen Mannschaft dem Gegner Birmingham City nur ein Gegentor gelang, war maßgeblich sein Verdienst. In der 75. Spielminute verletzte ihn ein Gegenspieler mit dem Knie schwer am Genick. Aber er blieb im Tor und verhinderte, dass dem Gegner ein weiterer Treffer gelang. Spätestens zum Helden wurde Trautmann, als herauskam, dass die Verletzung derart schwer war, dass das Weiterspielen trotz und mit ihr ihm hätte das Leben kosten können. Nachdem 1960 der englische Fußballverband entschieden hatte, bei den Ligaauswahl-Mannschaften auch Ausländer zuzulassen, wurde Trautmann Kapitän dieses All-Star-Teams. Nach 15 Jahren und über 400 Pflichtspielen verabschiedeten sich Trautmann und Manchester City 1964 mit einem grandiosen Abschiedsspiel vor schätzungsweise 60.000 Zuschauern im völlig überfüllten Stadion an der Maine Road voneinander.

Trautmann wechselte wie viele Profis ins Trainerlager. Dort knüpfte er nicht an seine Erfolge als aktiver Spieler an. Dessen ungeachtet hochgehört, starb Trautmann am 19. Juli 2013 in seinem Haus in Spanien an einem Herzinfarkt.



Sonderbriefmarke „100. Geburtstag Bernhard Carl ‚Bert‘ Trautmann“

Anlässlich seines bevorstehenden 100. Geburtstags hat das Bundesfinanzministerium Trautmann mit einer Sonderbriefmarke geehrt. Am 5. Oktober wurde das Sonderpostwertzeichen „100. Geburtstag Bernhard Carl ‚Bert‘ Trautmann“ herausgegeben. Eine Woche später fand die Präsentation im Wolffschen Bau des Nürnberger Rathauses statt. Die Gestaltung des Postwertzeichens und der Ersttagsstempel stammen von Andreas Ahrens aus Hannover.

Manuel Ruoff



Nachdem sein Bataillon während der US-Invasion auf Grenada gelandet ist: US-Marine bewacht Zivilisten

Foto: imago/Everett Collection

### OPERATION URGENT FURY

# „Eine eklatante Verletzung des Völkerrechts“

Vor 40 Jahren begann der Angriffskrieg der Vereinigten Staaten gegen Grenada. Gegen 7300 Angreifer hatten knapp 2000 Verteidiger keine Chance

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der kleine karibische Inselstaat Grenada erlangte 1974 seine Unabhängigkeit von Großbritannien. Allerdings blieb er Mitglied des Commonwealth und Königin Elisabeth II. weiterhin sein Staatsoberhaupt. In dieser Funktion ließ sich die Monarchin vor Ort von einem Generalgouverneur vertreten.

1979 wurde der demokratisch gewählte erste Premierminister Grenadas, Eric Gairy von der Grenada United Labour Party (GULP), durch die marxistische Rebellenorganisation New Jewel Movement (NJM) unter Maurice Bishop gestürzt. Anschließend errichtete die NJM ein Revolutionsregime, das die Verfassung außer Kraft setzte, freie Wahlen verhinderte und politische Gegner verfolgte.

Außerdem kooperierte es eng mit der UdSSR und anderen Ostblockstaaten sowie auch mit Kuba, Libyen und Algerien, wobei in der Regel der kubanische Auslandsgeheimdienst DI die Kontakte knüpfte. In diesem Zusammenhang erhielt die winzige grenadische Armee zwölf Schützenpanzerwagen beziehungsweise amphibische Spähpanzer sowie zwölf Flugabwehrkanonen und eine größere Zahl an Sturmgewehren aus sowjetischer Produktion.

Parallel hierzu trafen rund 900 Militärangehörige und zivile Berater aus Kuba, der Sowjetunion, Bulgarien, Libyen und der DDR auf Grenada ein. Das größte Kontingent stellten die knapp 800 Kubaner, unter denen sich angeblich gut 600 Bauarbeiter befanden. Allerdings bestand der ranghöchste kubanische Militär auf Grenada, Oberst Pedro Tortolé Comas, später ein, dass diese Männer ebenfalls bewaffnet gewesen seien.

Andererseits wurde auf der Insel tatsächlich gebaut. Rund zehn Kilometer

### Spitzenpolitiker Grenadas der damaligen Zeit



Grenadas erster Premier **Eric Gairy** kehrte nach der US-Invasion aus dem US-Exil nach Grenada zurück. Bei den Präsidentschaftswahlen 1984 verlor seine Partei.



**Paul Scoon** war ab 1978 Generalgouverneur Grenadas. Nach der Revolution von 1979 wurde er von den Revolutionären für abgesetzt erklärt. 1992 trat er zurück.



Der Flughafen Point Salines, mit dessen Bau **Maurice Bishop** einen Grund für die US-Invasion schuf, trägt heute den Namen von Grenadas zweitem Premier.

südwestlich der Inselhauptstadt St. George's entstand bei Point Salines ein neuer Flughafen mit einer Pistenlänge von 9,7 Kilometern. Dieser sollte offiziell der Ankurbelung des Tourismus dienen, hätte aber auch von großen sowjetischen Transportmaschinen genutzt werden können.

### Es fehlte nur noch ein Anlass

Aus all diesen Gründen nahmen der damalige US-Präsident Ronald Reagan und dessen Berater ab Frühjahr 1983 an, dass auf Grenada ein sowjetisch-kubanischer Vorposten entstehen solle, der unter anderem als Drehscheibe Moskaus für Waffenlieferungen an die kommunistischen Guerillas in Süd- und Mittelamerika die Interessen der Vereinigten Staaten bedrohen könne. Das hatte ein militärisches Eingreifen der USA gemäß der von Theodore Roosevelt proklamierten „Politik des dicken Knüppels“ gegenüber Lateinamerika zur Folge. Zunächst fehlte hierzu jedoch ein konkreter Anlass.

Der bot sich aber bereits wenige Monate später, als innerparteiliche Konkur-

renten Bishops um den Vizepremierminister Bernard Coard und General Hudson Austin den Revolutionsführer stürzten und ihn am 19. Oktober 1983 mit einigen seiner Anhänger exekutieren ließen, Austin die Errichtung einer Militärdiktatur ankündigte und Grenada schließlich in Chaos und Bürgerkrieg zu versinken drohte.

In dieser Situation bat der unter Arrest gestellte damalige Generalgouverneur Paul Scoon die USA über geheime diplomatische Kanäle um eine Intervention, und die sechs Mitgliedsstaaten der Organisation Ostkaribischer Staaten (OECS) richteten gemeinsam mit Barbados und Jamaika am 21. Oktober ein Hilfersuchen an Washington.

Dort wurde ohnehin erwogen, einzugreifen, nun auch aus Sorge um das Schicksal der über 600 jungen Landsleute, die an der 1976 gegründeten privaten internationalen St. George's University School of Medicine studierten. Am 25. Oktober 1983 begann die US-amerikanische Operation Urgent Fury (dringende Wut), die US-Invasion in Grenada.

Durchgeführt wurde sie von der zu diesem Zwecke zusammengestellten Combined Joint Task Force (CJTF) 120 unter Vizeadmiral Joseph Metcalf. Anders als im aktuellen Ukrainekrieg waren in diesem Falle die Angegriffenen den Angreifern personell wie materiell hoffnungslos unterlegen. Auf der Seite Grenadas standen neben rund 1200 einheimischen Soldaten knapp 800 Kubaner, die besonders verbissen kämpften. Dem standen etwa 7000 US-Amerikaner gegenüber, zu denen die zusammen zirka 300-köpfigen Kontingente der Caribbean Peacekeeping Force (CPF) aus Antigua, Barbados, Dominica, Jamaika, Saint Lucia und Saint Vincent hinzukamen. Auf einen Verteidiger kamen also fast vier Angreifer.

### „Tiefes Bedauern“ der UN

Angesichts dieses Zahlenverhältnisses verwundert es nicht, dass die Gegenwehr nach vier Tagen erlosch. Bis zu diesem erfolgreichen Ende am 29. Oktober hatte die Operation Urgent Fury insgesamt 112 Menschenleben gefordert. 19 US-Soldaten standen 45 Angehörige der Streitkräfte Grenadas und 24 Kubaner gegenüber sowie 24 grenadische Zivilisten, von denen 18 die irrtümliche Bombardierung einer psychiatrischen Klinik das Leben gekostet hatte. An Verwundeten hatten die USA 19, Grenada 45 und Kuba 59 zu beklagen. Die Invasoren machten 638 Gefangene.

Obwohl anders als gegenwärtig Russland in der Ukraine damals die USA in Grenada ihre Kriegsziele sehr schnell erreichten und sich die Situation in dem 344 Quadratkilometer großen Inselstaat umgehend wieder stabilisierte, war das internationale Echo auf die Aktion verheerend. So stimmte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 28. Oktober mehrheitlich für eine Resolution, die den Angriff verurteilte – allerdings am Ende durch ein Veto des Angreifers blockiert wurde. Dem folgte am 2. November die Resolution 38/7 der UN-Generalversammlung, welche die „bewaffnete Invasion in Grenada, die eine eklatante Verletzung des Völkerrechts darstellt, tief bedauert“. Die Entschließung wurde mit 108 zu neun Stimmen bei 27 Enthaltungen verabschiedet.

Nach dem Regime Change ernannte Generalgouverneur Scoon in und für Grenada einen Beirat, der das Land bis zu den nächsten freien Wahlen im Dezember des Folgejahres verwaltete. Seitdem ist Grenada eine parlamentarische Monarchie.

VON VEIT-MARIO THIEDE

Am 21. Oktober 1923 führte der deutsche Maschinenbauingenieur und Physiker Walther Bauersfeld im noch nicht fertiggestellten Deutschen Museum von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik in München den von ihm entwickelten Planetariumsprojektor „Zeiss Modell I“ vor. Die Mitglieder des Museumsausschusses waren begeistert. Die feierliche reguläre Inbetriebnahme des Modells I erfolgte am 7. Mai 1925 anlässlich der Einweihung des Sammlungsneubaus des Deutschen Museums.

Genau 100 Jahre nach der Premierenführung beginnt die Gesellschaft deutschsprachiger Planetarien ihr bis 2025 währendes Jubiläumsprogramm mit einer Eröffnungsveranstaltung. Diese steigt am 21. Oktober parallel im Deutschen Museum und im Zeiss Planetarium Jena. Mittels digitaler Technik sind die beiden Schauplätze miteinander und ebenso mit der weltweiten Internetgemeinde verbunden. Programmhöhepunkt ist die Premiere der Planetariumsshow „100 Jahre Ewigkeit“.

#### Großes Jubiläumsprogramm

Noch bis zum 28. Januar läuft im Deutschen Museum die Sonderausstellung „100 Jahre Planetarium – Der Himmel auf Erden“. Sie beginnt mit der Vorgeschichte des Projektionsplanetariums. Von der ältesten uns bekannten Darstellung des Sternenhimmels, der Himmelskugel von Nebra, ist eine Nachbildung ihres um 1600 vor Christus geschaffenen ursprünglichen Zustands ausgestellt. Auf sie folgen eine astronomische Uhr, Himmelsgloben sowie ein 1815 hergestelltes Tischplanetarium mit Kurbelantrieb, der die Planeten um die Sonne kreisen lässt.

Dann steht Oskar von Miller im Blickpunkt. Der Begründer des Deutschen Museums hatte die Idee, den Besuchern den Blick auf unser Sonnensystem sowohl aus der Sicht von der Erde aus als auch aus kosmischer Perspektive zu ermöglichen. Für Letztere stand ein mechanisch angetriebener Wagen bereit, über dem ein Modell der Erde angebracht war. Die Passagiere umkreisten mit dem Wagen die unter der Decke hängende Sonne, um die sich die motorisierten Planeten bewegten. Dieses sogenannte Kopernikanische Planetarium ging im Zweiten Weltkrieg bis auf wenige nun ausgestellte Überreste unter.

Nach Millers Plan sollte auch das von Ausstellungskurator Christian Sicka so genannte Ptolemäische Planetarium einen mechanischen Antrieb erhalten, wobei die Bezeichnung „Ptolemäisches Planetarium“ missverständlich ist, denn es will keineswegs die vom antiken Astronomen Claudius Ptolemäus vertretene Auffassung veranschaulichen, nach der die Sonne und die Planeten um die Erde kreisen, sondern zeigt vielmehr realistisch den Sternenhimmel, wie er sich von der Erde aus betrachtet darstellt.

Den Auftrag für die beiden Planetarien erhielten die Carl-Zeiss-Werke Jena. Aber Walter Bauersfeld, seit 1908 einer der vier gleichberechtigten Geschäftsleiter im Unternehmen, war die mechanische Tüftelei für das Ptolemäische Planetarium zu kompliziert: „Ich denke, es müsste besser gehen, wenn man die Bilder von Sonne, Mond und Planeten auf die Innenfläche einer Blechkugel projiziert.“ Sein Kollege Rudolf Straubel rief aus: „Dann sollte man aber auch die Fixsterne selbst auf die Kugel projizieren.“ Das war am 24. Februar 1914, der Geburtstag des Projektionsplanetariums, für das Bauersfeld statt der Blechkugel die freitragende halbkugelförmige Kuppel in Stahlbetonbauweise erfand.

Das Zeiss Modell I führt in der Sonderschau die fünfköpfige Parade der Projektoren an. Es weist eine Kugel auf, aus der wie Stacheln 31 Sternfeldprojektoren ragen. Diese projizierten 4500 Fixsterne an die Kuppel. Separate Projektoren, die sich in einem zylinderförmigen Gerüst unter



Der Jubilar: Zeiss Modell I

Foto: Deutsches Museum, München/Hubert Czech

#### STERNENKUNDE

## Mit seinem Modell I leistete Zeiss Pionierarbeit

Vor 100 Jahren fand im damals noch im Bau befindlichen Deutschen Museum die erste öffentliche Vorführung eines Projektionsplanetariums statt

der Sternprojektorkugel befinden, waren für die Darstellung der fünf mit bloßem Auge sichtbaren Planeten, der Sonne und des Mondes sowie der Milchstraße und der Sternbildnamen zuständig. Die Himmelsprojektion des Modells I war auf die geographische Breite Münchens von 48 Grad beschränkt und zeigte im Zeitraffer die Bewegungen der Himmelskörper. Doch längst ist die erdgebundene Perspektive der Sternprojektoren überwunden. Drei Shows lassen uns in der einen Durchmesser von zehn Metern aufweisenden Planetariumskuppel der Sonderschau erleben, was heutige Projektionstechniken möglich machen.

Das jüngste Planetarium Deutschlands steht in Halle an der Saale. Es wurde diesen März in einem alten Gasometer er-

öffnet. Leiter Dirk Schlesier berichtet: „Mit seiner technischen Ausstattung ist es eines der modernsten Planetarien Europas.“ Zu dem in der Mitte des Saals stehenden Sternprojektor gesellen sich sechs weitere Projektoren, welche die zwölf Meter Durchmesser aufweisende Kuppel vom Rand aus bespielen. Für die dreidimensionale Klangkulisse sorgen 42 Lautsprecher.

#### Planetarien in Halle und in Jena

Schon Millers Wunsch war es, das Publikum nicht nur mit Wissen zu versorgen, sondern es auch in Staunen zu versetzen. Dieses Konzept der Kombination von Wissensvermittlung und Unterhaltung kultivieren die Planetarien bis heute. Stefan Harnisch charakterisiert das von ihm

geleitete Zeiss Planetarium Jena als „Sternentheater“. Das mit einer Kuppel von 25 Metern Durchmesser ausgestattete Bauwerk wurde am 18. Juli 1926 eröffnet und ist das dienstälteste Planetarium der Welt. Die Technik aber ist auf dem neuesten Stand. Das von der Sternevent GmbH betriebene Planetarium tut sich durch die Produktion weltweit gefragter Planetariumsshow hervor. Neben den Programmen mit Schwerpunkt Bildung gibt es auch welche für Kinder und kosmische Musikkonzerte. Die jüngste feiert die Rockband „Queen“, deren Sänger sich passenderweise „Freddie Mercury“ nannte. Aber was auch immer auf dem Programmzettel steht: Nirgendwo kommt eine Planetariumsshow ohne Sonne, Mond und Sterne aus.

#### „HAMBURG 1923“

## „Hamburger Aufstand“ im Museum

„Hamburg 1923“ lautet der Haupt- und „Die bedrohte Stadt“ der Untertitel einer Ausstellung, die noch bis zum 7. Januar im Museum für Hamburgische Geschichte (MHG) zu sehen ist. 1923 war ein bedrohliches Krisenjahr für die Weimarer Republik, und da wäre es legitim, dass ein deutsches stadthistorisches Museum eine Ausstellung dazu macht, wie die betreffende Stadt das nationale Krisenjahr erlebt hat. Das würde indes noch nicht die Thematisierung in einer Zeitung von überregionaler Bedeutung rechtfertigen.

In „Hamburg 1923“ geht es allerdings um ein spezifisch Hamburger Thema mit überregionaler Bedeutung, nämlich den sogenannten Hamburger Aufstand von Teilen der KPD im Rahmen des Deutschen Oktobers. Schon der Begriff „Aufstand“ ist problematisch, ließe sich angesichts der fehlenden Massenbasis doch eher von einem Putschversuch sprechen. Vieles ist bis heute unklar, wie die Antwort auf die Frage, was die Akteure motiviert hat, einen räumlich weitgehend auf eine Metropole beschränkten Umsturz zu versuchen, oder wie sich die führenden Genossen in diesen Tagen verhielten.

Es geht ja in der Tat höchstens um Tage, denn bereits in der Nacht zum 24. Oktober 1923 scheiterte der am Vortag begonnene Umsturzversuch. Insofern verwundert auch etwas der Untertitel „Die bedrohte Stadt“, denn im Grunde handelte es sich eher um einen Sturm im Wasserglas – wenn auch einen blutigen. Über 100 Todesopfer und mehr als 300 Verwundete waren zu beklagen. 17 der Toten waren Polizisten, 24 Aufständische und 61 unbeteiligte Zivilisten.

Erschwert wird die Wahrheitsfindung auch dadurch, dass während der NS-Zeit viel die Kommunisten aus antimarxistischer Sicht belastendes Material von diesen vernichtet wurde und der „Hamburger Aufstand“ wie auch der Hamburger Kommunist Ernst Thälmann für die Selbstdarstellung und das Selbstverständnis von KPD, DKP, SED und DDR eine wichti-



Ausstellungslogo

Bild: MHG

ge Rolle spielten beziehungsweise spielen. Die Auseinandersetzung von ausländischen Schriftstellern, Künstlern sowie Theater- und Filmemachern mit den Ereignissen um den 23. Oktober bildet denn auch einen Schwerpunkt der Ausstellung, in der auch den „Hamburger Aufstand“ betreffende Auszüge aus dem 1954 produzierten Propagandafilm „Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse“ zu sehen sind, bei dem es sich nicht ohne Grund um die bis dahin teuerste DEFA-Produktion handelt.

Manuel Ruoff

● Nähere Informationen über die Ausstellung „Hamburg 1923. Die bedrohte Stadt“ erteilt das Museum für Hamburgische Geschichte (MHG), Holstenwall 24, 20365 Hamburg, Telefon (040) 428132100, E-Mail: info@mhg.shm.de

VON WOLFGANG KAUFMANN

**B**erliner haben eine große Klappe und Norddeutsche bekommen den Mund nicht auf. Sachsen reisen unentwegt und Schwaben sind sparsam oder gar geizig. Für Rheinländer ist das Leben ein einziger großer Karneval und Bayern ticken in jeder Hinsicht „traditionell anders“. Die Liste solcher Stereotype ließe sich schier endlos verlängern. Und tatsächlich gibt es Unterschiede in der Mentalität der Bewohner verschiedener Regionen – in Deutschland und auch anderswo. Das zeigen die empirischen Befunde einer relativ jungen Wissenschaftsdisziplin, deren offizielle Geburtsstunde im Jahre 2013 schlug, als Peter Jason Rentfrow vom Social Dynamics Research Center der Universität Cambridge sein Buch „Geographische Psychologie. Erforschung der Wechselwirkung von Umwelt und Verhalten“ veröffentlichte.

Seither lieferte die Geographische Psychologie einiges an Erkenntnissen. So konnte Olga Stavrova von der Universität Köln 2015 anhand der Auswertung von Messungen zur langfristigen subjektiven Stimmungslage zeigen, dass Neurotizismus, also die Neigung zu Stimmungsschwankungen bei gleichzeitigem Überwiegen von negativen Affekten und dauerhafter Unzufriedenheit, im städtischen Raum stärker verbreitet ist als auf dem Lande. 2018 wiederum untermauerte Martin Obschonka von der Queensland University of Technology diesen Befund durch Erhebungen in den ehemaligen Zentren der Kohlereviere von England und Wales. Anschließend untersuchte er 2019 die Verhältnisse in der Bundesrepublik. Dabei kam folgendes zutage: Südwestlich der Linie Köln-München ist der Neurotizismus schwächer ausgeprägt als im Rest des Landes, wobei die Südwestdeutschen sich auch tendenziell offener geben.

#### Angleichung an den Raum

2021 analysierte eine Arbeitsgruppe um Tobias Ebert von der Universität Mannheim regionale Unterschiede im Konsumverhalten der Briten. Dabei stellten die Psychologen beispielsweise fest, dass die Bewohner Londons mehr Geld für alkoholische Getränke und Reisen ausgaben als finanziell gleichgestellte Menschen in anderen Regionen der britischen Insel. Zugleich diagnostizierten sie in den durch einen stärkeren Neurotizismus geprägten früheren Hauptstädten des Kohlebergbaus eine relativ große Zurückhaltung bei Käufen aller Art, welche sich ebenfalls nicht aus der Einkommensverteilung erklären ließ. Das korrespondiert mit den Ergebnissen weiterer Studien: Ganz offensichtlich gibt es ein ganzes Bündel von Faktoren, welche die jeweilige psychische Grundverfassung der Bewohner eines speziellen Landstriches bedingen.



Auf dem Lande lebt es sich zufriedener: Unsere Umwelt bestimmt mit, wie wir sind

Foto: imago/imagebroker

#### WISSENSCHAFT

## So sehr prägt die Region unser Wesen

„Geographische Psychologie“: Ein neuer Forschungszweig fördert Erstaunliches zutage über den Zusammenhang von Heimatregion und seelischer Verfasstheit von Menschen

Da wäre etwa die lokale Sozialstruktur. Beispielsweise sind die Menschen in Städten oder Regionen mit überdurchschnittlich junger Bevölkerung aufgeschlossener. Dahingegen dominieren Zurückhaltung oder Streitsucht, wenn die lokale Kriminalitätsrate höher liegt als im überregionalen Durchschnitt.

Darüber hinaus spielt das Phänomen der Sozialen Ansteckung eine wichtige Rolle. Einstellungen und Stimmungen sowie letztlich auch Persönlichkeitseigenschaften breiten sich innerhalb der sozialen Netzwerke vor Ort aus. Das bewirkt die allmähliche Angleichung der Charaktere in einem bestimmten geographischen Raum. Dieser Effekt wird dadurch verstärkt, dass wir alle lieber mit solchen Personen interagieren, die unsere Ansichten oder Vorlieben teilen. Daraus resultiert dann wiederum die Bildung von organisatorischen Strukturen wie Vereinen, welche die mentale Homogenisierung vorantreiben. Dabei kann die Soziale An-

steckung auch negative Folgen haben, weil sie zum gegenseitigen Hochschaukeln führt. So fanden niederländische Forscher heraus, dass sich das Burnout-Syndrom unter Lehrkräften deutlich stärker verbreitet, wenn die Betroffenen ihre Sorgen und Nöte vor allem innerhalb der Schule thematisieren.

#### „Glücksritter“ oder Bodenständige

Der Homo sapiens wird zudem von der Gesellschaft „erzogen“, in der er aufwächst oder lebt. In diesem Prozess der Sozialisation übernimmt der Mensch die Normen, Werte, Einstellungen, Stereotype, Eigenschaften und charakteristischen Verhaltensweisen seines Umfeldes. Wenn jemand also von Natur aus unpünktlich und liederlich ist, aber im Alltag ständig vermittelt bekommt, dass dies unerwünscht sei, dann passt er sich entweder an oder verschwindet woandershin, wo sein Manko nicht als Problem empfunden wird. So entstehen räumlich begrenzte

„Cluster“ bestimmter Charakterzüge. Auch sorgten die Migrationsströme der Vergangenheit für die Vorherrschaft bestimmter Persönlichkeitseigenschaften in bestimmten Landschaften.

Üblicherweise sind früher vor allem ehrgeizige, leistungsbereite und risikofreudige Menschen aus den Regionen abgewandert, welche ökonomisch unterentwickelt waren. Damit verfestigte sich dort die Neigung zur „Bodenständigkeit“ mit all ihren positiven und negativen Aspekten, während in den Zielregionen ein ganz anderer Menschenschlag die Oberhand erlangte. Ähnlich bedeutsame Unterschiede kann man heute unter den Bewohnern derjenigen Länder finden, aus denen viele Immigranten in den Westen strömen: Die Auswanderer verkörpern eher den Typ des wurzellosen „Glücksritters“, wohingegen die Daheimgebliebenen am Vertrauten festhalten.

Dazu kommen das Klima und die Landschaft. Untersuchungen in China

und den USA deuten darauf hin, dass Verträglichkeit und Offenheit öfter in Zonen mit einem milden Klima vorkommen. Im Gegenzug findet sich hier weniger Neurotizismus. Und japanische Forscher entdeckten 2015 bei Vergleichen zwischen der Mentalität von Berg- und Küstenbewohnern folgende Unterschiede: Wer im Gebirge lebt, ist introvertierter als der Durchschnitt, und wer am offenen Meer wohnt, zeigt im Verhältnis mehr Kontaktfreude und ein umgänglicheres Wesen. Allerdings ergaben Wiederholungen dieser Studie in den USA 2022 etwas andere Ergebnisse: Hier erwiesen sich die Küstenbewohner zwar ebenso als offen, aber zugleich auch relativ wenig verträglich.

Augenscheinlich bewirkt die Landschaft also nicht in jedem Kulturraum das selbe bei den Menschen. Die Beantwortung der Frage, warum das so ist, gehört zu den zentralen Zukunftsaufgaben der Geographischen Psychologie.

#### GESUNDHEIT

## Das stille Leid der deutschen Bauern

Landwirte machen dreimal so oft eine Depression durch wie der Durchschnitt des Volkes – Zu viel lastet auf dieser Berufsgruppe

Der Fall sorgte im Mai dieses Jahres für Schlagzeilen: Ein Landwirt aus dem oberbayerischen Rimsting hatte seine Rinder derart vernachlässigt, dass Dutzende der Tiere qualvoll starben. Bekannte des Bauern erklärten dessen Handeln mit psychischen Problemen, welche zweifelsfrei auf eine Depression hindeuteten.

Dabei war die Tragödie kein Einzelfall, denn Landwirte sind nicht nur viereinhalb Mal so oft Opfer von Burnout wie die Angehörigen der Allgemeinbevölkerung, sondern leiden auch dreimal öfter an Depressionen. Im Durchschnitt bekommen in Deutschland acht Prozent aller Menschen irgendwann im Laufe ihres Lebens

eine Depression, also jeder Zwölfte bis Dreizehnte, wohingegen bei den Bauern jeder Vierte betroffen ist. Das zeigt eine detaillierte Studie der Psychologin Maria Roth.

Verantwortlich für das hohe Depressionsrisiko unter Landwirten sind nicht zuletzt die vielfältigen Belastungen. Bauern haben aufgrund ihrer Arbeitsumstände zu wenig Zeit, sich zu regenerieren. Dies gilt umso mehr, wenn auf dem Hof noch pflegebedürftige Angehörige zu versorgen sind. Dazu kommen finanzielle Probleme und fehlende Planungssicherheit: Die Preise für Düngemittel, Treibstoffe und Futter steigen und steigen.

Außerdem spielt in etlichen Jahren auch noch das Wetter verrückt.

Ein Übriges tun die immer neuen gesetzlichen Vorschriften und die ausufernde Bürokratie, welche inzwischen oftmals schon die Schwelle zur Schikane überschreitet. Die Folge sind verbreitete und sehr massive Sorgen um die Zukunft des Betriebes. Roth spricht hier schonungslos von einer „brutalen Angst“ unter den Bauern, „weil alle Auflagen und Bedingungen schlechter und strenger werden, weil es nur eine Frage der Zeit ist, wann es wieder schlechter wird“.

Darüber hinaus leiden die Landwirte an mangelnder gesellschaftlicher Wert-

schätzung. Viele realitätsfremde Städter – vorzugsweise mit einer Affinität zu den Grünen – sehen sie als Tierquälerei und Umweltzerstörer, welche für die angebliche Klimakrise sowie die Boden- oder Luftverschmutzung und allerlei sonstige Übel rund um die Welt Verantwortung tragen. Diese verquere Sicht auf die Bauern von Seiten der Konsumenten ihrer Erzeugnisse nimmt in dem Maße zu, wie immer weniger Menschen in der Landwirtschaft arbeiten. In Deutschland sind dies gerade einmal noch rund 2,5 Prozent der Beschäftigten.

Allerdings verweist der Vorstandsvorsitzende der Stiftung Deutsche Depressi-

onshilfe, Ulrich Hegerl, darauf, dass Bauer sein alleine noch keine Depressionen verursache, obwohl es zweifellos viele seelische Belastungen gebe. Und tatsächlich spielen auch genetische und neurophysiologische Faktoren eine wichtige Rolle. Das Problem auf dem Lande ist jedoch, dass die Betroffenen weniger Möglichkeiten haben, professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus werden psychische Erkrankungen auf dem Dorf eher stigmatisiert als in der Stadt. Also reißt man sich zusammen, bis es nicht mehr geht und dann solche Folgen eintreten wie im eingangs geschilderten Falle des Landwirtes aus Rimsting. W.K.

## 14. DEUTSCH-POLNISCHER KOMMUNALPOLITISCHER KONGRESS

# „Für ein gemeinsames Haus Europa“

In Allenstein kamen Vertreter der LO, der Deutschen Minderheit und der polnischen Gebietskörperschaften zusammen

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Es ist 23 Jahre her, dass die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) ihren ersten Deutsch-Polnischen Kommunalpolitischen Kongress durchführte. Am Wochenende 7./8. Oktober lud die LO zum 14. Kongress ein. Der Einladung waren etwa 60 Teilnehmer aus dem Bereich der Kommunalpolitik, der Vereine der Deutschen Minderheit sowie Kreisvertreter, Wissenschaftler und Kulturvertreter gefolgt. Zweck der Veranstaltung war von Beginn an, Menschen zusammenzubringen, die sich für Frieden, Freiheit und Wohlstand einsetzen und die Netzwerke schaffen, welche auch in Zukunft tragen. Das ist angesichts der aktuellen Lage wichtiger denn je.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte LO-Sprecher Stephan Grigat die Vertreter der Deutschen Minderheit und besonders Stefan Migus, den Vertreter der ukrainischen Minderheit, sowie die aus Danzig angereiste Konsulin Iris Wolff vom dortigen Generalkonsulat. „Nach der ‚Zeitwende‘: Deutsche, Polen und die Deutsche Minderheit im Zeichen des Ukrainekriegs“ lautete das Motto des diesjährigen Kongresses. Grigat verglich die Situation in der Ukraine mit der in Ostpreußen in den Jahren 1944/45. Dass es einen solchen Krieg in Europa noch einmal geben könnte, habe er nicht für möglich gehalten. Umso wichtiger sei es, die Kommunikation aufrecht zu erhalten, das Vertrauen zu wahren. Die europäische Einheit sei wichtig für Frieden und Sicherheit.

Ulf Püstow, Mitglied des Bundesvorstands der LO und Kreisvertreter von Treuburg, moderierte die Veranstaltung. Zu Beginn verurteilte er mit klaren Worten den Ukrainekrieg, warnte jedoch auch davor, das russische Volk zu hassen.

### „Dialog der Taubstummen“

Nach den Grußworten des Goldaper Politikers Jaroslaw Sloma, des Lokalpolitikers Jacek Piorunek und Migus' eröffnete Professor Arkadiusz Zukowski vom Politischen Institut der Universität Ermland-Masuren in Allenstein die Vortragsreihe zum Thema „Aktuelle deutsch-polnische Beziehungen“. Bezüglich der deutsch-polnischen Beziehungen auf Regierungsebene sprach er von einem „Dialog der Taubstummen“, da es kaum einen solchen gebe. Er stellte die These auf, dass der Neoliberalismus der Nachwendzeit einem Neorealismus gewichen sei. Eskalierende Konflikte weltweit brächten sich wan-



Berichtete über erfolgreiche Jugendarbeit: Die Projektkoordinatorin Andzelika Wolny sprach über das Projekt „Jugendpunkt“

delnde internationale Beziehungen mit sich. Als Beispiel nannte er die Spannungen zwischen den USA und China.

Man müsse nun gemeinsam an der Lösung der Probleme arbeiten, doch das habe Polen versäumt. „Welche nachbarschaftlichen Beziehungen hat Polen? – Mit keinem Nachbarn“, stellte Zukowski fest. Die Zuhörer quittierten dies mit zustimmendem Lachen. Die Zusammenarbeit mit Deutschland werde für Polen auch künftig eine Schlüsselrolle spielen. Jedoch finde seit etwa zehn Jahren kaum noch wissenschaftliche Kooperation oder auch kirchliche Zusammenarbeit statt.

Wirtschaftlich ist Polen ein wichtiger Handelspartner für die Bundesrepublik und auch umgekehrt bleibe Deutschland für Polen attraktiv. Zuletzt betrug die deutschen Investitionen rund 35 Milliarden Euro. Und dennoch seien die Beziehungen so schlecht wie in den 1950er Jahren, so der Professor. Dabei könne man sich die deutsch-französischen Beziehungen zum Vorbild nehmen. Die gegenseitige Achtung sei tief verankert, auch wenn die Regierungen sich ändern.

In Polen aber werde gegen Deutsche gehetzt und der Eindruck vermittelt, sie seien neue Ordensritter, die Polen erobern wollten. Als Erklärung hierfür sieht Zukowski in der bundesdeutschen Presse verbreitete Stereotypen, die meist ein negatives Bild zeichnen. Doch diese pass-

ten nicht mehr, da Polen sich gewandelt habe. Das Land verfüge über eine moderne Infrastruktur, nicht zuletzt infolge des EU-Beitritts. Eine deutsch-polnische Zusammenarbeit wäre möglich, doch es fehle der politische Wille, so Zukowski. Dass eine gute Zusammenarbeit dennoch möglich sei, zeige sich auf kommunaler Ebene. Hier werde viel geleistet, etwa im Jugendaustausch. Das sollten sich die Regierungen zum Vorbild nehmen.

### Kommunen als Vorbild

Die Projektkoordinatorin Andzelika Wolny stellte das Projekt „Jugendpunkt“ vor, das vom Bundesministerium des Inneren und vom polnischen Innenministerium gefördert wird. Es bietet einen Raum für Jugendliche der Deutschen Minderheit, in dem sie ihre Ideen realisieren können. Ganz gleich, ob die Jugendlichen sich mit Sport, Musik oder Kunst beschäftigen – oberstes Ziel ist immer die Förderung der deutschen Sprache. Die Vision des Projekts ist, Klubs dort zu eröffnen, wo es eine Deutsche Minderheit gibt. Im vergangenen Jahr wurden 15 Jugendpunkte eröffnet, die meisten davon in Schlesien, aber zwei auch im südlichen Ostpreußen. Insgesamt nahmen 150 Jugendliche an den Treffen teil. Es gab auch 25 Miniprojekte wie „Breslau entdecken“ oder „Laternenbasteln zu St. Martin“. Wolny zeigte an

die Leinwand projizierte Fotos von diesen Aktivitäten.

Neben den „Jugendpunkten“ gibt es auch Kinderklubs für Drei- bis Sechsjährige, als Organisation das „Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit“ sowie die Schulungsreihe ELOm. Beim „Archiv der erzählten Geschichte“ hat der Nachwuchs die Möglichkeit, mit Zeitzeugen zu sprechen und dazu beizutragen, deren Erinnerungen zu bewahren. Bei „Bilingua“ geht es um Zweisprachigkeit. Die herausgegebenen Bücher werden gerne von Schulen, aber auch von Eltern genutzt. Es gibt auch eine Zusammenarbeit mit Ukrainern, daneben sind Jugendaustausche geplant.

Der Vortrag von Michal Schlueter vom Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) über die „Zukunftsperspektiven und Strategie der Deutschen Minderheit für die Jahre 2023 bis 2028“ war dagegen sehr zahlenlastig. Er sprach über die Struktur des Verbandes und die Anzahl der Mitglieder. Ein großes Problem für die Deutsche Minderheit stellt die Kürzung des Deutschunterrichts dar. In der Folge mussten private Schulen schließen, die nur wegen des Deutschunterrichts existierten, Lehrer verloren ihre Stellen. Diese Diskriminierung sieht der VdG als einen Grund dafür, dass sich bei der Volksabstimmung 2021 mehr Menschen als früher, nämlich 144.000, zur Deutschen Minderheit bekannten. In Zukunft will der VdG

die Jugendarbeit fördern, um dem Mitgliederschwund entgegenzutreten, und sich um ein moderneres Erscheinungsbild kümmern. 2024 soll eine eigene Marketingabteilung eröffnet werden.

Chantal Stannik war erst seit einer Woche als Kulturmanagerin des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) in Allenstein tätig. Lebhaft stellte sie das Institut und seine Arbeit vor, die in erster Linie aus Jugendarbeit besteht. Daneben treffen sich die Kulturassistenten regelmäßig und hospitieren bei deutschen Minderheiten in anderen Staaten wie zum Beispiel Kasachstan, Rumänien oder Georgien.

### Zitterpartie Parlamentswahlen

Wichtiges Thema waren die damals bevorstehenden Parlamentswahlen, von deren Ausgang die Zukunft der Deutschen Minderheit beeinflusst wird. Wiktor Marek Leyk, der langjährige Minderheitenbeauftragte des Marschalls, begann die Vortragsreihe am zweiten Tag des Kongresses mit der Aussage, dass die PiS-Regierung den Vereinen Steine in den Weg gelegt und die deutsch-polnischen Beziehungen gestört habe. Die 90er Jahre bezeichnete er als reiche Jahre der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und er dankte denjenigen, die weitermachen. Bezüglich der Zusammenarbeit mit dem nördlichen Ostpreußen sagte er, dass diese komplett abgebrochen sei wegen des katastrophalen Ukrainekriegs. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass Russland einmal ein demokratischer Staat werden könne, machte sich aber keine Illusionen, dass dies nach Putin geschehe. Er lobte die Flüchtlingshilfe der polnischen Regierung.

Bernard Gaida, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten und Vizepräsident der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten, referierte über die „Deutsche Minderheit im Angesicht des Krieges in der Ukraine. Solidarität und politische Unterstützung“. In der Verzögerung des Aufnahmeprozesses der Ukraine in die EU sieht er einen großen Fehler. Die ehemaligen Warschauer-Pakt-Länder seien EU-begeistert, weil sie unterdrückt worden seien. Es habe eine große Welle der Hilfsbereitschaft seitens der Deutschen Minderheit in der Slowakei, Rumänien, Kasachstan und Georgien gegeben. Viele ehemalige Flüchtlinge hätten geholfen, da man sich als Schicksalsgemeinschaft empfinde.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete der Vortrag von Weronika Kordaczuk, Mitglied des Bundes der Jugend der Deutschen Minderheit (BJDM), der sein 30. Jubiläum feiert. Mit 200 Mitgliedern ist er die größte und älteste Jugendorganisation der Deutschen Minderheit. Sie gibt die Zeitschrift „Antidotum“ heraus, organisiert Stadtrallyes zur Geschichte einer Stadt, unternimmt einen jährlichen Ausflug nach Berlin, organisiert Sprachcamps und unterstützt andere Jugendorganisationen.

Lebhafte Diskussionen schlossen sich an, und in den Pausen sowie beim gemeinsamen Essen gab es in lockerer Atmosphäre einen regen Meinungs- und Erfahrungsaustausch. Zum Schluss der Veranstaltung lobte Püstow die bemerkenswerte Hilfe für die Ukraine und betonte, wie wichtig die Zusammenarbeit sei. „Das Miteinander ist wichtig für ein gemeinsames Haus Europa.“



Am Ende des ersten Veranstaltungstags: Gruppenbild der Teilnehmer



Führte durch die Veranstaltung: Ulf Püstow

● Der Kongress wurde durch das Bundesministerium des Inneren und für Heimat gefördert.

Wir gratulieren...



ZUM 103. GEBURTSTAG

Kock, Elisabeth, geb. Kinski, aus Lyck, am 24. Oktober

ZUM 101. GEBURTSTAG

Herrmann, Martha, geb. Krappa, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. Oktober  
Riekers, Herta, geb. Fröhlich, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Kalkowski, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Klein, Gisela, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 24. Oktober  
Packhäuser, Hertha, geb. Kuberka, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 24. Oktober  
Rußland, Greta, geb. Adam, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 21. Oktober  
Storck, Leni, aus Walden, Kreis Lyck, am 21. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Pankuweit, Heinrich, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 23. Oktober  
Peter, Herta, aus Lyck, am 26. Oktober  
Szwilius, Martin, aus Pachollen, Kreis Mohrungen, am 25. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bondzio, Dr. Wilhelm, aus Lyck, am 22. Oktober  
Brandt, Waldemar, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 26. Oktober  
Frommberg, Gerhard, aus Niedenau, Kreis Neidenburg, am 25. Oktober  
Rosenbusch, Erika, geb. Lenzian, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 26. Oktober  
Ziegler, Ursula, geb. Staschik, aus Lötzen, am 20. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bergmann, Ursula, geb. Monsehr, aus Treuburg, am 23. Oktober  
Koyro, Friedhelm, aus Liskan, Kreis Lyck, am 25. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Albin, Kurt, aus Treuburg, am 26. Oktober  
Albrecht, Arno, aus Wehlau, am 22. Oktober  
Balzer, Helmut, aus Millau, Kreis Lyck, am 20. Oktober  
Hanke, Elfriede, geb. Nitschmann, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 20. Oktober  
Miklausch, Hedwig, geb. Brozio, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 24. Oktober  
Palfner, Werner, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 21. Oktober  
Putzler, Irmgard, geb. Hahn, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Oktober  
Rodenhorst, Gisela, geb. Janzen, aus Popitten, Kreis Mohrungen, am 26. Oktober

Rothkamm, Hans, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 24. Oktober  
Schwerwinski, Otto, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 26. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Hinze, Lydia, geb. Preuß, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 24. Oktober  
Riedel, Githa, aus Insel, Kreis Lyck, am 20. Oktober  
Struppek, Horst, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 21. Oktober  
Werlich, Irmgard, geb. Bolk, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 26. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Fröhlich, Ernst, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober  
Grambow, Lisa, geb. Kerschowski, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 24. Oktober  
Himmel, Liesbeth, aus Germinen, Kreis Ebenrode, am 26. Oktober  
Hofmann, Helene, geb. Scherello, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 26. Oktober  
Schäfer, Elfriede, geb. Poel, aus Großalbrechtsort, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober  
Windhofer, Ursula, geb. Fox, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, am 22. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brandstädter, Prof. Dr. Walter, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 4, am 21. Oktober  
Dude, Hildegard, geb. Wenk, aus Sieden, Kreis Lyck, am 24. Oktober

Flegel, Anneliese, geb. Piwek, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 24. Oktober  
Gusek, Horst, aus Treuburg, am 23. Oktober  
Jorgowski, Hildegard, geb. Czierlinski, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober  
Kalina, Waldemar, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 25. Oktober  
Kuczewski, Reinhard, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 25. Oktober  
Marks, Hans-Siegfried, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 23. Oktober  
Pommniz, Ilse, geb. Bolz, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 21. Oktober  
Reinhardt, Gerhard, aus Wehlau, am 20. Oktober  
Stramm, Herbert, aus Gubitten, Kreis Mohrungen, am 20. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Begunk, Waltraut, geb. Niedzwetzki, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 22. Oktober  
Bretthorst, Gertrud, geb. Allary, aus Neidenburg, am 25. Oktober  
Grabowski, Ella, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 20. Oktober  
Grondowski, Waltraut, geb. Dorhs, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 20. Oktober  
Heimann, Elli, geb. Stern, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 25. Oktober  
Heins, Elfriede, geb. Griggel, aus Fischhausen, am 23. Oktober  
Lamczyk, Elfriede, geb. Rosa, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober  
Ludwig, Helmut, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 24. Oktober  
Schulz, Werner, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 22. Oktober  
Thun, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Oktober

Waldhecker, Gisela, aus Lyck, am 22. Oktober  
Zieziulewicz, Käte, geb. Scherotzki, aus Thomken, Kreis Lyck, am 20. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Ahlden, Ruth, geb. Bussler, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 25. Oktober  
Braun, Lieselotte, geb. Schwarzat, aus Ulmenau, Kreis Ebenrode, am 23. Oktober  
Ertl, Waltraut, geb. Kinas, aus Kröstenwerder-Reuschendorf, Kreis Lyck, am 23. Oktober  
Freis, Inge, geb. Steinke, aus Lyck, Hindenburgstraße 17, am 20. Oktober  
Müller, Elli, geb. Höpfner, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 26. Oktober  
Patz, Helmut, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober  
Pesch, Manfred, aus Leißnien, Kreis Wehlau, am 26. Oktober  
Reccio, Emil, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 26. Oktober  
Rothfuss, Gertraud, geb. Brock, aus Arlen/Rhein, Kreis Lötzen, am 26. Oktober  
Thieme, Edeltraut, geb. Mlodoch, aus Gusken, Kreis Lyck, am 22. Oktober  
Woweries, Christel, geb. Lobbe, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 21. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Behrend, Dorothea, geb. Wünschowski, aus Hagenau, Kreis Mohrungen, am 20. Oktober  
Bleu, Inge, geb. Blöck, aus Dame-rau, Kreis Wehlau, am 25. Oktober  
Göbel, Christiana, geb. Kueffel, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 24. Oktober  
Henze, Sabine, geb. Schlaugieß, aus Schenken, Kreis Wehlau, am 20. Oktober  
Horn, Charlotte, geb. Barwich, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Oktober  
Jäkel, Dr. Wolfgang, aus Lyck, am 23. Oktober

Schlisio, Wilma, geb. Koch, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 24. Oktober  
Smolensky, Dieter, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 20. Oktober  
Sonnenberg, Renate, geb. Biskup, aus Lyck, am 23. Oktober  
Stobbe, Ulrich, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Oktober  
Willenberg, Hartmut, aus Prostken, Kreis Lyck, am 25. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Balmer, Gisela, geb. Grytzan, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 26. Oktober  
Beuermann, Annegret Marie, geb. Walewski, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 23. Oktober  
Christopherson, Beate, geb. Netzel, aus Neidenburg, am 24. Oktober  
Koens, Rosemarie, geb. Przygodda, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 23. Oktober  
Loch, Sabine, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 24. Oktober  
Nischk, Christa, geb. Bloch, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 20. Oktober  
Saklowski, Renate, geb. Wlotzka, aus Salza, Kreis Lötzen, am 26. Oktober  
Schmolinski, Marga, geb. Schneider, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 26. Oktober  
Symannek, Elisabeth, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 20. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Nießler, Erika, geb. Pullwitt, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 26. Oktober

PAZ-Abo  
vertrieb@paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.  
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,  
E-Mail: info@ostpreussen.de

Glückwünsche an:

Angela Selke  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: selke@paz.de

PAZ wirkt!



ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.  
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:  
Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-09-R



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Wie immer gut besucht: Die Gäste am Tag der Heimat vor dem Mahnmahl der Vertriebenen in Hof

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Tag der Heimat 2023 Hof

Hof - Nach der Eröffnung durch den Posaunenchor der Lutherkirche Hof mit der Europahymne begrüßte, in Vertretung des erkrankten Vorsitzenden Christian Joachim, sein Stellvertreter Jochen Ulshöfer die zahlreich erschienenen Gäste aus der Politik, den Vertriebenenverbänden und der Bevölkerung. Oberbürgermeisterin Eva Döhla und Landrat Oliver Bär betonten in ihren Grußworten die Bedeutung der Veranstaltung. Sowohl

aus historischer als auch aus heutiger Sicht sei es wichtig, den Tag der Heimat jedes Jahr wieder zu begehen.

Das Motto des Jahres 2023 „Krieg und Vertreibung – Geißeln der Menschheit“ zeigt durch die Kriegshandlungen in vielen Ländern der Welt, aber auch direkt vor unserer Haustüre, von welcher Bedeutung Heimat für die Menschen ist. Deshalb dürfe auch der emotionale Faktor, so der Landrat, keineswegs unterschätzt werden.

Die Volkstanzgruppe unter Leitung von Jutta Starosta stellte die Vertreibungsgebiete mit kurzen Sachtexten und Ausschnitten aus den Heimatliedern vor. In seiner Ansprache betonte Jochen Ulshöfer: Kriege waren, sind und bleiben der Hauptgrund für Vertreibungen

und Heimatverlust. Nicht umsonst hatten deshalb die Väter der Charta der Heimatvertriebenen bereits 1950 eine deutliche Warnung vor weiteren Kriegen und willkürlichen Vertreibungen formuliert. Sie mahnten ein verständnisvolles und brüderliches Zusammenleben an. Dieses Dokument, das am 6. August 1950 verabschiedet wurde, ist ein Zeugnis der Zeitgeschichte und wurde zum „Grundgesetz“ der deutschen Vertriebenen und zu einem der Gründungsdokumente der Bundesrepublik Deutschland.

Ebenso richtungsweisend war nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges der Gedanke, dass zur Durchsetzung der in der Charta festgeschriebenen Ziele die gemeinsamen Anstrengungen auch auf ein geeintes Europa ausgerich-

tet sein müssen. Mit der Verabschiedung und Verkündigung der Charta wurde 1950 zum ersten Mal der Tag der Heimat veranstaltet.

Was für diejenigen, die Flucht und Vertreibung noch selbst erlebt haben, bis heute die Heimat im Herzen geblieben ist, wird für die Nachgeborenen zur Heimat der Eltern, der Großeltern, der Vorfahren, die neugierig macht und Herausforderungen bereithält. So gilt es, das Geburtsland der Vorfahren zu entdecken, die Geschichte in ihrer Gänze wahrzunehmen, aber auch unsere lebendige Kultur zu erspüren und sie gemeinsam weiterzuentwickeln. Tut man dies partnerschaftlich mit den Nachbarländern, sind Verständnis und Respekt füreinander garantiert. So wird der Völkerverständigung und damit dem Frieden gedient.

Jochen Ulshöfer schloss mit der Feststellung, dass die Landsmannschaften der Vertriebenen den Brückenschlag zwischen den Erfahrungen der Generationen auf unterschiedliche Weise bewältigen.

Nach dem Niederlegen des Kranzes und dem Totengedenken wurde gemeinsam die Nationalhymne gesungen. Zum Schluss fanden sich alle vor dem Mahnmahl der Vertriebenen zum obligatorischen Foto ein. (siehe links oben)

Ost und Westpreußen sowie Pommern Treff

Nürnberg – Dienstag, den 31. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, gegenüber Ende der U1- Haltestelle Langwasser. Der Deutsche Orden, seine Gegenwart. Gunnar Adolphi stellt den Orden vor.

Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, Geschäftsstelle: Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Die Heimatkreisgruppen Elbing-Stadt und -Land werden reaktiviert.

Bremen – Am 30. September fand in Bremerhaven, der Patenstadt der Elbinger, trotz der im Vorjahr erfolgten Auflösung des Heimatkreis als eigenständiger Verein ein Elbinger-Heimatkreistreffen mit 26 Personen statt.

Sie waren von Ingeborg Rebischke als designierter neuer Heimatkreisvertreterin telefonisch

und schriftlich eingeladen worden.

Im Einvernehmen mit dem bisherigen Heimatkreisvertreter Günther Kuhn trat die Landesgruppe Bremen der Ost- und Westpreußen als Veranstalterin auf.

Die Anwesenden stimmten einstimmig dafür, dass die Heimatkreisgruppen Elbing Stadt- und -Land innerhalb der Landesgruppe Bremen fortbestehen bleiben. Alle, die ihr angehören wollen, werden Einzelmitglied der Landesgruppe Bremen.

Von den Anwesenden waren 7 Personen schon zuvor Einzelmitglied. Von den übrigen traten 14 Personen als neues Einzelmitglied in die Landesgruppe Bremen ein.

Ingeborg Rebischke wurde von den Anwesenden einstimmig zur neuen Heimatkreisvertreterin gewählt und von Herrn Kuhn als

Forum Baltikum – Dittchenbühne

Weihnachtsmann-Akademie bereitet aufs Bescheren vor

Elmshorn - „Hohoho!“. Wer in den Reihen der Dittchenbühnen-Weihnachtsmänner am Heiligabend ein paar Stunden lang Familien mit Kindern zu Hause besuchen möchte, kommt am besten zur „Weihnachtsmann-Akademie“ des Elmshorner Mehrgenerationenhauses „Forum Baltikum – Dittchenbühne“.

Am Sonnabend, 4. November 2023, um 9 Uhr öffnet diese Akademie an der Hermann-Su-

dermann-Allee 50 ihre Pforten für alle Interessierten. Dort erfährt man dann alles über den Weihnachtsmanndienst der Dittchenbühne – von A wie Aufträge und Ausrüstung sowie B wie Besuche und Bescherung über E wie Ermahnungen und L wie Lob sowie R wie Routen und V wie Verabschiedung bis hin zu W wie Weihnachtsstimmung und Z wie Zeitplanung.

Das Büro der Dittchenbühne bittet darum, dass sich Interessierte unter 04121-89710 oder buero@dittchenbuehne.de für die Weihnachtsmann-Akademie anmelden.

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 4x4 grid and a 9x9 grid at the bottom left.

Sudoku

9x9 Sudoku puzzle grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonal puzzle grid with numbers 1-6 placed along the diagonals.

Diagonalrätsel

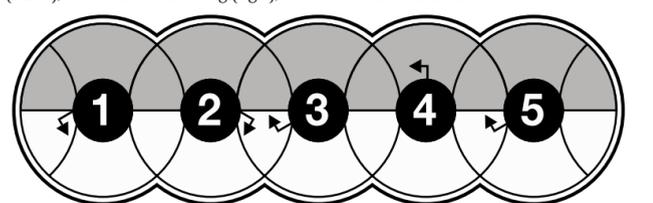
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Behälter.

- 1 befähigt, talentiert
2 kurz und dicht behaart
3 unverändert bestehen bleiben
4 früher: Amtsbezirk
5 Teil des Essservices
6 Zeichengerät

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Zubehör bei der Bartabnahme.

- 1 römischer Staatsmann und Feldherr, 2 Dichtung, Dichtkunst, 3 Teppichart (Kzw.), 4 tönernen Handlung (ugs.), 5 leidenschaftlich nach etwas streben



Heimatkreisgemeinschaften

Nachfolgerin beglückwünscht.  
Heinrich Lohmann

**Hessen**  
Vorsitzender: Ulrich Bonk  
Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

**Heimatsnachmittag Kassel** – Donnerstag, 2. November, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldatastraße 140: „Gauernmasken“. Wie sich Senioren und Seniorinnen vor kriminellen Elementen schützen können. Unser Mitglied Gabriele Neumann gibt Antworten.

**Niedersachsen**  
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschie, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenu, Tel.: (05901) 2968

**Bericht über unsere Versammlung am 11. Oktober Oldenburg** - Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen gedachte des Erntedankfestes mit einem Vortrag von Frau Irmgard Mohrmann über die Kartoffel: „Alles Tolle von der Knolle“, Geschichte, Sorten („Bamberger Hörnchen“, wovon die Vortragende einige Exemplare mitbrachte), Zubereitungsarten bis hin zur „Frittenkrise“ bedingt durch die

Einschränkungen durch Corona 2019/20. Anhand von Bildern konnte Frau Mohrmann ihre Ausführungen untermalen und verständlich machen. Die Referentin aus Oldenburg verstand es, den Zuhörern Neues und Bekanntes kurzweilig zu schildern und damit den Nachmittag amüsant und anregend zu gestalten. Das „Kartoffellied als Speiseplan“ beschloss den Nachmittag.  
Am 8. November liest Professor Dr. S. Fröhlich aus seinem noch unveröffentlichten Buch über den Vorstoß des Deutschen Ordens nach Masuren „Mit Bibel, Schwert und Feuer“, das Vordringen des Deutschen Ordens in Masuren. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen im Stadthotel in Oldenburg um 15 Uhr.

**Nordrhein-Westfalen**  
Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, Stellv. Vorsitzende: Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher Schriftführerin: Elke Ruhnke, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964)1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de

**Einladung zum Heimatsnachmittag der Ost- und Westpreußen Bielefeld** - Heimatsnachmittag am Montag, dem 23. Oktober, im Gasthaus – Restaurant Bültmannshof „Das Wirtshaus 1802“ in der Kurt-Schumacher-Straße 17a, in 33615 Bielefeld um 15:00 Uhr. Straßenbahnlinie 4 „Universität“. Haltestelle „Bültmannshof“. Thema: Herbst in Ostpreußen u.v.m. Infos bei Frau Barbara Dörr, Telefon 0521 -82026. Alle Mitglieder werden gebeten nach Möglichkeit teilzunehmen. Willkommen sind Angehörige unserer Mitglieder, Mitglieder ande-

rer Kreisgruppen sowie anderer Landsmannschaften und Freunde Ostpreußens. Wir freuen uns auf Ihr Kommen. Mit heimatlichen Grüßen der Vorstand.  
Gerhard Scheer

**Bund Junges Ostpreußen**  
Vorsitzender: Tobias Kollakowski  
Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

**Einladung zum Politischen Seminar: Deutsch-Polnische Beziehungen nach zwei Legislaturperioden „Prawo i Sprawiedliwość“ (PiS): Von Reparationsforderungen bis zu Minderheitenpolitik**

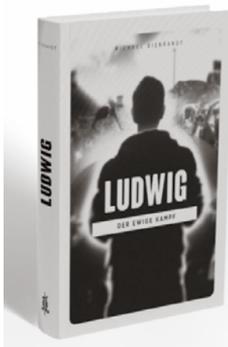
Grenzüberschreitende Perspektiven: Ein Wochenende mit Vorträgen zur politischen Situation zwischen Polen und Deutschland - für Jung und Alt!  
Organisatorische Hinweise:  
• Beginn: 4. November um 10 Uhr, Ende: 5. November, zirka 12 Uhr

- Anmeldung/Auskunft: kontakt@junge-ostpreussen.de
- Veranstalter: Bund Junges Ostpreußen / Regionalverband West
- Ort: Jugendgästehaus Aasee, Bismarckallee 31, 48151 Münster
- Teilnahmegebühr: 25€ (Die Teilnahmegebühr schließt die Mittagsverpflegung mit ein. Für Teilnehmer bis 32 Jahre hat der BJO ein Kontingent an Schlafmöglichkeiten reserviert.)
- Nicht-Mitglieder müssen sich selbst ein Zimmer buchen.
- Der Eigenbeitrag ist vor Beginn unter dem Stichwort „Politisches Seminar BJO <eigener Name>“ auf das Konto des BJO zu entrichten. Andernfalls fällt der Platz an die Warteliste.

Haftung: Der Veranstalter übernimmt keine Haftung für Personen- und Sachschäden bei der An- und Rückreise und während der Veranstaltung. Minderjährige müssen bei Anmeldung eine schriftliche Erlaubnis der Eltern vorlegen. Förderhinweis: Dieses Projekt wird aus Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Mehr Infos in der Anzeige unten.

ANZEIGE



**LUDWIG DER EWIGE KAMPF**  
Deutschland am Abgrund: Die Kombination aus Gottlosigkeit, Größenwahnsinn und ideologischer Verblendung bedroht seine Existenz. Doch es regt sich Widerstand. Es geht um die Alternativen: Freiheit oder Tyrannei, Licht oder Dunkelheit. Der Staat reagiert mit Gewalt. Entwickelt sich dennoch aus der kleinen Flamme die Kraft des reinigenden Feuers? Fiktion, gleichwohl realistisch, tragisch, zugleich ermutigend.  
Michael Siebrandt // Ludwig - Der ewige Kampf  
392 Seiten | Hardcover, gebunden | € 30 | ISBN: 978-3-948165-06-2 | Auch als E-Book erhältlich

Hier erhalten Sie dieses Buch:  
www.verlagshaus-siebrandt.de

**LO-Termine 2023**

10. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal  
11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

**Auskünfte** bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

**Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen**

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre **Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen  
Buchtstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

ANZEIGE

**Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage**

Schreibunterlage mit Landkarte Ostpreußen und geschichtlichem Abriss  
Format: 65 x 45 cm  
Ausführung: alle Ecken gerundet, ringsum randgeschweißt

Bestellung: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.  
Buchtstr. 4, 22087 Hamburg  
Tel. 040/41 40 08 0  
selke@ostpreussen.de

29,95 € inkl. Versand

ANZEIGE

**Bund Junges Ostpreußen in der Landsmannschaft Ostpreußen**

**Politisches Seminar**

**Deutsch-Polnische Beziehungen nach zwei Legislaturperioden PiS-Regierung. Von Reparationsforderungen bis zur Minderheitenpolitik**

**4. bis 5. November 2023 in Münster**

Nach einem hoffnungsvollen Aufbruch in den 1990er Jahren sind die deutsch-polnischen Beziehungen seit einiger Zeit an einem schwierigen Punkt. Der Umgang der Warschauer Regierung mit der deutschen Minderheit, die Problematik des Deutschunterrichtes in der Republik Polen, die Gefährdung des Rechtsstaates oder auch die polnischen Reparationsforderungen belasten das zwischenstaatliche Verhältnis wie auch die Situation der Deutschen vom Frischen Haff bis zum Riesengebirge. Hochkarätige Referenten aus Diplomatie, Wissenschaft und Minderheit beleuchten in diesem Seminar engagiert, aber auch mit der gebotenen Sachlichkeit, die unterschiedlichen Facetten der derzeitigen Situation. Der Versand des endgültigen Programms erfolgt nach der Anmeldung.

Anmeldung/Auskunft: kontakt@junge-ostpreussen.de

Förderhinweis: Dieses Projekt wird aus Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

**Bund Junges Ostpreußen / Regionalverband West**

**Forum Baltikum – Dittchenbühne**

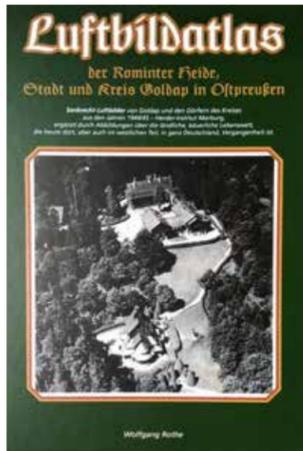
**Räumlichkeiten für Trauungen und Hochzeitsfeiern – Hilfe bei der Planung**

schönsten Tag in Ihrem Leben unvergesslich werden!“

Im Festsaal des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ steht eine Vielzahl von Sitzplätzen zur Verfügung, in gediegener und rustikaler Atmosphäre. Dazu gibt es genügend Freiraum für Tanzflächen oder Präsentationen. Die Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt: „Wir bieten Ihnen nicht nur eine ideale Bühne für Ihre Heirat und Ihre Hochzeitsfeier, sondern unterstützen Sie auch gern bei der Planung und bei der Umsetzung Ihres Hochzeitsfestes!“

Weitere Informationen im Büro der Dittchenbühne unter 04121 89710 oder E-Mail buero@dittchenbuehne.de.

## Heimatkreisgemeinschaften



Luftbildatlas der Rominter Heide



**Kreisvertreter:** Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, Gerhard.kuebart@googlemail.com

### Luftbild-Atlas der Rominter Heide

Die lange erwartete Dokumentation über die Rominter Heide wurde von der Kreisgemeinschaft Ebenrode und der Prussia-Gesellschaft herausgegeben. Sie überzeugt durch die profunde Expertise des Verfassers, auf jeder Seite erkennbar, wie der technischen und gestalterischen Exzellenz der Publikation.

Die bravouröse Verbindung der Luftbild-Aufnahmen der Luftwaffe 1944/1945 beim Kampf um Ostpreußen mit den dazu passenden Meßtisch-Blättern, sowie mit den nach Zahl und Qualität beeindruckenden Illustrationen macht das Werk zu einer Augenweide.

Man möchte es immer wieder zur Hand nehmen, um einmal mehr aus dem Wissensspeicher zu schöpfen, Neues zu entdecken, oder sich einfach zu erfreuen an

den beeindruckenden Abbildungen.

Rothe legt mit diesem Luftbild-Atlas ein „Magnum Opus“ vor, geprägt durch seine Kenntnis der Materie, wie sie nur die Erlebnis-Generation in dieser Form und Tiefe vor Ort erwerben konnte, die mindestens um 1938 geboren ist, also schon 85 Jahre alt ist.

Dabei fasziniert das höchst-anscheinliche Layout und die Gestaltung mit bewundernswerter Mühe und Präzision, auch bei unvollständigen oder fehlenden Luft-Fotos.

Des Autors Einführungen zur Methodik, die differenzierten Verzeichnisse, besonders das sorgfältige viersprachige Orts-Verzeichnis für einen handlichen Gebrauch der 1934/1938 umbenannten Ortsnamen bewirkt gute Orientierung der Leser - auch die der russischen, polnischen und litauischen, die nicht so vertraut sind mit all diesen Fakten wie der Zeitzeuge W. Rothe.

Die 2. und 3. Nachkriegs-Generationen, die sich an den Autor wenden, um ihnen die durch die Kriegs- und Nachkriegs-Zerstörungen nicht mehr erkennbaren Strukturen und Verhältnisse bekannt zu machen: die frühere Lebenswelt „der gemeinsamen Heimat“ wie ein pensionierter Marschall der Wojwodschaft Masuren in seiner Rezension schreibt - eine überaus bemerkenswerte Bezeichnung!

Diese Dokumentation unterstreicht nach notwendigen Recherchen über ein Jahrzehnt, wie gut, richtig und wichtig es war, W. Rothe und seinem Arbeitsteam die dafür unersetzlichen Senkrech-Luftaufnahmen aus unserer Karten-Sammlung zur Verfügung zu stellen.

Sie bilden das Fundament für das Werk. Allen Beteiligten ist Anerkennung für die enorme Arbeitsleistung auszusprechen, die sie in diesen herausragenden Band investiert haben.

Dr. Jürgen Warmbrunn - stellv. Direktor des Herder-Instituts - Leiter der Forschungs-Bibliothek Luftbild-Atlas der RHeide, Stadt + Kreis Goldap - v. Dr. W. Rothe, gemein. Hrsg.: KG. Ebenrode + Prussia-Ges., Festbd, 264 S., 119 Senkr.-Luftbilder insges. mehr als 2000 Abbildungen. 70€  
Bezug: Dr. W. Rothe, 45259 Essen, Am Vierkotten 2, info@wolf-gangrothe.de, Ph 0201 46307

PAZ-Abo  
vertrieb@paz.de



Lycker

**Kreisvertreterin:** Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

### 12. Lycker Treffen

**Bremen** - Donnerstag, 16. November, 13 Uhr, Beginn um 14 Uhr, Best Western Hotel zur Post: Lycker Treffen in Bremen unter neuer Leitung. Wilhelm Norra hat die Organisation an Heidi Mader abgegeben. Nähere Auskünfte bei Heidi Mader: E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder unter Telefon (0421) 67329026. Eine verbindliche Anmeldung ist erforderlich.

Die PAZ  
zum Probelesen  
Vier Wochen gratis  
Telefon (040) 41400842



ANZEIGE

## Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten



Bestellung:  
Preußische Allgemeine  
Angela Selke  
selke@paz.de  
Tel: 040-414008-0

35,- Euro  
zzgl. Porto  
und  
Verpackung

## Deutsches Kulturforum östliches Europa - Literarischer Reiseführer Breslau - Buchpräsentation mit der Autorin Roswitha Schieb

**Montag, 23. Oktober, 15 Uhr**  
**Polnisches Institut,**  
**Markt 10, 04109 Leipzig**

**Dienstag, 24. Oktober,**  
**10.30 Uhr**  
**Zentralbibliothek im Kultur-**  
**palast, Schlossstraße 2,**  
**01067 Dresden**

Ein Gang durch die Literaturstadt Breslau, Zentrum des Humanismus und der deutschen Barockdichtung, Wirkungsstätte bedeutender Schriftsteller und Schriftstellerinnen wie Gerhart Hauptmann und Olga Tokarczuk, in den 1920er Jahren Keimzelle der Hörfunk-Avantgarde, in den 1970er Jahren Anziehungspunkt für herausragende polnische Literatur- und Theater-schaffende. Marek Krajewski und Nadia Szagdaj machten ihre Stadt zum Schauplatz historischer Kriminalromane, auch deutsche Gegenwartsautoren wie Wolf Kampmann ließen sich

von der Odermetropole inspirieren. 2016 wurde Breslau Kulturhauptstadt Europas und UNESCO-Weltbuchhauptstadt. Seit 2019 ist sie UNESCO-Literaturstadt. Sieben Wegbeschreibungen mit einer Fülle von Zitate sowie architektur- und stadtgeschichtlichen Informationen laden die Reisenden zu literarischen Spaziergängen durch die Jahrhunderte ein.

Mit Roswitha Schieb sprechen in Leipzig Prof. Dr. Anna Artwińska, Universität Leipzig, und Bernd Karwen, Polnisches Institut.

Die Veranstaltung findet in Zusammenarbeit zwischen der Universität Leipzig, dem Polnischen Institut und dem Deutschen Kulturforum östliches Europa statt.

In Dresden führt die Leiterin der Zentralbibliothek Šárka Atzenbeck durch die Veranstaltung,



die in Kooperation zwischen der Zentralbibliothek, der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Sachsen und dem Deutschen Kulturforum östliches Europa anlässlich des Tages der Bibliotheken stattfindet.

**Der Eintritt zu beiden Veranstaltungen ist frei.**

## Ostpreußisches Landesmuseum

### Ausstellungen

21. Oktober bis 25. Februar 2024, Eröffnung: Freitag, 20. Oktober, 18.30 Uhr: **Stinthenste, Krähenbeißer, Lange Wurst und Co. - Ostpreußische Bräuche im Wandel.** Bräuche bestimmen unser Leben, im Alltag sowie zu besonderen Anlässen. Warum? Dafür gibt es die verschiedensten Gründe und Entstehungsgeschichten. Auch in Ostpreußen haben sich im Laufe der Zeit unterschiedliche Bräuche entwickelt, manche kommen uns heute noch sehr bekannt vor, andere erscheinen uns ein wenig veraltet, wieder andere führen uns in eine völlig fremde und einzigartige Welt. Einem Teil dieser Bräuche widmet sich diese Kabinettausstellung.

### Veranstaltungen

Sonnabend, 21., und Sonntag, 22. Oktober, 11 bis 15 Uhr, Gebühr: 60,- Euro für zwei Tage, Material wird gestellt: **Wochenendworkshop für Erwachsene** in Kooperation mit der Kunstschule IKARUS. **Collagen gestalten - Klassisches Recycling in der Kunst** mit Ina Robert und Uwe de Witt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

Dienstag, 24. Oktober, Treffen: 9.15 Uhr pünktlich am Bahnhof Lüneburg, Abfahrt 9.28 Uhr, Gleis 3: **Begleitete Tagesfahrt zum Hamburger Planetarium** für Jugendliche ab zwölf Jahren, Kosten 5,- Euro pro Person. In Kooperation mit dem Kulturreferat des Ostpreußischen Landesmuseums. **Space Tour - Explore 3 D.** Ein Ferientag **zum 550. Geburtstag von Nikolaus Koper-**nikus. Sein Name steht für die größte Wende der Astronomie-Geschichte: Nikolaus Koper-

nikus begründete das neue Weltbild, wonach die Sonne - nicht die Erde - im Zentrum des Sonnensystems steht. Vor 550 Jahren wurde er in Thorn geboren. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 25. Oktober, 14.30 bis 17 Uhr: Herbstferientag für Kinder von sechs bis zehn Jahren, 5,- Euro: **Der König der Stinte.** Die wundersame Geschichte von einem Fisch mit magischen Kräften. Der Stinthenste von Nikolai-ken ist ein Fabelwesen, das aus den Gewässern eines kleinen Ortes in Masuren stammte. Man nannte ihn auch den König der Stinte, und er hat mit seinen magischen Kräften wundersame Dinge vollbracht. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 26. Oktober, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Faszinierende Meereslandschaften. Kinderclub** mit Roberta Schütte. Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de.

Sonnabend, 28. Oktober, 20 Uhr, Eintritt frei, um eine Spende an Heidetango e.V. wird gebeten: Tango- und Swingabend: SWING. TAN. GO INS MUSEUM. Der Heidetango e.V. ist zu Gast im Museum und veranstaltet eine Tango- und Swing-Nacht.

Samstag und Sonntag, 4. und 5. November 2023, 10.00 bis 18.00 Uhr, Eintritt: 2,50 € (inkl. Besuch der Dauerausstellung), Eröffnung mit Bürgermeisterin Hiltrud Lotze am Freitag, 3. November 2023, 18.30 Uhr, Eintritt frei! **Museumsmarkt: Tradition trifft Modernes** Die lebendige Präsentation von traditionellem

Handwerk und modernem Design lockt in diesem Jahr am ersten Novemberwochenende wieder auf den beliebten Museumsmarkt des Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung. Der Markt ist bekannt für Originelles und Köstliches wie edler Bernsteinschmuck aus Litauen, leckeres Königsberger Marzipan, Wildfruchtspezialitäten, Imkereiprodukte und Bienenwachskerzen. Kunsthandwerkerstände sind in der gesamten Dauerausstellung zwischen historischen Museumsobjekten verteilt. In gemütlich-sinnlicher Atmosphäre können besondere Geschenke und auch schon Adventliches gekauft werden: Exklusives, aber auch Brauchbares und Schönes für den kleinen Geldbeutel. Zudem bieten die Deutschbalten traditionelle Köstlichkeiten an. Die Lüneburger Soroptimisten engagieren sich wieder mit einer Tombola für einen guten Zweck und unseren Museums-Kinderclub. Das Kinderprogramm lädt zum Mitmachen ein. Die Kinder können Holzleche bemalen oder die Technik des Bändchen-Webens erlernen. Für den kleinen Hunger zwischendurch bietet das Museums-Café Bernstein eine große Auswahl.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Tel. +49 (0)4131 759950

E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Öffnungszeiten Di - So 10.00 bis 18.00 Uhr, Eintritt: 7,00 €, ermäßigt 4,00 €,

Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei!

## OSTPREUSSISCHE GESCHICHTE

# Von der Steinzeit bis zur frühen Neuzeit

Die bewegte Geschichte der Altertumsgesellschaft Prussia und ihrer zum Teil bis heute verschollenen Exponate

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 19. November 1844 wurde im Zusammenhang mit der 300-Jahr-Feier der Königsberger Albertus-Universität die Altertumsgesellschaft Prussia gegründet. Maßgeblicher Initiator war der Professor für Kunstgeschichte und Ästhetik Ernst August Hagen. Das Ziel des Vereins bestand darin, Zeugnisse der Geschichte Ostpreußens zusammenzutragen und wissenschaftlich aufzubereiten. In diesem Zusammenhang legte die Prussia auch eine eigene Sammlung kulturhistorisch wertvoller Objekte an, welche schnell wuchs und ab dem 30. September 1881 im Prussia-Museum im Nordflügel des Königsberger Schlosses besichtigt werden konnte.

Dem folgte 1904 der Umzug in das alte Bibliotheksgebäude in der Königstraße, bevor es 1923 zur Rückübersiedlung ins Schloss kam. Zwei Jahre später musste die Altertumsgesellschaft ihr Museum wegen der wirtschaftlichen Probleme infolge der Inflation an den Staat beziehungsweise die Provinz Ostpreußen übertragen. Direktor wurde nun Wilhelm Gaerte, der Doyen der ostpreußischen Urgeschichte. Unter seiner Leitung avancierte das Prussia-Museum zu einer der führenden landeskundlichen Einrichtungen Ostdeutschlands und zeigte bald auch noch zahlreiche andere Exponate als nur archäologische Bodenfunde.

## Vielgestaltigkeit der Artefakte

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges umfasste die Prussia-Sammlung in den Königsberger Ausstellungssälen und Museums-Depots zwischen 240.000 und 450.000 Objekte – die Quellen nennen hier unterschiedliche Zahlen. Auf jeden Fall deckte sie den gesamten Zeitraum von der Steinzeit bis zur Frühen Neuzeit ab,



Archäologische Dauerausstellung des Gebietsmuseums für Geschichte und Kunst in der Stadthalle in Königsberg: Restaurierte Exponate der Königsberger Prussia-Sammlung  
Foto: pa

woraus eine immense Vielgestaltigkeit der Artefakte resultierte. Zu diesen gehörten unter anderem Gebrauchsgegenstände, Keramiken, Textilien, Schmuck, Waffen, Münzen, Siegel und allerlei Kunstwerke aus Stein, Eisen, Bronze, Silber, Gold und Bernstein. Als besonders bemerkenswerte Stücke galten das massive granitene Abbild einer prußischen Gottheit, der legendäre Schlitten des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm aus dem Nordischen Krieg, eine im Schädel des Marschalls des Deutschen Ordens Erasmus von Reitzenstein post mortem gefundene Pfeilspitze, die 1939 ausgegrabene Moorleiche des Mädchens von Dröbnitz

sowie Goldschätze aus Gräbern der Wikingerzeit.

Aufgrund der Kriegslage wurde 1943 ein Großteil der Studiensammlung samt Katalogen und Grabungsdokumenten aus den Magazinen in Königsberg nach Carlshof bei Rastenburg verbracht. Von dort aus erfolgte im Dezember 1944 und Januar 1945 der Weitertransport ins Schloss Broock bei Demmin in Vorpommern. Hier lagerten die Bestände unter äußerst prekären Bedingungen, und deswegen stellten Kaufmann Lothar Diemer sie auf eigene Faust in seinem Warenlager sicher, bevor er die 125 Kisten mit rund 45.000 Einzelobjekten 1949 an das spätere Institut für Vor- und

Frühgeschichte beziehungsweise Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie der Akademie der Wissenschaften in Ost-Berlin übergab. Mit dem Umzug der Forschungseinrichtung in das ehemalige Preußische Herrenhaus gelangte 1958 auch die Sammlung dorthin. Diese wurde zu DDR-Zeiten weder ausgepackt noch durchgesehen, obwohl sie durch zwei Rohrbrüche erheblichen Schaden genommen hatte. Eine Prüfung, Inventarisierung und Neuordnung erfolgte erst nach der deutschen Teil-Wiedervereinigung und der Übernahme der Sammlung durch das Berliner Museum für Vor- und Frühgeschichte. Das zeigte ab 1997 erstmals einzelne

Objekte im Langhans-Bau des Schlosses Charlottenburg.

Noch dramatischer gestaltete sich das Schicksal der im Königsberger Schloss ausgestellten Schausammlung, welche die wichtigsten und wertvollsten Exponate umfasste. Diese verblieb zunächst vor Ort, wo sie auch die Bombenangriffe vom August 1944 überstand, und wurde erst Anfang 1945 in 34 Kisten verpackt in das Außenfort III auf dem Quednauer Berg an der Straße nach Cranz verbracht. Wegen der Lage an der Front war kein späterer Abtransport nach Westen mehr möglich.

## Wiederentdeckung Ende der 60er Jahre

Das zum Festungsring rund um Königsberg gehörende und am 7. April 1945 von der Roten Armee eingenommene Fort stand bis 1999 unter Kontrolle der Streitkräfte Moskaus. Dabei kam es zu wiederholten Plünderungen durch sowjetische Militärangestellte oder Raubgräber. Dennoch konnten russische Archäologen unter Anatolij Walujew nach der Räumung des Forts noch rund 28.000 Gegenstände aus der Prussia-Sammlung sicherstellen, wobei die Ausgräber euphorisch davon sprachen, die „gesunkene Titanic der prußischen Archäologie“ gehoben zu haben. Tatsächlich aber gelten die wertvollsten Stücke aus dem Quednauer Außenlager weiterhin als verschollen.

Ansonsten fanden sich 1967/68 in den Trümmern des Königsberger Schlosses Reste von weiteren Kisten mit Exponaten und Inventarlisten. Ein Teil davon lagert heute im Regionalen Museum für Geschichte und Kunst in Königsberg, wohin auch die Funde von Walujews Arbeitsgruppe gebracht wurden. Parallel dazu besitzt das Museum für Ermland und Masuren in der Burg Allenstein einen kleinen Rest der Prussia-Sammlung, welcher 1944 in Carlshof zurückgelassen werden musste.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# Die Heilige Hedwig als Patronin eines neuen Selbstbewusstseins

Die Woiwodschaft Niederschlesien folgt der deutschen Heiligen in ihrem 25. Jubiläumsjahr

Die Woiwodschaft Niederschlesien feiert den gesamten Oktober über das 25. Jubiläum der Verwaltungsreform in der Republik Polen und damit der Entstehung der Woiwodschaft Niederschlesien. 1975 hatten die Kommunisten 49 kleinräumige Woiwodschaften gebildet, die vielen Kadern Ämter verschafften. 1998 wurde diese Verwässerung wieder aufgehoben und aus den 1975 entstandenen Woiwodschaften Breslau, Waldenburg und Liegnitz die heutige Woiwodschaft Niederschlesien gebildet.

2010 hatte das Marschallamt ein Fest ins Leben gerufen, das dies feiern sollte, zumal mit dem Marschall als „Quasi-Ministerpräsidenten“ 1998 erstmals eine Selbstverwaltungsspitze installiert wurde, da ein Woiwode lediglich ein Warschau weisungsgebundener Verwaltungschef ist. Als Datum wählte man damals den 16. Oktober, den Tag der Heiligen Hedwig, der Patronin Schlesiens. „Die Heilige Hedwig zeigt, wie man Menschen verbindet. Diese Deutsche hat hier viel Gutes bewirkt und wir können uns heute auf sie berufen“, sagte Jerzy Michalak, Beauftragter des Marschalls für die Entwicklung des niederschlesischen Ballungsgebietes im Radio Rodzina (Radio Familie). Die Heilige Hedwig war Gemahlin des schlesischen Herzogs Heinrich II., den die

Polen als den ihren betrachten, der zugleich jedoch am Anfang des Wandels der schlesischen Piasten von einem polnischen zu einem deutschen Adelsgeschlecht steht.

Das Patronatsfest der schlesischen Heiligen wurde in diesem Jahr am 16. Oktober in Trebnitz [Trzebnica] mit einer Prozession der Trebnitzer vom Ring zum Grab der Heiligen Hedwig und einer katholischen Messe gefeiert. Der Erzbischof und Breslauer Metropolit Józef Kupny wird die zentralen Feierlichkeiten am Sonntag, dem 22. Oktober, in der Trebnitzer Basilika zelebrieren.

Die Patronin Schlesiens zielt zudem seit Anfang Oktober einen Zug der Niederschlesischen Eisenbahnen (KD, Koleje Dolnośląskie). Neben dem Konterfei der Heiligen auf dem Zug wurde ein QR-Code mit Informationen zu Hedwig von Schlesien angebracht. Damit möchte man die Identität der Niederschlesier und ihre Bindung zur Region stärken, heißt es aus den Reihen der KD-Leitung.

Auf deutschen Spuren wird im Rahmen der 25-Jahr-Feier am 21. Oktober zudem durch das Ethnographische Museum zu Breslau geführt. Die Leiterin des Museums in der einstigen Residenz der Breslauer Fürstbischöfe, Elżbieta Berendt, wurde am 16. Oktober seitens des Mar-



Auf den Spuren von Natur-, Kultur- und Industriedenkmalern: Wanderung nach Waldenburg  
Foto: Wagner

schalls mit dem „Silesia“-Kulturpreis geehrt. Viele weitere niederschlesische Städte beteiligen sich ebenso an den Feierlichkeiten. So wird am 29. Oktober in Striegau [Strzegom] durch die Altstadt geführt. In Bolkenhain [Bolków] werden in der Burgruine die beiden Berufe des Schmiedes und des Henkers in ihrer alten Form nachgezeichnet.

Die Schönheit Niederschlesiens auf Postkarten der Nachkriegszeit kann bis Ende Oktober im Sportmuseum Krummhübel [Karpacz] besichtigt werden. Zu sehen sind Motive des Riesengebirges, niederschlesischer Städte, Klöster und Burgen sowie die heimische Bäderlandschaft. Im Gerhart-und-Carl-Hauptmann-Haus Schreiberhau [Szklarska Poręba]

wird ebenfalls bis Ende Oktober die Geschichte der Brau- und Destillierkunst im Riesengebirge erzählt. Eine Ausstellung aus Beständen des Staatsarchivs Hirschberg [Jelenia Góra] stellt Menschen und Betriebe vor. So wird beispielsweise die Geschichte des „Echt Stonsdorfer Kräuter-Bitter“ aus Stonsdorf [Stanisławów] erzählt, den die letzten deutschen Rezeptbesitzer 1945 nach Hamburg mitgenommen haben. Auch die Geschmäcker der Mitglieder der Schreiberhauer Künstlerkolonie sind Thema der Präsentation.

Waldenburg [Wałbrzych] ist im Rahmen des Jubiläums ebenfalls Ziel geführter Wanderungen auf den Spuren von Natur-, Kultur- und Industriedenkmalern. Für eine deutschsprachige Führung sorgte am 14. Oktober das Schlesische Museum zu Görlitz. Diese 14 Kilometer lange Wanderung führte vom Waldenburger Hauptbahnhof über den 776 Meter hohen Ochsenkopf [Wolowiec], die Thingstätte schlesischer Bergleute aus der NS-Zeit zum Porzellanmuseum in der Innenstadt. Am 21. Oktober führt die letzte diesjährige deutschsprachige Wanderung des Museums unter dem Motto: „Adliger Läusepelz und geheimnisvolle Feldmauern“ über 20 Kilometer von Altkemnitz [Stara Kamienica] nach Seiferschau [Kopaniec] im Isergebirge. *Chris W. Wagner*

## GEDENKSTÄTTEN

## Ju 52 stürzte 1935 bei Stettin ab

Das Verkehrsflugzeug gehörte zur Deutsch-Russischen Luftverkehrsgesellschaft Deruluft

VON KARL-HEINZ ENGEL

Es dürfte die Ur-Angst wohl jedes Piloten sein, dass Navigation, Höhenmessung und andere Sicherheitskomponenten an einem Flugzeug versagen. Noch dazu, wenn Dunkelheit und Winterwetter herrschen, wie am Abend des 31. Januars 1935 im Raum Stettin. Eine Ju 52/3m näherte sich von Süden her dem Flughafen Stettin/Altdamm. Viel zu tief jedoch, denn bevor die dreimotorige Maschine zum Landeanflug ansetzen durfte, hätte sie noch die bis 148 Meter hohe Barriere der Buchheide zuzüglich ihrer 30 bis 40 Meter aufragenden Waldbestockung überwinden müssen. Dahinter erst fällt das Terrain ab.

Dann, es war gegen 19 Uhr, geschah es: Das Flugzeug – allein die Ju-Leermasse betrug 5,7 Tonnen – raste in den von Hügelketten und Schluchten durchfurchten Wald, riss eine Schneise zwischen die Stämme, zerbarst und ging in Flammen auf. Die acht Passagiere und drei Besatzungsmitglieder hatten keine Chance, den Absturz zu überleben.

Was genau die Katastrophe heraufbeschwor, konnte nie ganz geklärt werden. Handelte es sich um einen Pilotenfehler? Doch nach eingehenden Untersuchungen sprach vieles dafür, dass die Tragflächen, Leitwerke und Propeller der Ju infolge der Witterung vereist waren. Das kann dazu führen, dass Maschinen in Überlast geraten, also zu schwer werden, ihre Aerodynamik und letzten Endes ihre Flugfähigkeiten verlieren. Von Vereisung betroffen sein können auch Messinstrumente.

## Folge von Überlast?

Aufzeichnungen zufolge war die Maschine um 16 Uhr in Berlin nach Danzig gestartet. Andere Angaben nennen allerdings Danzig als Abflugort mit Richtung Berlin. Wie auch immer: Der Pilot soll jedenfalls die Wetterverschlechterung erkannt und sich zu einem Zwischenstopp in Stettin/Altdamm entschlossen haben. Dem Funkverkehr nach betrug die Flughöhe seiner Ju 52 um 18.17 Uhr noch 400 Meter. Sie sank dann innerhalb der nächs-



Der 2012 gesetzte Gedenkstein: Für Albrecht Rudelsdorff wurde bereits 1935 ein Denkmal aufgestellt, das auch noch vorhanden ist und 50 Meter von diesem entfernt steht

ten 20 Minuten auf 200 Meter, Tendenz weiter fallend. Damit war die Buchheide nicht zu überwinden. Die Reise endete schließlich im Inferno. Bis zum rettenden Altdamm wären es noch etwa sechs Kilometer gewesen.

Durch Eisbildung gerieten Flugzeuge früher des Öfteren in Not. Heute bannt die Enteisungstechnik die Gefahr weitestgehend. Die verunglückte Ju 52 mit der Kennung D-AREN gehörte zur Deutsch-Russische Luftverkehrs A.G. (Deruluft). Die war 1921 von der Aerounion AG Berlin und der sowjetischen Handelsvertretung

gegründet worden, widmete sich vor allem dem Fluggeschäft mit Osteuropa, gab aber wegen zunehmender Spannungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1937 ihren Betrieb auf.

Prominentes Opfer des Buchheide-Unglücks war der 45-jährige Wilhelm Freiherr Marschall von Bieberstein, Luftwaffenoffizier, Leiter des Flughafens Königsberg und hoher NS-Funktionär. Ein im Absturzgebiet sehr bald errichteter Denkstein ist jedoch nicht ihm, sondern einem eigentlich unbekanntem Passagier namens Albrecht Rudelsdorff gesetzt

worden, wahrscheinlich von Angehörigen. Dieser grob behauene Findling steht noch heute, nach bald 90 Jahren, an der Unglücksstelle, obzwar die Inschrift inzwischen deutlich verwittert ist.

In der 9000 Hektar großen Stettiner Buchheide verbergen sich etliche Denkmäler sowohl aus deutscher als auch aus polnischer Zeit. Sie verweisen auf Natursehenswürdigkeiten, erinnern aber auch an Persönlichkeiten und historische Begebenheiten. Sie sind allerdings nicht immer leicht zu finden, obwohl manche Kartenwerke auf sie aufmerksam machen.

## PM-Kürzel als Wegweiser

Wer sich auf dem weit verzweigten Wegetz der Buchheide auf die Suche begibt, sollte deshalb auch auf Bäume mit hellfarbigen PM-Kürzeln über einem Doppelpfeil achten. PM bedeutet Pomnik, und Pomnik heißt auf Deutsch Denkmal. Die Pfeile leiten Wanderer dann tatsächlich weiter auf Trampelpfaden zu denkwürdigen Stätten, häufig jedenfalls.

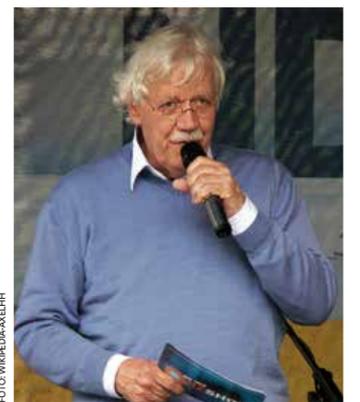
Zum Rudelsdorff-Stein jedenfalls findet man auf diese Art ziemlich sicher. Wer ihn entdeckt, wird aber verblüfft darüber sein, dass es etwa 50 Meter davon entfernt ein Denkmal gibt, das ebenfalls an die Ju 52-Katastrophe erinnert. Es handelt sich um eine 450 Kilogramm wiegende Granitpyramide mit den eingemeißelten Namen der Todesopfer und dem Bildnis einer Ju 52. Der Stein wurde in den Vereinigten Staaten im Auftrag dort lebender Nachfahren von Unglücksopfern gefertigt und auch finanziert. Er wurde im Sommer 2012 aufgestellt.

Die beiden Denkmäler sind relativ leicht zu finden. Man fährt am besten vom Stadtteil Podejuch [Podjuchy] die ul. Smocza hinauf Richtung Buchheide. Unter der Autobahn hindurch geht es etwa vier Kilometer weiter auf ziemlich holpriger Asphaltpiste ins Waldgebiet. Dann rechts auf PM-Zeichen achten. Von dort etwa 250 Meter weiter stehen die beiden Denkmäler zwischen Bäumen. Zur weiteren Orientierung: Auf der anderen Straßenseite erhebt sich der 148 Meter hohe Bukowiec mit Stahlgitterturm.

## MELDUNGEN

## Glückwunsch, Rakete und Künstlerbund

**Hamburg** – Der gläubige Optimist, Naturliebhaber und gebürtige Stargarder Carlo von Tiedemann (eigentlich: Karl Ferdinand von Tiedemann) wird am 20. Oktober runde 80 Jahre alt. Seit über einem halben Jahrhundert begleitete er als Urgestein, Kult-Moderator und Publikumsliebhaber beim NDR – unter anderem mit der Radiosendung „Große Freiheit“ – Millionen von Hörern durch den Tag und moderierte beispielsweise auch Fernsehsendungen wie die „Aktuelle Schaubude“ und die NDR-Quizshow. Seit 2020 ist er sogar noch als Podcaster mit Steffi Banowski in der „Grauzone“ unterwegs – sensationell. Herzlichen Glückwunsch! TV-Tipp: „DAS!“ im NDR-Fernsehen am Sonntag, 22. Oktober, um 18.45 Uhr. TS



Glückwunsch Carlo von Tiedemann

**Stralsund** – Am 24. Oktober hält Nils Kujat um 18 Uhr in der Kreisvolkshochschule Vorpommern-Rügen einen Vortrag über das 5. Pommersche Infanterie-Regiment Nr. 42 und dessen regionalen Einfluss auf die Garnison Stralsund und deren Umfeld in der Zeit von 1860 bis 1919. Eintritt: 7,50 Euro. TS

**Kolberg** – Die Rekonstruktionsarbeiten am historischen Bahnhof von Kolberg neigen sich dem Ende zu. Noch im Oktober wird die Warthalle und Fahrkartenausgabe fertiggestellt werden, zum Ende des Jahres werden auch die Restarbeiten abgeschlossen. Die Kosten der Maßnahme liegen bei etwa fünf Millionen Euro. TS

**Stolpmünde** – In der vergangenen Woche wurde bekannt, dass eine Perun-Rakete der Firma SpaceForest aus Gdingen am 9. Oktober auf dem Zentralen Truppenübungsplatz der Luftwaffe zu ihrem zweiten Testflug in Richtung Weltall gestartet ist. Allerdings führte ein Triebwerksausfall in zehn Kilometern Höhe zum Abbruch des Vorhabens. TS

**Greifswald** – Der Pommersche Künstlerbund erinnert am 24. Oktober um 17 Uhr mit einer Ausstellung im PKB KunstLADEN, Feldstraße 20, an Jutta Schirmer (1942–2023). Sie war im Künstlerbund sowie beim Lubminer Künstlerstammtisch aktiv. Eröffnet wird die Veranstaltung durch Landrat Michael Sack. TS

**Swinemünde** – Die Schnellstraße S 16, die von Swinemünde über die Insel Wolin bis nach Alt Tessin mit vier Kreuzungen neu gebaut wird, soll im zweiten Quartal 2024 für etwa 300 Millionen Euro fertiggestellt werden. Die Arbeiten zum Neubau werden derzeit auch an den Wochenenden durchgeführt. TS

## VON DEUTSCHLAND BIS ESTLAND

## Die Ostseebäder und ihre Architektur

Heringsdorf und Zoppot wollen gemeinsame Aufnahme in die Liste des UNESCO Kulturerbes beantragen

Anlässlich des 200. Jahrestags von Zoppot als Kurort fand Anfang Oktober eine durch die Stadt und das örtliche Museum ausgerichtete internationale Konferenz zur Bäderarchitektur in den Ostseebädern statt. Dazu eingeladen waren Referenten aus Polen, Finnland, Schweden, Litauen, Lettland, Estland und Deutschland, um zu verschiedenen Aspekten der Ostseebäder und ihrer Architektur einen inhaltlichen Beitrag zu leisten.

Der Schwerpunkt der deutschen Betrachtungen lag auf den unterschiedlichen Phasen der Entwicklungen der pommerschen Seebäder sowie ihrer Architektur am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Eingegangen wurde unter anderem auf die Merkmale, Besonderheiten und die architekturhistorischen Beziehungen. Zudem erhielten bei Jana Olschewski, Birgit Jochens und Torsten Seegert neben der Architektur auch die Schöpfer – Bauherren, Architekten oder Vorlagenzeichner – Beachtung. Dies erfolgte beispielhaft bezogen auf die Insel Rügen und die Usedomer Kaiserbäder.



Führung durch Zoppot an der Danziger Bucht: Die Gruppe verweilt vor dem früheren Südbad, erbaut 1907. Das Gründungsjahr des Seebades Zoppot wird mit 1823 benannt, als der gebürtige Elsässer Johann Georg Haffner in Zoppot das erste Kurhaus mit Badeanstalt baute. Das Ostseebad nahm einen rasanten Aufschwung

Landeskonservatorin Ramona Dornbusch zeigte dazu einleitend die Zusammenhänge, Besonderheiten und Potentiale am Beispiel eines mecklenburgischen Ostseebades auf. Neben dem Austausch zu der Bäderarchitektur, ihrem Erhalt und ihrer Pflege steht für die Ostseebäder Zoppot und Heringsdorf auch das Ziel eines gemeinsamen Antrages zur Aufnahme in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes.

Eines der ersten Ergebnisse dieser Zusammenarbeit ist eine Freiluftausstellung über die Geschichte des Kurbetriebes und die Bäderarchitektur in polnischer und deutscher Sprache. Sie war für die Teilnehmer der Delegation aus Heringsdorf unter Führung von Bürgermeisterin Laura Isabelle Marissen und Kurdirektor Thomas Heilmann im Kurgarten [Kurplatz] zu bestaunen.

Teil des Programmes der Konferenz war auch eine Führung durch Zoppot, die sowohl Warmbad als auch Bäderarchitektur und Museum einbezog.

Torsten Seegert

# „Will die Politik überhaupt eine Lösung?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

Die PAZ – als eine der ‚Kleinen‘ – hat interessante Beiträge abseits des Mainstreams. Lob dafür!“

Thorsten Koye-Lemke



Ausgabe Nr. 40

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## EINE PFLICHTLEKTÜRE

ZU: ALS ARMENIEN SOWJET-REPUBLIK WURDE (NR. 40)

Ihr Artikel zur Geschichte der Armenier in den vergangenen 120 bis 150 Jahren erscheint mir besonders dankenswert im Sinne der Aufklärung zumindest Ihrer Leser. Was es tatsächlich mit dem Genozid an den Armeniern vor allem auch durch die „Jungtürken“ im ersten Weltkrieg auf sich hatte, wird ja sonst kaum publiziert oder diskutiert.

Ergänzend darf ich hier auf die literarische Verarbeitung eines Ereignisses zu Beginn der Todesmärsche in die Syrischen Wüsten von Franz Werfel hinweisen, der kaum 20 Jahre später in Syrien recherchierte und tiefbetroffen sein Werk „Die 40 Tage des Musa Dagh“ verfasste. Die Lektüre ist jedem empfohlen, der sich ein Bild machen will von den Völkermorden des 20. Jahrhunderts – nicht nur in Deutschland (einige Jahre später).

Dr. Wilfried Jacobi, Bad Sassendorf

## VON MAOS CHINA „LERNEN“

ZU: DIE UNSELIGE TRADITION DER KINDERKREUZZÜGE (NR. 40)

Höchstwahrscheinlich haben die Drahtzieher der „Klimaretter“-Bewegung von Maos Kulturrevolution gelernt. Nur mit dem Unterschied, das Erstere der ganzen Welt eine „woke“ Politik aufzwingen wollen, während Mao in China einen radikalen Sozialismus anstrebte. Die verheerenden Folgen sind bekannt. Trotzdem sollte man die Sache nicht zu einseitig sehen.

Immerhin waren die chinesischen Jugendlichen zu Maos Zeiten stolz, wenn sie eine Lehre als einfache Arbeiter antreten konnten. Genau diese Haltung fehlt heute in Deutschland weitgehend. Alles strebt nach Abitur und Studium. Produktive Arbeit und diejenigen die sie verrichten, erfahren zu wenig Achtung.

Das Ergebnis ist, dass in Industrie und Handwerk die Arbeitskräfte fehlen, während andererseits die Jugend in den Universitäten mit „woken“ Irrlehren vergiftet

wird. Um solche Fehlentwicklungen zu vermeiden, könnten wir schon von Maos China lernen, und zwar sowohl im positiven wie im negativen Sinn. Die Maoisten fielen nämlich in das entgegengesetzte Extrem, indem sie alle Intellektuellen bekämpften.

Günter Foerster, Bielefeld

## EIN SELTSAMES WAHLERGEBNIS

ZU: WIDER DAS MEHRHEITSPRINZIP (NR. 40)

Vielen Dank für die objektive Einschätzung des gegenwärtigen Politikprinzips in diesem Land! Da die Kolumne von einem Ergebnisbild der Bundestagswahl von 2021 begleitet wurde, möchte ich noch ergänzend darauf verweisen, dass jenes Ergebnis lediglich ein Ausdruck der damaligen verfälschten Wahlen ist.

Obwohl zur gleichen Zeit in Berlin Abgeordnetenwahlen zum Senat und Bundestagswahlen unter bekanntermaßen chaotischen Bedingungen einer Bananenrepublik stattfanden – und die Berlin-Wahl in diesem Jahr wiederholt werden musste –, blieb das Ergebnis der Bundestagswahl seltsamerweise bestehen.

Manfred Kristen, Freital

## IMPORTIERTER TERROR

ZU: KRIEG AUF DEUTSCHEN STRASSEN (NR. 39)

Härteste Maßnahmen wurden gefordert, und Politiker aller Couleur schlossen sich der Bundesinnenministerin Nancy Faeser an, die analysierte, dass ausländische Konflikte nicht in Deutschland ausgetragen werden dürfen. Es ist grotesk, dass diese Erkenntnis erst nach vielen Jahren kommt. Diese Konflikte sind gefährlich und unsere Politik glänzt durch Ignoranz.

Es sind nicht nur verfeindete Afrikaner, sondern auch Araber und Afghanen, die prügelnd durch Deutschland ziehen. Und Deutschland erklärt noch immer, dass auch das zur freien Meinungsäußerung gehört. Diese Konflikte gehören nicht nach Deutschland. Diese Menschen

haben nicht das Recht, hier zu leben. Sie müssen umgehend das Land verlassen. Dass viele von ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder anerkannte Asylsuchende sind, ist schlimm genug. Es gibt aber in der Regel immer eine Lösung. Aber will die Politik überhaupt eine, weil Probleme auftreten werden?

Wir benötigen in Deutschland keine Menschen, die hierherkommen, weil sie Frieden suchen, aber diesen auf der anderen Seite mit Füßen treten. Offensichtlich kennen jene nicht den Unterschied zwischen kriminellen Handlungen und freier Meinungsäußerung. Sie bringen Terror in unser Land. Was tun wir dagegen? Auch darf nicht vergessen werden, dass diese regelmäßigen Konflikte, neben vielen anderen, Deutschland eine Menge Geld kostet.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

## DIGITALE HINTERWÄLDLER

ZU: LESERBRIEF: DEFIZITE IM FACH INFORMATIK (NR. 38)

Vor 40 Jahren wurden Computer im Hochsauerlandkreis angeschafft, die niemand in den Ämtern bedienen konnte. Als Hilfe in Sichtweite, waren die Geräte schon nicht mehr „up to date“.

Gudrun Piel, Witten

## „FRANÇAFRIQUE“ IST AM ENDE

ZU: GESCHICHTE DES SCHWARZEN KONTINENTS (NR. 37)

Kürzlich kündigte General Stéphane Mille, der Stabschef der französischen Luft- und Weltraumstreitkräfte, an, die militärische Präsenz des Landes in Afrika zu verringern und im asiatisch-pazifischen Raum zu verstärken, was eine Folge der sich verändernden geopolitischen Architektur auf dem afrikanischen Kontinent ist.

Ehemalige Kolonien in West- und Zentralafrika wurden von einer Welle anti-französischer militärischer Putschisten erfasst wie in Niger, Mali, Burkina Faso und Gabun. Die neuen, von der lokalen

Bevölkerung unterstützten Behörden brauchen die Beziehungen zu vielen europäischen Ländern ab und informierten das ausländische Militärkontingent über die Notwendigkeit, ihre Standorte auf dem Territorium der Länder zu verlassen. Niger, Burkina Faso und Mali haben bereits ein Verteidigungsbündnis der Sahel-Staaten gegründet, um eine kollektive Verteidigung zu bilden, die den Schutz der Souveränität und territorialer Integrität auch mit militärischer Gewalt beinhaltet.

Das offensichtliche Scheitern von „Françafrique“ trug nicht nur zum Rückzug Frankreichs aus der Region bei, sondern auch zum Anstieg der antiwestlichen Stimmung sowie zu einer äußerst raschen Schwächung des europäischen Einflusses auf dem afrikanischen Kontinent, die die deutsche Wirtschaft traf, da die nigerianischen Uran-Minen vor dem Hintergrund der Energiekrise in den Schengen-Ländern wichtig sind. Der Verlust an Uranlagerstätten in Afrika wird für Deutschland nicht katastrophal, sondern wirtschaftlich sehr spürbar sein.

Dass der Einfluss in der Region verloren geht, könnte auch die Umsetzung des Trans-Sahara-Gaspipeline-Projekts verhindern, dessen Bau dieses Jahr beginnen sollte, um nigerianisches Gas über Algerien und Niger nach Europa zu transportieren. Das Projekt ist über zehn Jahre alt, aber in letzter Zeit hat seine Relevanz aufgrund des wachsenden Erdgasbedarfs des europäischen Marktes vor dem Hintergrund des russisch-ukrainischen Konflikts erheblich zugenommen.

Das Ende von „Françafrique“ löste somit auch den Prozess der Ablehnung Deutschlands in der Region aus. Berlin ist gezwungen, eine neue, bescheidenere Politik gegenüber Afrika zu betreiben, um den Anschluss an die Region nicht endgültig zu verlieren. Die Bundesregierung hat bereits auf dem ersten afrikanischen Klimagipfel offen erklärt: „Wir starten bewusst keine neuen deutschen Initiativen bei diesem Gipfel.“ Auch wenn der Kampf gegen den Klimawandel ein Schwerpunkt der deutschen Außen- und Innenpolitik ist. Lukas Harmsen, Maastricht/Niederlande

ANZEIGE

**Jetzt bestellen!**  
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

## Gibt es einen geheimen Plan, die Weltbevölkerung zu dezimieren?

■ Dieses Buch zeigt die Fakten, die darauf hindeuten. Es nennt die Namen der Akteure und ihrer Hintermänner, die diesen Plan geschmiedet haben. Es legt offen, dass diese Entscheider die Macht und den Einfluss haben, um dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen.

Dieses Buch untersucht auch den mysteriösen Deagel-Report, der bis 2025 einen Schwund der Bevölkerung in den westlichen Ländern von 60 bis 70 Prozent vorhersagt. Es deckt auf, was das Weltwirtschaftsforum und sein Propagandist Yuval Noah Harari über uns, die Mehrheit der Erdenbürger, denken.

**Von 8 Milliarden auf 100 Millionen?**

Dieses Buch hinterfragt, warum seit der sogenannten Impfung gegen das Coronavirus besonders in den Staaten der westlichen Welt eine erhebliche Übersterblichkeit zu verzeichnen ist. Es legt offen, dass die USA in Geheimlaboren überall auf der Welt an Viren und Biowaffen forschen, die das Potenzial haben, große Teile der Menschheit auszurotten.

Es erklärt, warum auf rätselhafter Weise Lebensmittelfabriken explodieren und Nahrung und Energie knapp werden. Es zeigt, dass mit dem Wetter experimentiert wird. Es beschreibt, warum ein globaler Krieg zwischen den Ländern des Westens und dem von Russland und China geführten Rest der Welt ausgebrochen ist. Es macht deutlich, warum die Eliten seit dem Jahr 2020 Überwachung und Zensur eingeführt und verschärft haben.

Zufall oder Plan? Dieses Buch belegt anhand zahlreicher Indizien, dass es einen Plan gibt, die Menschheit zu dezimieren. Und dass es sich dabei um einen Demozid, einen Mord an der Bevölkerung, handelt.

**Die Reduzierung der Weltbevölkerung hat begonnen!**

**KOPP VERLAG**  
Telefon (0 74 72) 98 06 10  
Telefax (0 74 72) 98 06 11  
info@kopp-verlag.de  
www.kopp-verlag.de

Peter Orzechowski: Demozid • gebunden • 304 Seiten • Best.-Nr. 989 700 • 22,99 €

## MUSIKWELT

## Der Friedensvisionär mit dem Cello

Vor 50 Jahren starb der katalanische Cellist Pablo Casals – Trotz seines Idols J. S. Bach machte er um Deutschland einen großen Bogen

VON ANTJE OLIVIER

Zweimal in seinem langen Leben baten ihn NS-Vertreter, in Berlin zu spielen. Zweimal sagte er nein. Beide Weigerungen blieben ohne Folgen. Es mag seine ungeheure Popularität in der weltweiten Musikszene gewesen sein, die ihn vor Verfolgung retteten. Pablo Casals, dem die Musikwelt nicht nur unzählige Sternstunden der Musik zu verdanken hat, sondern der auch den Menschen im zerstrittenen Europa ein seltenes Beispiel von pazifistischer Grundhaltung vorlebte, ist vor 50 Jahren, am 22. Oktober 1973, mit fast 97 Jahren verstorben. Er bleibt als Musiker und Humanist mit seiner aufrechten Gesinnung bis heute eine Ausnahme.

Eines der „Starstücke“, die ihm Welt Ruhm einbrachten, die sechs Cellosuiten von Johann Sebastian Bach, schmortten bis 1889 in einem Antiquariat in Barcelona, als der 13-jährige Musiker aus dem kleinen katalanischen Ort El Vendrell (südlich von Barcelona) eine Kopie in Händen hielt. Mit visionärem Blick erkannte der Junge die Bedeutung dieser Werke. Casals sagte dazu in späteren Jahren: „Sie sind die Quintessenz von Bachs Schaffen, und Bach selbst ist die Quintessenz aller Musik.“

Bei Casals brauchte es dann noch mehr als 30 Jahre, bis er die Werke integral 1936 und 1939 einspielte. Seitdem sind die Suiten Weltliteratur. Und Casals Spielweise – empathisch, rau, tiefeschürfend und mit damals noch üblichen und heute verpönten Glissandi – prägte viele Generationen von Musikern.

Nach dem Musikstudium von 1888 bis 1895 in Barcelona und Madrid folgten erste Auftritte in London, Paris sowie in Russland und in den USA, so in der New Yorker Carnegie-Hall und im Weißen Haus vor Präsident Roosevelt. Gefördert von der musikbegeisterten belgischen Königin Elisabeth gründete er 1905 mit dem Pianisten Alfred Cortot und dem Geiger Jacques Thibaud das berühmte Klaviertrio, das bis zum politischen Wendepunkt 1933 Musikgeschichte schrieb. Danach vollzog Cortot eine Wendung nach „rechts“, Thibaud blieb gespalten, und nur von Casals kam ein entschiedenes „Nein“ auf eine Einladung Furtwänglers, in Berlin zu spielen.



Der Dirigent Wilhelm Furtwängler hat einmal geäußert, „Wer Casals nicht gehört hat, weiß nicht, wie ein Streichinstrument klingen kann“: Das verlassene Cello von Pablo Casals in seiner Wohnung in San Juan de Puerto Rico

Foto: pa

Zurück in Barcelona schrieb Casals im wahrsten Sinne des Wortes Geschichte. Er gründete 1919 sein eigenes Orchester „Pau Casals“ (Pau als Abkürzung von Pablo bedeutet im Katalanischen auch „Frieden“) und zahlte den Musikern doppelt so hohe Gehälter wie in Barcelona üblich. Als Casals feststellte, dass in allen seinen Konzerten nur die gehobene Gesellschaft saß, gründet er eine Arbeiter-Konzert-Gesellschaft (Associacio Obrera de Concerts) und spielte für alle, die weniger als 500 Pesetas im Monat verdienten. Jeden Sonntag saßen 3000 begeisterte Hörer in den Freiluft-Konzerten. Und es waren nicht nur die Arbeiter, die kamen.

Bis in die 30er Jahre des letzten Jahrhunderts war Casals in erster Linie Musiker, Solist von Weltgeltung, der das klas-

sische Repertoire für sein Instrument durch die Bach-Suiten erweitert hatte und nun auch als Dirigent Erfolge erzielte. Das Jahr 1931 brachte eine Zäsur: In einigen Regionen Spaniens wurde die Republik ausgerufen, und Katalonien wurde autonom. Casals – ganz der Regionalpatriot – begrüßt das mit Beethovens „Neunter“, die er vor vielen begeisterten Zuhörern dirigierte.

#### Friedensaktivist und Pazifist

Zu Beginn des spanischen Bürgerkriegs im Jahr 1936 erlebte Casals brutale Straßenkämpfe in der katalonischen Hauptstadt, die das Zentrum der Republikaner war. Es kam zu Plünderungen, Ausschreitungen und Gewaltexzessen auf beiden Seiten. Casals, der Gewalt immer abge-

lehnt hat, war entsetzt. Wenn er auf einen Sieg der Republikaner gehofft hatte, so endete auch bei Casals die Vision einer neuen, menschlichen Republik, als diese sich in Flügelkämpfen zwischen Kommunisten, Anarchisten und Gemäßigten selbst zerfleischte.

Casals stand als Friedensaktivist auf Francos Liste möglicher Gegner. General Gonzalo Queipo schwörte, er habe alle Möglichkeiten, Casals' Agitationen zu beenden: „Ich werde ihm beide Arme bis zum Ellenbogen brechen.“ Doch auch die vorwiegend kommunistischen Republikaner waren Casals gegenüber skeptisch, nachdem er sich geweigert hatte, noch einmal in Russland zu spielen. Andere Musiker verließen in jenen Jahren der Reihe nach Europa, so etwa Bruno Walter,

Otto Klemperer, Erich Kleiber, Fritz Kreisler, die Cellisten Emmanuel Feuermann oder Igor Piatigorski.

Trotz zahlreicher Angebote zur Flucht blieb Casals in Europa und zog es vor, im Winter 1939 zusammen mit rund 300.000 republikanischen Landsleuten über die Grenze nach Frankreich zu gehen. Dort wurden sie jedoch als „Kommunisten“ und „Rote“ nicht überall freundlich empfangen. Im kleinen Pyrenäen-Ort Prades/Roussillon schien es politisch ruhig. Casals mietete die „Villa Collette“ und widmete fortan sein Schaffen der Flüchtlingshilfe. Und er beschloss, nie wieder zu reisen, nie wieder irgendwo in der Welt aufzutreten. Schon gar nicht dort, wo man mit dem Franquismus sympathisierte.

#### Hochzeit mit einer 21-Jährigen

1950 machte der US-amerikanische Geigerfreund Alexander Schneider ihm einen Vorschlag. Da Casals nicht mehr die Welt bereisen wollte, sollte die Welt zu ihm kommen. Ab dem Jahr 1950, passend zum 200. Geburtstag von J. S. Bach, lud man die Musikelite nach Prades ein. Und sie kamen alle: Jehudits und Hephzibah Menuhin, Isaac Stern, Clara Haskell, Paul Tortelier, David Oistrach, Rudolf Serkin, Arthur Grumiaux, Dame Myra Hess, um nur einige zu nennen. Man probte sogar in der halb zerstörten Benediktinerabtei St. Michel de Cuxa, wo die Fledermäuse sich eingenistet hatten. Columbia Records eilte nach Prades und bescherte der Musikwelt legendäre Aufnahmen. Und immer war Casals dabei, als Solist, als Kammermusiker, als Dirigent. Jedes Konzert beendete er mit dem melancholischen katalanischen Volkslied „El cant dels ocells“ (Gesang der Vögel). Es wurde zur geheimen Nationalhymne Kataloniens.

Nachzutragen wäre noch, dass Casals, der ab 1956 in Puerto Rico lebte, im Alter von 81 Jahren seine Schülerin heiratete: die erst 21 Jahre alte Puerto-Ricanerin Marta Montanez. Sie nannte er „seelenverwandt“, denn sie kam aus dem Land von Casals' Mutter. Diese Ehe als lebensverlängernde Maßnahme hielt bis zu seinem Tod im Jahre 1973 in der puerto-ricanischen Hauptstadt San Juan. Marta Casals-Istomin ist bis heute eine würdige Sachverwalterin des musikalischen und humanistischen Erbes ihres „Maestro“, wie sie ihn nach seinem Tod nannte.

## SOLOGAMIE

## Liebe dich selbst – und heirate solo

Wenn Frauen sich das Ja-Wort geben – Wer den passenden Partner nicht findet, flüchtet in die Selbststehe

In einem weißen Kleid mit kunstvoll drapierter Frisur, sündhaft teurer Schminke und Hochzeitstorte eine große Party feiern – so stellen sich viele Frauen ihren Hochzeitstag vor. Romantisch wird das gerne als „der schönste Tag des Lebens“ bezeichnet. Immer öfter wollen aber Frauen Braut sein und groß feiern, ohne im Anschluss Eheroutine erleben zu müssen, die Socken des Partners zusammenzusuchen oder die lästige Frage zu stellen: „Bringst du bitte den Müll raus?“

„Sologamie“ heißt dabei die einfache Lösung. Die erste Solo-Heirat soll aus dem Jahr 1993 dokumentiert sein. Linda Baker hieß damals die Braut, die sich selbst heiratete im Land der unbegrenzten Möglichkeiten, in den USA. Sieben Brautjungfern und 75 geladene Gäste wohnten dem Spektakel bei. Bis auf den fehlenden Partner beziehungsweise die

Partnerin war die Hochzeit von Baker ein ganz normales Fest.

Jahre später, genauer gesagt im Jahr 2003, wurde die Selbstheirat in „Sex and the City“ aufgegriffen. Die US-Fernsehserie belegte über Jahre hinweg auch in Deutschland vordere Plätze auf der Beliebtheitskala und hatte eine entsprechend große Fangemeinde. Hauptdarstellerin Carrie Bradshaw ehelichte sich selbst und brachte damit einen Stein ins Rollen. Inzwischen geben sich immer häufiger mehr oder weniger bekannte Stars und Sternchen wie Model Adriana Lima und Sängerin Lucy Gallant selbst das Jawort.

Laura Mesi soll die erste Europäerin gewesen sein, die Ja zu sich selbst sagte. Sie wurde in Italien mit sich selbst getraut. Auch in Deutschland gab es bereits eine Solo-Hochzeit. Im Jahr 2018 traute

sich eine Hamburgerin, den Schritt zu wagen, und ließ sich vom Pastor auf St. Pauli den begehrten Segen geben. Es gab eine Zeremonie, jedoch ohne Dokumente und ohne staatliche Legitimation. Rechtlich anerkannt ist der einsame Schritt vor den Traualtar in Deutschland nicht. Der offizielle Status der Sologamistin lautet ledig.

Über die Antriebsfeder hinter der Selbststehe wird viel spekuliert. Meist sind es Frauen im Alter zwischen 30 und 40 Jahren, die das Bekenntnis zu sich selbst feiern. Hohe Kosten für das Gefühl, Prinzessin für einen Tag sein, befeuern Unterstellungen, dass übermäßige Selbstliebe und Egoismus der Grund für die Solo-Hochzeit seien. Eine andere Ansicht lautet: Dem richtigen Partner für eine Ehe zu zweit sind die Frauen (noch) nicht begegnet. Auf die Party ihres Lebens wollen sie trotzdem nicht verzichten. Oft erset-

zen Freunde den Standesbeamten, den Redner und den Pastor.

Dagegen stehen Argumente mit philosophischem Ansatz. Über eine tiefe Hinwendung zum Ich mit allen Konsequenzen wird hier gefachsimpelt. Schließlich muss der Mensch sich erst einmal selbst lieben und annehmen können, damit er seinen Nächsten lieben kann. Die Sologamie sei eine Art Selbstbekenntnis. In guten wie in schlechten Tagen. Ja, sicher! Bis das der Tod uns scheidet – auf jeden Fall.

Sollte nach einer vollzogenen Selbstheirat-Zeremonie doch noch eine normale monogame Ehe eingegangen werden, stellt sich jedoch die Frage, ob das Ich mit dem Du betrogen wird. Oder besteht sogar die Gefahr der Bigamie? Das letzte Wort ist im Fall der Sologamie sicher noch nicht gesprochen.

Stephanie Sieckmann

## RHEINSBERG

## Trauungen im Schloss

Ab dem kommenden Jahr können Paare eine königliche Hochzeit im Schloss Rheinsberg feiern. Der Spiegelsaal des Schlosses wird eine Außenstelle des Standesamtes der Stadt Rheinsberg. Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg und die Stadt Rheinsberg haben eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. Termine für 2024 können ab sofort angefragt werden. Die standesamtliche Trauung kann von April bis Oktober, mittwochs und freitags von 9 bis 10 Uhr stattfinden. Bis zu 40 Personen finden im prachtvollen Spiegelsaal Platz. Ein anschließender Sektempfang im Schlossohof mit Blick auf den Grienericksee ist ebenfalls möglich. Paare können sich dazu mit dem Standesamt Rheinsberg in Verbindung setzen. [www.psg.de/hochzeiten](http://www.psg.de/hochzeiten) tws

## ● FÜR SIE GELESEN

Wissenswertes  
über die Leber

Die Deutsche Leberstiftung möchte mit dem ausführlichen Nachschlagewerk „Leber-Buch“ den Lesern die Aufgaben des Organs vorstellen und Tipps für eine gesunde Leber geben, denn als zentrales Stoffwechselorgan spielt sie eine entscheidende Rolle bei der Entgiftung des Körpers. Eine kranke Leber verursacht meist keine Schmerzen, und so merkt der Mensch nur anhand von Gewichtszunahme, dass er vermutlich eine Fettleber hat. Diese entsteht, wenn der Leber zu viel zugemutet wird an ungesundem und übermäßigem Essen und zusätzlichem Bewegungsmangel. Außerdem ist jedem bekannt, dass Alkohol der Leber besonders schadet. Symptome bei einer kranken Leber sind auch große Müdigkeit und Antriebslosigkeit.

Die Deutsche Leberstiftung setzt sich für die Früherkennung ein. Das Buch ist sehr ausführlich und strukturiert. Es wird erklärt, was die Leber angreift. Am Schluss wird eine gesunde Ernährung vorgestellt für Leberkranke, aber auch für Menschen, die es erst gar nicht so weit kommen lassen wollen.

Das Einzige, was bei diesem informativen Buch ungünstig ausfällt, sind die Zeichnungen der Organe in Form eines Comics. Diese sind nicht gut gelungen.

Angela Selke



**Deutsche Leberstiftung (Hrsg.): „Das Leber-Buch“**, Humboldt Verlag, Hannover 2023, broschiert, 200 Seiten, 19,99 Euro

Reichlich  
konstruiert

In dem Roman „Die Enkelin“ erzählt der preisgekrönte deutsche Schriftsteller Bernhard Schlink die Geschichte einer deutsch-deutschen Ehe. Der Protagonist Kaspar hat seiner Frau Birgit noch vor der friedlichen Revolution zur Flucht aus der DDR verholfen. Birgit zuliebe verzichtet er auf sein Studium und wird Buchhändler. Birgit lebt ihr eigenes Leben neben Kaspar, arbeitet kurz in der Buchhandlung mit, reist nach Poonah, kehrt zurück und widmet sich dem Schreiben. Kaspar erträgt sogar ihre Alkoholsucht, der sie schließlich erliegt. Nach Birgits Tod erfährt Kaspar aus deren Tagebuch, dass sie in der DDR eine Tochter hatte, die sie nach der Geburt weggegeben hatte. Kaspar begibt sich auf die Suche und findet die „Enkelin“ in einer völkisch ausgerichteten Lebensgemeinschaft. Es gelingt ihm, über Bücher und klassische Musik das Vertrauen des Mädchens zu gewinnen.

Die devote Haltung des Protagonisten wirkt recht konstruiert, ebenso wie die Beschreibung der völkischen Gemeinschaft, gespickt mit Stereotypen wie „die völkische Jugend reist nach Ostpreußen und Schlesien“.

MRK



**Bernhard Schlink: „Die Enkelin“**, Diogenes Verlag, Zürich 2021, gebunden, 367 Seiten, 25 Euro

## BILDBAND DER WOCHE



## Unbekanntes Paradies

Eine bislang wenig populäre Urlaubsregion ist die Schlei. Dabei lässt es sich an dem von der Ostseeküste abgehenden Fjord mit romantischen Orten, Feldern und Wiesen gut aushalten

FOTO: SHUTTERSTOCK

**Idylle pur** Weit ab vom Trubel der Großstädte befindet sich inmitten Schleswig-Holsteins eine Naturregion, die an einsamen Buchten zum Schwimmen, Wandern oder auch Segeln einlädt. Malerische alte Bauernhäuser,

Mühlen, Felder und Wiesen säumen den Weg. Etwas quirliger geht es in der Stadt Kappeln mit Hafen zu. Sophie Laufer zeigt in ihrem Bildband „Die Schlei. Das unbekanntes Paradies“ die schönsten Stellen.

MRK

**Sophie Laufer: „Die Schlei. Das unbekanntes Paradies“**, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2023, gebunden, 176 Seiten, 30 Euro

## DEUTSCHES SCHICKSAL

Ostpreußen  
nicht vergessen

Renate Döpjohann hat ihre Erinnerungen an die Schrecken der Flucht und die Zeit als verstörtes Kind in der Nachkriegszeit festgehalten

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

**R**enate Döpjohann geborene Lausche wurde 1938 in Eichhorn im Kreis Preußisch-Eylau geboren, einem Dorf südlich von Königsberg an der Straße zwischen den Städten Landsberg und Bartenstein. Hier verlebte sie bis zum Alter von sechs Jahren ihre Kindheit auf dem Bauernhof der Eltern. Ihre Erinnerungen hat die in Andernach am Rhein lebende Autorin in erstaunlicher Schärfe wie einen Schatz aufbewahrt.

Damit beginnt ihre Autobiographie mit dem Titel „Was wir am Leibe trugen. 1945, Flucht aus Ostpreußen. Verlorenes Paradies meiner Kindheit und das Leben danach“. Lebhaft erzählt sie von ihren Eltern und den drei Schwestern, von den Arbeiten auf dem Hof, den Festen und Feiern im Kreise der Verwandten, die sich regelmäßig in ihrem Heimatdorf einfanden, von ihrer Freundin und den geliebten Tieren. Trotz der Kriegszeit reihte sich für sie ein vollkommener Tag an den anderen. Von den Sorgen der Erwachsenen blieben die Kinder weitgehend unberührt. Die Ursache des plötzlichen Aufbruchs im eisigen Winter 1945 mit der verzweifelter Mutter und der ältesten Schwester im Auto verstand sie nicht.

Später erfuhr sie, dass die Russen einen Tag nach ihrer Flucht in Eichhorn eingedrückt waren mit entsetzlichen Verwüstungen, Morden, Vergewaltigungen und Brandschatzung. Auf ihrem Fluchtweg nach Pillau mussten sie zu Fuß das zuge-

frorene Haff überqueren, während feindliche Flugzeuge die Flüchtenden beschossen und bombardierten. Mit einem überfüllten Schiff gelangten sie nach Rügenwalde in Pommern und von dort mit einem anderen Schiff über die Ostsee nach Swinemünde. Noch bevor der Frachter im Hafen anlegte, brach am 12. März 1945 das Inferno über die Stadt herein. Bei dem Bombardement wurde Swinemünde zum größten Teil zerstört. „Es war die Apokalypse.“ Döpjohann verlor kurz darauf in einem Berliner Flüchtlingslager ihre heißgeliebte Mutter, die plötzlich starb. Das verstörte Kind wurde nach einigen Monaten von seinen beiden Liebblingstanten in Bützow/Mecklenburg aufgenommen, die man über den Suchdienst des Roten Kreuzes ausfindig gemacht hatte.

In den folgenden Jahrzehnten hat Döpjohann mehrfach und in mancherlei Beziehung neu anfangen müssen. Ein kleines Stück ihres verlorenen Kindheitsparadieses bringen ihr bis heute die vielen Tiere zurück, für die sie sorgen konnte und mit denen sie zusammenleben durfte. Es ist ihr wichtig, dass Ostpreußen nicht vergessen wird.

**Renate Döpjohann: „Was wir am Leibe trugen. 1945, Flucht aus Ostpreußen. Verlorenes Paradies meiner Kindheit und das Leben danach“**, Verlag DeBehr, Radeberg 2023, broschiert, 165 Seiten, 11,95 Euro



## GESCHICHTE

Alltag in der  
Bismarck-Zeit

Bruno Preisendörfer blickt facettenreich auf Themen jenseits der Politik wie die Frage des Wohnens, der Wirtschaft und der Technik

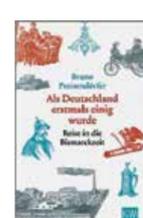
VON DIRK KLOSE

**Z**um vierten Mal unternimmt Bruno Preisendörfer eine Reise in die deutsche Vergangenheit. Nach Ausflügen in die Zeit Martin Luthers („Als unser Deutsch erfunden wurde“), Johann Sebastian Bachs („Als die Musik in Deutschland spielte“) und Goethes („Als Deutschland noch nicht Deutschland war“) ist es jetzt die Bismarck-Zeit, die dem Leser ebenso anschaulich nahegebracht wird: „Als Deutschland erstmals einig wurde“.

Wieder bleibt die große Politik am Rande. Selbst die deutschen Einigungskriege 1864, 1866 und 1870/71 werden unter dem Aspekt thematisiert, dass der preußische Regimentsmusiker Gottfried Piefke zu den Siegen die passenden Märsche komponiert hat. Der Autor geht dem damaligen Alltag in seinen unterschiedlichsten Facetten nach. Er beschreibt die preußisch-deutsche Gesellschaft vom Hochadel, der das Bild des Kaiserreiches bestimmte, über das Groß- und mittlere Bürgertum bis zur Arbeiterklasse und der zahlenmäßig fast stärksten Klasse der „Bediensteten“. Das alles spiegelte sich in den, wie Preisendörfer zutreffend sagt, „großen Fragen“ der damaligen Zeit: der Arbeiterfrage, der sozialen Frage, der Wohnungsfrage, der Dienstmädchenfrage, der Frauen- und der Judenfrage. Alle bargen sozialen Sprengstoff, den zu entschärfen das Reich angesichts seiner starren Strukturen nicht in der Lage gewesen sei. Auf der anderen Seite war die Zeit Bismarcks eine des rasanten

Fortschritts in Wirtschaft und Technik. Als Beispiele bringt der Autor die stürmische Entwicklung von Telegraph, Telefon, Elektrizität und der Kanalisation. Als „große Männer“, die diese Entwicklung prägten, nennt er Vater und Sohn Krupp, Werner von Siemens, Rudolf Virchow sowie aus Philosophie und Kunst Marx und Engels sowie Adolf Menzel („der Zwerg von 140 Zentimetern“ war kaum größer als der Stiefel von Bismarcks Gardekürassieruniform).

Preisendörfer stellt auch etwas abseits gelegene Themen heraus. So nennt er mehrere tapfere Frauen, die mit viel Einsatz politisch und karitativ wirkten, aber nie die benachteiligte Stellung der Frauen ändern konnten. Etwas unterbelichtet bleiben trotz der genannten Beispiele Wirtschaft und Finanzen. Deren stürmisches Wachstum prägte den Alltag ebenso wie Adel und Militär. Aber das schmälert nicht den Wert des Buches, der wohl noch größer wäre, hätte der Autor auf manch allzu saloppe Formulierung (im Teutoburger Wald das Denkmal des „Kupferhermann“, der „schwadronierende“ Nietzsche) verzichtet. Ungewöhnlich sorgfältig ist aber das Personenregister.



**Bruno Preisendörfer: „Als Deutschland erstmals einig wurde. Reisen in die Bismarckzeit“**, Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln 2023, Taschenbuch, 448 Seiten, 16 Euro

ALFRED ARNDT

# Der „Ur-Bauhäusler“ aus Westpreußen

Vor 125 Jahren erblickte der Elbinger das Licht der Welt – Als Architekt entwarf er bedeutende Gebäude im Bauhaus-Stil

VON MARTIN STOLZENAU

Alfred Arndt stammte aus Westpreußen, entwickelte sich nach Bauhaus-Ausbildung in Weimar und Dessau zum Bauhausmeister und wohnte in einem der berühmten Meisterhäuser in Dessau. Er blieb auch in seinen nachfolgenden Hauptwirkungsstätten Probstzella, Jena und Darmstadt der Bauhausausrichtung treu. Walter Gropius bezeichnete ihn deshalb als „Ur-Bauhäusler“.

Neben modernen Bauten wie dem herausragenden „Haus des Volkes“ in Probstzella, die sich durch „Funktionalität und Sachlichkeit“ auszeichnen, schuf Arndt Plakate, Zeichnungen und Bilder, die zunächst dem Kubismus folgten und im Alter einen abstrakten Expressionismus offenbarten. Sein „Haus des Volkes“ erlebt jetzt nach wechselvoller Geschichte mit den neuen Eigentümern und weitgehend originaler Wiederherstellung zum 125. Geburtstag des herausragenden Architekten eine sprichwörtliche Renaissance.

Arndt wurde am 26. November 1898 in Elbing geboren. Der Ort liegt in der Elbinger Niederung am Fluss Elbing an der Mündung in das Frische Haff rund 60 Kilometer südöstlich von Danzig. Diese Region gehörte früher zur preußischen Landschaft Pogesanien, war ab dem 13. Jahrhundert Teil des Deutschordensstaates und wurde parallel zu einem Festungsbau unter Landmeister Hermann von Balk germanisiert. Sie war ab 1772 Teil der preußischen Provinz Westpreußen, wurde 1922 Ostpreußen angegliedert und fiel 1990 an die Republik Polen. Die Stadt ist heute kreisfrei und gehört inzwischen zur polnischen Woiwodschaft Ermland-Masuren.

Die Eltern von Arndt ermöglichten dem Jungen nach der Schule wegen der zeichnerischen Begabung und der Orientierung auf Technik in einem Konstruk-



Meisterwerk in Probstzella: Alfred Arndt entwarf das „Haus des Volkes“

Foto: pa

tionsbüro in Elbing eine Ausbildung zum Maschinen- und Bauzeichner. Dazu gesellten sich der Besuch der Kunstgewerbeschule in Elbing und der Akademie in Königsberg. Dann erfuhr Arndt vom Staatlichen Bauhaus in Weimar. Das interessierte den jungen Mann. Er wechselte in die Klassikerstadt, studierte unter den Bauhausgrößen Paul Klee, Wassily Kandinsky sowie Oskar Schlemmer architekturbezogene Gestaltung sowie Wandmalerei und entwarf dabei das Farbkonzept für das Jenaer Wohnhaus Haus Auerbach. Dieser Bau wurde von Gropius und Adolf Meyer entworfen, folgte der Formensprache des Neuen Bauens und gilt

heute nach Restaurierung mit Mitteln der Deutschen Stiftung Denkmalschutz als Bauhaus-Denkmal.

## Studium unter den Bauhausgrößen Klee, Kandinsky und Schlemmer

Arndt lernte in Weimar Gertrud Hanschk kennen, eine Bauhausstudentin aus dem oberschlesischen Ratibor, und unternahm zwischendurch eine Studienreise nach Italien, wo er sich künstlerisch weiter vervollkommnete. Parallel wurde das Bauhaus aus Weimar vertrieben. Der neue Standort wurde Dessau. Arndt und Hanschk zogen mit um. Der Bauhäusler aus Elbing entwickelte sich zum vielver-

sprechenden Architekten. Seine Freundin wurde eine erfolgreiche Textildesignerin und Fotografin, die alle Bauhaus-Höhepunkte und -persönlichkeiten im Bild festhielt. Noch 1926 ging Arndt als freiberuflicher Architekt nach Probstzella in Thüringen. Er übernahm hier für den fortschrittsfreundlichen Unternehmer Franz Itting den Bau des Hauses des Volkes, das erhalten blieb und inzwischen restauriert wurde. An der Bauausführung waren auch viele andere Bauhäusler beteiligt bis hin zu Hanschk, die für die Textildesigning verantwortlich war und 1927 Arndt heiratete. Der Bau in Probstzella trug Arndt viel Lorbeer ein

und die Berufung als Lehrer an das Dessauer Bauhaus. So zog das Bauhäusler-Paar Arndt 1929 in die Muldestadt, wo beide eine Meisterhaushälfte bezogen. Arndt übernahm von Hans Meyer, dem Nachfolger von Gropius an der Spitze des Bauhauses, die Leitung der Ausbau-Werkstätten. Doch die Bauhaus-Herrlichkeit wurde auch in Dessau getrübt. Der Einfluss der Nationalsozialisten sorgte 1932 für die Schließung der Moderne-Ausbildung in Dessau. Deshalb zogen die Arndts zurück nach Probstzella. Er arbeitete zunächst als Reklamezeichner und dann als freier Architekt für verschiedene Industrieunternehmen. Es wurde eine politische Gratwanderung. Doch beide überlebten die NS-Zeit und den Krieg. Arndt galt als politisch unbelastet und wurde nach Kriegsende sofort zum Leiter des Hochbau- und Planungsamtes sowie Baurat in Jena berufen. Doch schon bald begann für Arndt eine neue Reglementierung. Dem entzog sich das Ehepaar.

## Umzug nach Darmstadt

Die Arndts übersiedelten noch 1948 nach Darmstadt, wo sie die Kunstszene bereicherten und ein Bauhaus-Archiv anlegten. Arndt wirkte als freier Architekt, schuf Bauten im Bauhausstil und setzte sich mit der bekannten Villa Ströher in Darmstadt ein vielbeachtetes Gebäudedenkmal. Dazu gesellten sich die Gestaltung verschiedener Ausstellungen wie „Mensch und Technik“ sowie „Kunst am Bau“, ein umfassendes zeichnerisches Werk und zahlreiche Veröffentlichungen. Darüber starb Arndt am 7. Oktober 1976 in Darmstadt, 24 Jahre vor seiner Ehefrau. Vor und nach seinem Tod war Arndt mit seinen Arbeiten auf verschiedenen Ausstellungen in Salzburg, Sao Paulo, Darmstadt, Berlin, Regensburg sowie im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen vertreten. Inzwischen fand er auch im aktuellen Darmstädter Stadtlexikon in einem Beitrag Berücksichtigung.

## FRIEDHOF HERMSDORF

# „Vertreibung“ sudetendeutscher Gräber

Bürgermeisterin schickte eigenmächtig Bagger auf den Friedhof – Denkmalfleger protestierten erfolgreich

Auf dem Friedhof in Hermsdorf [Hermánovice] in der Region Braunau [Broumov] hielten im August Bürgeraktivisten eine Gedenkveranstaltung zum Andenken an die deutschen Altsiedler ab. Fünfzig Gräber von Sudetendeutschen waren zuvor von Bürgermeisterin Jana Králová entfernt worden. Pavel Křenovský, ein Chirurg, konnte das Grab seiner deutschen Vorfahren auf dem Friedhof in Hermsdorf nicht mehr finden. Nur einen Grabstein, der weggeworfen worden war. „Für mich ist das einfach die zweite Beseitigung der Deutschen, die Beseitigung der Untoten. Das ist inakzeptabel“, sagt er.

Bürgermeisterin Králová hatte die Gräber mit einem Bagger ausheben und entfernen lassen. „Das sind Grabsteine, die ohne jeden Respekt zertrümmert, unwiderlich zerstört wurden. Respektlos gegenüber den Menschen, die hier gelebt haben, respektlos gegenüber dem Gedenken der ganzen Region. Es ist auch eine Schande für die Menschen, die hier ihre Wurzeln suchen“, sagte Jiří Chotěborský, ein Denkmalexperte der Stadtverwaltung von Braunau, über das Ergebnis der Arbeiten auf dem Friedhof.

Hermsdorf liegt nördlich von Braunau, nahe der Grenze zu Schlesien. Heute leben

dort nicht einmal 500 Menschen. Vor Beginn des Zweiten Weltkriegs waren es mehr als 1500 Sudetendeutsche und 30 Tschechen. Die Sudetendeutschen wurden 1945 aus dem Dorf vertrieben. Reporter des öffentlich-rechtlichen Tschechischen Fernsehens (ČT) hatten als erste auf das Geschehen aufmerksam gemacht, woraufhin sofort Kritik laut wurde. Vertreter der deutschen Minderheit in Tschechien verlangten eine Erklärung, und auch das römisch-katholische Dekanat in Braunau zeigte sich negativ überrascht. Die Kreisverwaltung übergab den Fall zur weiteren Untersuchung an die Regierung in Prag.

Králová (parteilos) begründete ihre Entscheidung damit, dass sich 80 Jahre lang niemand um die Grabstätten gekümmert habe. Im Bericht von ČT hatte Králová betont, es seien nur einige herumliegende namenlose Steine beseitigt worden. Reste der Grabsteine sind allerdings kurz danach im nahegelegenen Ort Božanov aufgetaucht – darunter auch Namensteile und Lebensdaten der Verstorbenen. Ebenso hielt ein ČT-Reporter Teile von Grabplatten in die Kamera, die nach dem Baggereinsatz noch auf dem Friedhof lagen und ebenfalls persönliche Angaben enthielten. Die Bürgermeisterin gab dafür in

der Manier des „braven Soldaten Schweijk“ dem Baggerfahrer die Schuld.

## Friedhof dürfen nicht liquidiert werden

Die Bürgermeisterin ließ die Grabsteine mit den Aufschriften wieder auf den Friedhof zurückbringen, wo sie nun in einer Ecke kauern. Sie behauptete, dass sie

gegen keinerlei Vorschriften verstoßen habe. Daran hat Chotěborský seine Zweifel. Seiner Aussage nach waren die meisten der sudetendeutschen Gräber in gutem Zustand, was auch Fotos belegen würden: „Ich habe noch nie eine solche gezielte Liquidierung deutscher Gräber erlebt. Ich bin enttäuscht von der Haltung der Gemeinde und auch über den Ver-

lust der Geschichte des Ortes.“ Laut Chotěborský hätte das Friedhofsgelände auch dann nicht eingeebnet werden dürfen, wenn es in dem verwahrlosten Zustand gewesen wäre, wie es die Gemeindegliederung beschreibt. Der Beamte verwies auf ein Dokument mit dem Titel: „Zur Pflege verlassener deutscher und anderer Gräber auf den Friedhöfen der Tschechischen Republik“. Darin hieß es, dass solche Orte nicht liquidiert werden dürften. Das Dokument stammt vom Amt für nationale Minderheiten.

Der Heimatkreis Braunau, eine sudetendeutsche Vereinigung ehemaliger Bürger des Ortes, hat die Gemeinde aufgefordert, den Friedhof wieder seiner deutschen Vergangenheit zuzuführen. Er möchte, dass die entfernten Denkmäler in der Gedenkallee wieder aufgestellt werden. Die Bürgermeisterin lehnte bislang dazu eine Stellungnahme ab. Anstelle des ursprünglichen deutschen Friedhofs gibt es in Hermsdorf jetzt eine leere Fläche. „Ich kann mir vorstellen, und ich würde mir wünschen, dass die Namen, die dort waren und jetzt nicht mehr da sind, in dieser symbolischen Allee wieder auftauchen“, sagte Martin Lanž, Dechant des Pfarrbezirks Braunau. Bodo Bost



Einige Gräber waren in schlechtem Zustand: Deutscher Friedhof in Hermsdorf

FOTO: SCREENSHOT FORUM DER DEUTSCHEN

## ● AUFGESCHNAPPT

Die Terroranschläge der Hamas brachten sogar die Klimakleber der „Letzten Generation“ zum Innehalten. Angesichts zu erwartender Eskalationen am Rande islamischer Freitagsgebete setzten sie am Freitag vergangener Woche ihre Aktionen aus. Die Begründung: „Tief bestürzt über die Aufrufe, morgen weltweit Angriffe auf Jüd:innen zu verüben, wollen wir keine Polizeikräfte binden, die erwartbar gebraucht werden, um Leben zu schützen“, teilte die Organisation auf X (vormals Twitter) mit.

Im Grunde ist gegen dieses Innehalten nichts einzuwenden. Wäre da nicht das klitzekleine Problem, dass den selbsternannten Kämpfern gegen den „Klimanotstand“ ansonsten völlig egal ist, wie viel Polizeikräfte durch ihre Aktionen gebunden werden – und auch, wie viele Krankenwagen und Feuerwehrfahrzeuge in ihren Einsätzen behindert werden.

Sind die Klimakleber also wirklich zur Vernunft gelangt? Oder hatten sie einfach nur Angst davor, selbst Opfer von Attacken zu werden, wenn auf Deutschlands Straßen ein radikaler Mob tobt? *neh*



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

*Angesichts vergewaltigter und ermordeter israelischer Frauen durch die Hamas rechnet Mirna Funk in der „Welt“ (13. Oktober) mit der progressiven Linken und besonders mit dem Feminismus ab:*

„Und die deutschen Feministinnen? Sie schweigen. Die, die Bücher zu Femiziden geschrieben haben, die die Bücher zu weiblicher Emanzipation geschrieben haben, die die sich jahrelang als Advokaten weiblichen Lebens inszenierten, halten geschlossen ihren Mund. Nicht, weil der Konflikt so kompliziert ist, sondern weil ihr antisemitisches Weltbild tief in ihre Identität geschrieben ist.“

*Nach dem Terror der Hamas gegen Israel richtet der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, in einem Gastbeitrag für die „Bild“-Zeitung (14. Oktober) die Aufmerksamkeit auf die Sympathisanten des Terrors in unserem Land.*

„Die Barbaren sind unter uns. Ja, wer die blutrünstige Barbarei des Hamas-Terrors auf deutschen Straßen feiert, der ist nichts Anderes. Dahinter steht die Vernichtungsideologie der Hamas, die sich gegen Israel und alles Jüdische richtet. Radikale Fanatiker treiben ihr dunkles Spiel. Sie sind das Problem. Die Masse folgt – Judentum ist in einigen arabischen Milieus Mainstream unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen.“

*Auch Julian Reichelt, Chefredakteur des Online-Portals „Nius“, befasst sich in einem Kommentar (17. Oktober) mit dem Echo, das der Hamas-Terror in Deutschland hervorrief, und schreibt:*

„Das Massaker an 1300 Menschen in Israel bringt wieder einmal zum Vorschein, was seit Jahrzehnten die unheiligste Allianz in unserem Land ist: arabischer und linker Antisemitismus, wie es ihn zuletzt sichtbar im deutschen Herbst gegeben hat, als Schwarzer September und Rote Armee Fraktion gemeinsam trainierten und kämpften, um Israel auszulöschen. ... Angesichts von Verbrechen, die sich einreihen in die Gräueltaten des Holocaust, können wir nicht weitermachen wie bisher. Unser Land ist durchsetzt von radikalen Menschen und radikalen Ideologien, von den Straßen Neuköllns bis hinein in die Bundesregierung.“

*Auch Tania Martini, Redakteurin der linken „taz“, widmet sich den Sympathien vieler Linker mit dem Terror der Hamas gegen Israel und fragt (17. Oktober):*

„Terror ist Terror. Terror ist nicht Widerstand, nicht Dekolonisation, nicht Befreiung. ... Was daran verstehen jene, die ‚Free Palestine from the River to the Sea‘ rufen, nicht? Warum solidarisieren sich viele Linke mit einer faschistischen Organisation, auch wenn sie sich selbst als feministisch oder queer sehen? Warum gilt es als progressiv, Israel von der Landkarte zu wünschen?“

## ● WORT DER WOCHE

„Die Zahlen derjenigen, die heute als Flüchtlinge kommen, sind zu hoch.“

Bundeskanzler **Olaf Scholz** im Interview mit den ARD-„tagesthemen“ (Sendung vom 11. Oktober). Deshalb plädiert er für eine restriktivere Flüchtlingspolitik

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## In der Naivitätsfalle

Wie Deutschland und der Westen aus alten Träumen erwachen – und doch darin gefangen sind

VON REINHARD MOHR

Ältere Zeitgenossen fragen sich in diesen Tagen, ob es früher auch so schlimm zugeht in der Welt oder ob die mediale Dauerbeschallung mit ihrer pausenlosen Runduminformation daran schuld ist, dass wir das Gefühl haben, der Wahnsinn nehme kein Ende. Putins Krieg gegen die Ukraine, das Massaker der Hamas an über tausend Juden, der Krieg um Gaza, rasender Antisemitismus auf deutschen Straßen, dazu die wachsenden Migrantenströme, die Klimaveränderung und die Rezession in Deutschland: Fehlt noch was?

Die ganz Alten erinnern sich noch an Hitler, den Holocaust und die Bomben auf Dresden, an die Vertreibung und den Kalten Krieg zwischen Westen und Ostblock, an Ungarn-Aufstand, Kuba-Krise und die Okkupation der ČSSR durch die Truppen des Warschauer Pakts. War das besser? Nein: Schlimmer. Aber jede Gegenwart muss mit ihren eigenen Herausforderungen selber fertig werden, und wahrscheinlich stimmt es doch, dass der historisch unglaubliche Wohlstand in ungekannter Freiheit, den wir seit Jahrzehnten genießen, uns verwöhnt und träge gemacht hat, und ja, auch ein bisschen feige. Und naiv. Die ganze Weltverbesserungsrhetorik vor allem von linksgrüner Seite mit ihren unendlichen gender- wie selbstgerechten, achtsamen und nachhaltigen Fußnoten der politischen Korrektheit hat uns vergessen lassen, wie anfällig unsere freie Gesellschaft ist, wenn sie sich mit brutalen Herausforderungen konfrontiert sieht und einer Bestialität wie bei der Hamas, vor der jedes Argument versagt.

Seit dem Mauerfall von 1989 und dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums hat die gute alte „Verteidigungsbereitschaft“ in Deutschland, aber auch in ganz Westeuropa dramatisch nachgelassen. Man konnte und wollte sich einfach nicht mehr vorstellen, dass Pluralismus und parlamentarische Demokratie derart bedroht sein könnten, dass man irgendwann wieder zu den Waffen greifen müsste. In Vorzeigebirken der Besseren lebenden wie Berlin-Prenzlauer Berg, wo man bis zum frühen Abend noch frühstücken kann und den dritten Café Latte intus hat, ist das bis heute eine geradezu absurde Vorstellung. Hier geht es vor allem um sozial gerechte Parkraumbewirtschaftung und 1,50 Meter breite Fahrradwege, damit auch ja zwei Lastenräder aneinander vorbeifahren können.

Nun aber zeigt sich die tödliche Gefahr ganz ungeschminkt, und sie kommt von innen wie von außen. Putins Russland, Xi Jintings China und der Iran der islamistischen Ajatollahs versuchen mit allen Mitteln, den Westen zu schwächen, ob militärisch oder wirtschaftlich, mit Cyber-Attacken oder durch Bündnisse mit anderen Schurkenstaaten wie Nordkorea, Syrien und Venezuela. Gerade gegenüber Russland und China rächen sich Naivität und Gutgläubigkeit sowie das bloße Schielen auf ökonomische Vorteile, die die Abhängigkeiten noch verstärkt haben.

## Realitätsblindheit und Feigheit

Innenpolitisch ist die „Migrationsfrage“, also der weiterwachsende Asylbewerberstrom, der sich nicht zufällig auf Deutschland konzentriert, zum Thema Nummer 1 geworden. Nur ganz mühevoll, zögerlich und langsam stellt sich die Ampelregierung diesem Problem. Die Geschwindigkeit, in der nur wenige Tage nach dem Desaster der Landtagswahlen in Hessen und Bayern für SPD, Grüne und FDP Bundeskanzler Olaf Scholz zum Gipfengespräch mit CDU-Chef Friedrich Merz lud, unterstreicht die Hilflosigkeit der Regierenden. Lange Zeit hat man das Thema der AfD überlassen und sie so zu Rekordergebnissen getrieben, die zum Gradmesser der Unzufriedenheit in der Bevölkerung geworden sind. Nun, da die Migrantenunterkünfte aus allen Nähten platzen und unzählige „Brandbriefe“ von Bürgermeistern und Landräten im Kanzleramt eintreffen, ist plötzlich erstmals von „Begrenzung“ die Rede.

Man staunt: Auch hier dieselbe Realitätsblindheit wie nach außen, leider wieder mit Feigheit vermischt, mit der Angst, Abschied von schönen Illusionen nehmen zu müssen. Zuerst haben die schier unvorstellbaren Massaker von Hamas-Terroristen an jüdischen Männern, Frauen und Kindern und die anschließenden Straßenfeierlichkeiten von deutsch-palästinensischen Sympathisanten die Erinnerung daran geweckt, dass hier weder eine „feministische Außenpolitik“ hilfreich sein kann noch die Idee von „Bürger- und Gesellschaftsräten“, die im „herrschaftsfreien Diskurs“ auf sanfte Weise die Wahrheit über den Weltfrieden herausfinden.

Die zentrale Frage stellte dieser Tage eine Redakteurin der „Bild“-Zeitung: „In was für einem Europa, in was für einem Deutschland wollen wir in Zukunft leben? Ich will nicht Seite an Seite mit Menschen leben, die das

Werk von Bestien beklatschen. Ich will nicht Seite an Seite mit Müttern leben, die die Enttötung israelischer Babys feiern. Ich will nicht Seite an Seite mit Frauen leben, die feiern, dass jüdische Mädchen auf den Leichen ihrer Freundinnen vergewaltigt werden – und danach abgeknallt wie Vieh. In meinem Deutschland 2023 ist kein Millimeter Platz für Israel-Hasser. Kein Millimeter Platz für Menschen-Hasser. Kein Millimeter Platz für gottlose Barbaren. Und in Ihrem?“

Aber wen spricht die Kollegin da eigentlich an? Uns alle? Das Volk? Welches Volk? Oder doch lieber: die „Bevölkerung“, die in weiten Teilen, zu einem Drittel oder zur Hälfte, schon einen „Migrationshintergrund“ hat und in einigen Jahrzehnten die Mehrheit stellen wird? Oder vielleicht jene Bürgerinnen und Bürger in Berlin, über die die Integrationsbeauftragte Güner Balci im „Spiegel“ sagte: „Breite Teile der arabischsprachigen Bevölkerung in Neukölln hegen Sympathien für die Hamas“? An wen genau richtet sich künftig also Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, wenn er in seinen unzähligen Reden im Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus an den „Zusammenhalt“ der „Zivilgesellschaft“ appelliert und das nachkriegsdeutsche Mantra „Nie wieder!“ routiniert in den Raum wirft?

Auch wenn man nicht so weit gehen will wie Karl Lagerfeld, der im November 2017, kurz nach dem Höhepunkt der letzten Zuwanderungswelle, im französischen Fernsehen sagte: „Man kann nicht, selbst wenn Jahrzehnte dazwischen liegen, Millionen Juden töten und danach Millionen ihrer schlimmsten Feinde kommen zu lassen“ – die Frage ist brandaktuell und betrifft das vielleicht größte Tabuthema der deutschen Talkshow-Gesellschaft: Wie viele Menschen, von Jahr zu Jahr mehr von ihnen als eingebürgerte Deutsche, leben in der Bundesrepublik, die mit der Geschichte des Landes und seiner Kultur im Grunde nichts zu tun haben, ihr gleichgültig gegenüberstehen oder sie sogar verachten wie im Falle der muslimischen Israelfeinde, Dschihadisten, Erdoğan-Fans oder patriarchalisch geprägten arabischen Männer, die ihre Frauen als persönlichen Besitz betrachten?

Welches Land haben wir uns also in Zukunft vorzustellen? Wenn es ein freies, demokratisches Land in einem freien Europa bleiben soll, müssen wir uns jedenfalls unserer doppelten Naivität entledigen und für die zivile Republik kämpfen, die sich ihrer Feinde entschlossen erwehrt.



Zahlreiche Beiträge der PAZ finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)